

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

Doppelte Staatsgründung

Ilko-Sascha Kowalczyk

WARUM ES ZUR DOPPELTEN
STAATSGRÜNDUNG KAM

Martin Sabrow

BLASSE ERINNERUNG

Katrin Hammerstein

NATIONALSOZIALISTISCHE
VERGANGENHEIT UND
NEUBEGINN 1949

Heike Christina Mätzing

DEUTSCHE ZWEISTAATLICHKEIT
IM GESCHICHTSSCHULBUCH

Eckhard Jesse

PARTEIGRÜNDUNGEN IN DER
SBZ UND IN DEN WESTZONEN

Ulrich Pfeil

FRANZÖSISCHE BLICKE AUF
DIE DOPPELTE DEUTSCHE
STAATSGRÜNDUNG

Elke Kimmel

GRÜNDUNGSGESCHICHTEN

APuZ

ZEITSCHRIFT DER BUNDESZENTRALE
FÜR POLITISCHE BILDUNG

Beilage zur Wochenzeitung Das **Parlament**



Doppelte Staatsgründung

APuZ 18–20/2024

ILKO-SASCHA KOWALCZUK

**WARUM ES ZUR DOPPELTEN
STAATSGRÜNDUNG KAM**

Die doppelte Staatsgründung war kein Akt des Jahres 1949, sondern vollzog sich über einen längeren Zeitraum. Mit den unterschiedlichen Staats- und Gesellschaftsvorstellungen des Westens und der Sowjetunion war die Teilung gleichwohl schon 1946 besiegelt.

Seite 04–10

MARTIN SABROW

BLASSE ERINNERUNG

Während die eigene Staatsgründung in der DDR ritualhaft zelebriert wurde, spielte sie in der Bundesrepublik keine herausragende Rolle im öffentlichen Gedächtnis. Mit den Unsicherheiten der Gegenwart verändert sich jedoch auch der Blick auf die Staatsgründungen.

Seite 11–18

KATRIN HAMMERSTEIN

**NATIONALSOZIALISTISCHE VERGANGENHEIT
UND NEUBEGINN 1949**

Die Staatsgründungen der Bundesrepublik und der DDR erfolgten beide in eindeutiger Abgrenzung von der NS-Diktatur. Die Positionierung zu dieser Vergangenheit und die Art und Weise des Umgangs mit ihr unterschieden sich in der Folge aber deutlich.

Seite 19–25

HEIKE CHRISTINA MÄTZING

**DEUTSCHE ZWEISTAATLICHKEIT
IM GESCHICHTSSCHULBUCH**

Die Darstellung der doppelten Staatsgründung und der Zweistaatlichkeit in Schulbüchern war lange Zeit geprägt durch eine dezidiert westliche Perspektive. Erst jüngst hat die Geschichte Ostdeutschlands ihren gleichberechtigten Platz in den Schulbüchern gefunden.

Seite 26–32

ECKHARD JESSE

**PARTEIGRÜNDUNGEN IN DER SBZ
UND IN DEN WESTZONEN**

Die Parteigründungen in den Westzonen und der sowjetischen Besatzungszone haben die deutsche Teilung in gewisser Weise vorweggenommen. Angesichts widerstreitender ideologischer Vorstellungen hätte auch eine andere Gründungsgeschichte dies nicht verhindern können.

Seite 33–39

ULRICH PFEIL

**FRANZÖSISCHE BLICKE AUF DIE DOPPELTE
DEUTSCHE STAATSGRÜNDUNG**

Frankreichs Deutschlandpolitik wurde nach Gründung der beiden deutschen Staaten stets an sich verändernde Gegebenheiten angepasst. Gleiches gilt für die französische Öffentlichkeit, deren Blick auf Deutschland immer auch von innenpolitischen Fragen geprägt war.

Seite 40–46

ELKE KIMMEL

GRÜNDUNGSGESCHICHTEN

Die Ausstellung „Gründungsgeschichten“ nimmt die Staatsgründungen als Ausgangspunkt für 75 Berichte aus dem Alltag des Jahres 1949. Diese werden mittels Bildmontagen aus historischen und aktuellen Fotos visualisiert und erlauben so eine Zeitreise in die Gründerjahre.

Seite 47–54

EDITORIAL

Während die meisten Staaten die Jahrestage ihrer Gründung feierlich begehen, spielt die doppelte Staatsgründung des Jahres 1949 im kollektiven Gedächtnis der Deutschen bis heute eine nur untergeordnete Rolle. Der Neubeginn nach 1945 scheint „eigentümlich ortlos und zeitverloren“ (Martin Sabrow). Zwar hat die DDR den Tag ihrer Staatsgründung am 7. Oktober von Beginn an zur Selbstlegitimation zu nutzen versucht, die Authentizität dieses Neuanfangs erstarb im Laufe der Zeit jedoch in ritualisiertem Pathos. In der Bundesrepublik wiederum war schon der Verkündung des Grundgesetzes am 23. Mai 1949 wenig Aufmerksamkeit beschieden; der „Tag des Grundgesetzes“ ist bis heute kein offizieller Gedenktag. Hüben wie drüben war die kollektive Erinnerung eher durch soziale und politische Einschnitte wie die Währungsreform oder den Mauerbau als durch die Gründungsakte selbst geprägt.

Zum 75. Jahrestag der doppelten deutschen Staatsgründung scheint die Aufmerksamkeit für das Ereignis deutlich gewachsen zu sein. Unsere Sicht auf die Anfänge der beiden deutschen Staaten und auf die Menschen, die über vier Jahrzehnte lang in ihnen lebten, hat sich nach fast 35 Jahren deutscher Einheit verändert. Insbesondere der westdeutsche Blick auf die DDR war lange von Unwissen und Desinteresse geprägt. Erst allmählich, auch unter dem Eindruck der öffentlich geführten Debatten über „den Osten“, die ungleichen Anfänge 1949 und das Leben in der DDR, ist hier ein Wandel festzustellen – nicht nur in Alltagsdiskussionen, Schulbüchern und Publizistik, sondern auch in der zeitgeschichtlichen Forschung über die „gemeinsame deutsche Nachkriegsgeschichte“.

Über dieser partiellen Neubewertung schwebt immer die Frage, ob es 1949 auch anders hätte kommen können. War der Weg in die Zweistaatlichkeit mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs vorgezeichnet und die Teilung zwingend? Bei nüchterner Betrachtung muss man wohl feststellen, dass die demokratie- und gesellschaftspolitischen Vorstellungen der Westmächte und der Sowjetunion zu unterschiedlich waren, als dass eine Teilung Deutschlands hätte vermieden werden können. Dass die Folgen dieser Teilung bis heute mit Herausforderungen für das gesellschaftliche Zusammenwachsen verbunden sind, steht auf einem anderen Blatt.

Sascha Kneip

ESSAY

WARUM ES ZUR DOPPELTEN STAATSGRÜNDUNG KAM

Ilko-Sascha Kowalczyk

Die doppelte deutsche Staatsgründung sah 1949 kein Zeitzeugen als etwas Endgültiges an. Deutschland-West – die Bundesrepublik Deutschland – und Deutschland-Ost – die Deutsche Demokratische Republik – galten als kurzlebige Provisorien. Im Westen gab es keine Staatsgründungsfeier. Konrad Adenauer verkündete am 23. Mai 1949 das Grundgesetz, die nach Artikel 146 vorläufige Verfassung, und damit trat die Bundesrepublik in die deutsche Geschichte ein, wie er selbst sagte. Die DDR ist am 7. Oktober 1949 formell ähnlich – mit einer Verfassung – ins Leben gerufen worden, allerdings mit einem pompösen Festakt. Nur einen Monat später druckte das „Neue Deutschland“ die Staatshymne der DDR mit dem Text von Johannes R. Becher und der Musik von Hanns Eisler ab. In der Bundesrepublik dauerte es bis zum Frühjahr 1952, bis sich die dritte Strophe des „Liedes der Deutschen“ als Hymne der Bundesrepublik durchgesetzt hatte. Bis dahin spielten bei feierlichen Anlässen die Kapellen mitunter Kölner Karnevalslieder – offenbar, um dem Rheinländer Adenauer zu gefallen.

ANFÄNGE

Die Alliierten diskutierten zwischen 1943 und dem Sommer 1945 mehrere Varianten, wie mit dem Deutschen Reich und seinen Bewohnerinnen und Bewohnern nach der totalen Niederlage umgegangen werden sollte. Die Bandbreite der Vorschläge reichte von radikaler Abrechnung über Aufteilung und Zerstückelung des Landes bis hin zur weitreichenden Deindustrialisierung. Obwohl selbst Mitte 1945 das ganze Ausmaß der nationalsozialistischen Massenverbrechen noch nicht bekannt und erst recht nicht allgemein bewusst war – das dauerte noch viele Jahre, sowohl in Europa als auch in Nordamerika –, zweifelte kaum jemand außerhalb Deutschlands daran, dass Bedingungen dafür geschaffen werden müss-

ten, dass nach 1914 und 1933/39/41 niemals wieder Gefahr von deutschem Boden ausgehe. In diesem Sicherheitsbedürfnis waren sich die Siegerstaaten einig. Die Entmilitarisierung Deutschlands einschließlich der Zerstörung der Kriegsindustrie war eine schnell gefundene Übereinkunft Londons, Washingtons und Moskaus. Auch die Besetzung Deutschlands und die politische Kontrolle des Reichs standen außer Frage. Eine Aufnahme in die UNO, die 1945 gegründet worden war, stand nicht zur Debatte. Deutschland sollte vorerst außerhalb der Völkergemeinschaft bleiben. In Jalta verständigten sich die USA, Großbritannien und die Sowjetunion im Februar 1945 auf die Aufteilung Deutschlands in vier Besatzungszonen – wobei sie Frankreich in den Kreis der großen Siegerstaaten aufnahmen, nicht jedoch Polen. Stalin, auf dessen Befehl hin die Rote Armee im September 1939 Polen überfallen und okkupiert und mit der deutschen Wehrmacht an der nunmehrigen deutsch-sowjetischen Grenze Siegerparaden abgehalten hatte, wusste dies zu verhindern. Der derzeitige Diktator Russlands, Wladimir Putin, hat im Interview mit dem amerikanischen Journalisten Tucker Carlson im Februar 2024 diesen Krieg gegen Polen nicht nur verteidigt, sondern Polen sogar die Schuld zugeschoben: Stalin habe so handeln müssen, wie er gehandelt habe, so Putin – und Hitler auch.

Gleichwohl war die Aufteilung Deutschlands durch die Alliierten keineswegs als Dauerlösung gedacht. Nicht zuletzt Stalin war dagegen, weil ihm so die Zugänge zu den Rohstoffvorräten im Rhein-Ruhr-Gebiet versperrt blieben. Auch in der Frage der Bestrafung der Kriegsverbrecher und der Wiedergutmachung herrschte zwischen den Alliierten zunächst große Übereinstimmung. Allerdings gab es hier von Anfang an sehr unterschiedliche Vorstellungen über das Ausmaß. Letztlich waren sich der Kreml, Downing Street 10 und das Weiße Haus seit der Ge-

heimkonferenz von Casablanca im Januar 1943 einig, dass Deutschland zur „bedingungslosen Kapitulation“ gebracht werden müsse. Dieser Formel von US-Präsident Franklin D. Roosevelt haftete zwar der „Wille zur totalen Verfügungsgewalt“ gegenüber Deutschland an (so der Historiker Hermann Graml), doch zugleich waren gerade die westlichen Demokratien unsicher, inwiefern sie diese Gewalt – in ihrer Praxis freilich oft genug ausgeübt – systematisch in Deutschland anwenden könnten. Nicht einmal das Verhältnis von Besatzungsmacht und deutscher Verwaltung in all diesen Prozessen war geklärt.

Die Konferenz von Potsdam vom 17. Juli bis 2. August 1945 trug da nicht viel zur Klärung bei. Deutschland verlor im Osten bedeutende Gebiete, zugleich blieb ungeklärt, wie es mit dem Saarland oder dem Ruhrgebiet künftig weitergehen sollte. Die Oder-Neiße-Grenze wurde zur vorläufigen erklärt, aber kaum jemand zweifelte daran, dass diese Vorläufigkeit lange bestehen bleiben würde. Viel entscheidender war jedoch, dass die drei Siegermächte sich auf keine gemeinsame Wirtschafts- und Reparationspolitik einigen konnten, weshalb es auch kein geschlossenes Wirtschaftsgebiet mehr gab. Noch bevor also die nächsten Schritte hin zur deutschen Teilung erfolgten, war sie durch die Alliierten mehr oder weniger unfreiwillig vollzogen worden.

UNTERSCHIEDLICHE GESELLSCHAFTSKONZEPTE

Die deutsche Teilung war aber nicht allein das Produkt uneiniger Besatzungsmächte. Viel stärker schlug zu Buche, dass diese mit unterschiedlichen Staats- und Demokratievorstellungen nach Deutschland gekommen waren. Das war 1945 nicht unbedingt ersichtlich. Denn durch den Sieg über Hitlerdeutschland stand der sowjetische Diktator Stalin auf dem Höhepunkt seines internationalen Ansehens. Waren seine mörderischen Exzesse in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre bereits von vielen als nötig erachtet beziehungsweise skandalös bagatellisiert worden, weil die Sowjetunion als angeblich stärkste Gegenmacht zum nationalsozialistischen Deutschland galt – eine Einschätzung, die durch den Hitler-Stalin-Pakt am 23. August 1939 auch bei den wohlmeinendsten Beobachtern einen erheblichen Dämpfer erhalten hatte –, so trug der Sieg über das Deutsche Reich nicht nur zum rapiden Anse-

hensgewinn kommunistischer Ideen weltweit bei, nein, auch Stalin persönlich wurde zum vielumjubelten Herrscher selbst in solchen Kreisen, die dem Kommunismus eigentlich fern standen.

Zwar repräsentierten die USA und die Sowjetunion gegensätzliche politische Systeme, doch wiesen sie auch Gemeinsamkeiten auf: Beide waren durch Revolutionen etabliert worden, in beiden herrschte extreme Ungleichheit, beide wiesen Unterdrückungspotenziale auf. Das Sowjetreich war eine imperiale Großmacht geworden, die mit allen Mitteln die annektierten Kolonien sowjetisierte und mit mörderischen Mitteln gegen jede Abweichung vorging. Und auch die USA waren alles andere als eine Musterdemokratie: Die legale Sklaverei, die Ausrottung der „Native Americans“ oder die Jim-Crow-Gesetze zur „Rassentrennung“ hatten die USA zu einer rassistisch segregierten Gesellschaft gemacht, was nach 1945 sogar noch einen neuen kräftigen Schub erhielt.⁰¹ Zugleich aber hatte die Weltwirtschaftskrise 1929/32 die USA – anders als viele andere Staaten, insbesondere Deutschland – nicht in eine Krise der Staatsdemokratie geführt. Obwohl Roosevelt mit dem New Deal (1933–1938) erstmals einen starken Staat installierte – übermächtig wurde er nicht.⁰² Die USA gründeten auf der Annahme, dass Freiheit und Gleichheit (mit erheblichen Einschränkungen freilich für Schwarze, Frauen, die Arbeiterklasse und Unterschichten) nur zu garantieren seien, wenn die politische Macht in ihrem Aktionsradius eingeschränkt sei und dem Staat enge Grenzen gesetzt würden. Ähnlich verhielt es sich mit Großbritannien. Weit davon entfernt, eine Bilderbuchdemokratie zu sein – in seinen Kolonien trat es als grausamer imperialer Unterdrücker auf –, trug es dennoch grundsätzlich das Potenzial für eine partizipative, emanzipatorische und wandlungsfähige Demokratie in sich. Sowohl die USA als auch Großbritannien entwickelten sich überdies durch die Weltwirtschaftskrise und dann den Krieg zu Sozialstaaten, wie es sie bis dahin nicht gegeben hatte.

01 Vgl. Jill Lepore, *Diese Wahrheiten. Eine Geschichte der Vereinigten Staaten von Amerika*, München 2019; Ibram X. Kendi, *Gebbrandmarkt. Die wahre Geschichte des Rassismus in Amerika*, München 2017; Howard Zinn, *Eine Geschichte des amerikanischen Volkes*, Hamburg 2013 [1980]; James Q. Whitman, *Hitlers amerikanisches Vorbild. Wie die USA die Rassengesetze der Nationalsozialisten inspirierten*, München 2018.

02 Vgl. Kiran Klaus Patel, *The New Deal. A Global History*, Princeton 2016.

Auch die Kommunisten wollten einen Sozialstaat errichten, der allen arbeitenden Menschen zugutekommen sollte. Sozialpolitik hieß immer auch, die Gesellschaft beruhigen und einhegen zu wollen, ganz unabhängig vom politischen System.⁰³ Anders als in den USA setzten die Bolschewisten in der Sowjetunion jedoch auf einen starken, einen übermächtigen Zentralstaat. Sie propagierten zwar, dass der Staat irgendwann absterben und sich in Luft auflösen würde, bis dahin jedoch sei es nötig, mit einer „Partei neuen Typus“ und einer „Diktatur des Proletariats“ die alte Unterdrückterklasse in Schach zu halten beziehungsweise auszumerzen und der neuen Herrscherklasse, der Arbeiterklasse, das nötige Bewusstsein zu vermitteln.

Beide Begriffe sind von grundsätzlicher Bedeutung, weil sie offenbaren, warum die Teilung Deutschlands folgerichtig, wenn auch nicht alternativlos erscheint, nachdem die Alliierten erst einmal ihre Interessens- und Einfluss- respektive Besetzungszonen gegenseitig akzeptiert hatten. Die kommunistische Abspaltung von der Sozialdemokratie war nicht nur ein praktischer, sondern auch ein theoretischer Prozess. Der Bolschewistenführer Lenin hatte 1902 in seiner berühmten Schrift „Was tun?“ für die künftige radikalsozialistische Parteientwicklung herausgestellt, dass die zu bildende „Partei neuen Typus“ eine aus Berufsrevolutionären bestehende, stramm organisierte und konspirative Regeln wahrende Avantgarde sein müsse, deren soziale Herkunft gleichgültig war – Hauptsache, sie hatte sich dem revolutionären Umsturz und der Führung der Arbeitermassen verschrieben.

Lenin setzte damit zwei neue Akzente: Die Führer der Arbeiterklasse mussten nicht selbst Arbeiter sein, und der Sozialismus konnte auch gegen die Arbeiter durchgesetzt werden. Marx' Annahme, dass das Sein das Bewusstsein bestimme – worauf sich letztlich die Erwartung der bevorstehenden sozialen Revolution im gesetzmäßigen Ablösungsprozess der Gesellschaftsformationen gründe –, negierte Lenin mit seiner neuen Parteikonzeption. Er ging davon aus, dass „999 von 1000 der Bevölkerung bis ins innerste Mark demoralisiert sind durch politische Knechtseligkeit und durch einen abso-

luten Mangel an Verständnis für Parteielehre und Parteibindung“⁰⁴ und daher eine straffe, an eine Armee erinnernde Parteiavantgarde nötig sei, deren Kennzeichen eben nicht ihre soziale Herkunft, sondern ihre unerschütterliche Treue zur Revolution und deren Anführern sei. Die „Diktatur des Proletariats“, wie Marx und Engels sie 1848 als anstrebenswert plakatiert hatten, war unter Lenins theoretischen Erörterungen von einer Parteidiktatur zu einer Einmandiktatur geschrumpft.

DIKTATUR ALS ANGESTREBTE STAATSFORM

Karl Marx verstand unter der „Diktatur des Proletariats“ eine „politische Übergangsperiode“ für den Staat vom Kapitalismus zum Kommunismus. Gemeinsam mit Engels plädierte er für „despotische“ Eingriffe bei der Machtübernahme.⁰⁵ Gleichwohl sahen sie in der Diktatur kein dauerhaftes Machtmittel, sondern eine Übergangsform auf dem Weg zur Herrschaft und zum proletarischen Staat. Terror als dauerhafte Staatsform kam Marx und Engels nicht in den Sinn.⁰⁶ Für sie gehörten die Grundfreiheiten zum Sozialismus dazu. Sie sahen sie als unveräußerlich an und gingen von der Prämisse aus, dass der Sozialismus nicht von einer Minderheit erzwungen werden könne. Erst Lenin verquickte Macht und Gewalt zu einer Symbiose in Form einer proletarischen Diktatur unter Führung einer kleinen Avantgarde. Diese würde die „Diktatur des Proletariats“ so lange befehlen, bis sich alle ihrer Doktrin unterworfen hätten. Lenin zufolge konnte sich nur Marxist nennen, wer diese Diktatur anerkannte.⁰⁷ Stalin fasste das in die einprägsame Formel: „Die Diktatur des Proletariats ist die durch kein Gesetz beschränkte

04 Wladimir I. Lenin, Was tun? [1902], in: ders., Werke, Bd. 5, Berlin 1985⁹, S. 377, Anm. *.

05 Vgl. Karl Marx an Joseph Weydemeyer, 5.3.1852, in: ders./Friedrich Engels, Werke, Bd. 28, Berlin 1963, S. 508; ders., Kritik des Gothaer Programms [1875], in: ebd., Bd. 19, Berlin 1987⁹, S. 28.

06 Grundlegend unter Einbeziehung des Diktatur-Begriffs im Gegensatz zum Begriff der Tyrannei: Wilfried Nippel, Diktatur des Proletariats – Versuch einer Historisierung, in: Zyklus 5 – Jahrbuch für Theorie und Geschichte der Soziologie 2019, S. 71–130.

07 Vgl. Wladimir I. Lenin, Staat und Revolution. Die Lehre des Marxismus vom Staat und die Aufgaben des Proletariats in der Revolution [1917/18], in: ders. (Anm. 4), S. 393–507, hier S. 424.

03 Vgl. Gerhard A. Ritter, Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich, München 2010³.

und sich auf Gewalt stützende Herrschaft des Proletariats über die Bourgeoisie – eine Herrschaft, die die Sympathien und die Unterstützung der werktätigen und ausgebeuteten Massen besitzt.“⁰⁸ Bei Lenin geriet unter dem Eindruck der Machtausübung der Staat zum Interessenvertreter des Proletariats, sodass jeder, der sich gegen den Staat stellte, gegen die Interessen der Arbeiterschaft handelte.

Der leninistische Diktaturbegriff ähnelte stark Carl Schmitts Auffassung von Diktatur und seinen Überlegungen zu Legalität und Legitimität. Gleichwohl ist auch Lenins Staats- und damit Diktaturvorstellung vor dem Hintergrund zu sehen, dass er von der Weltrevolution ausging, die Abschaffung des Staates also nie anders als im globalen Maßstab dachte. Die Diktatur verstand er als eine staatliche Übergangsform, die sich gegen die alten bürgerlichen Machtverhältnisse richtete. Dass sie sich im bäuerlichen Russland a priori gegen die Mehrheitsgesellschaft wandte, war theoretisch bei Lenin nicht vorgesehen. Er erkannte das Dilemma und folgerte, dass Minderheiten ihre Stärke darin entfalteten, Mehrheiten ihren Willen aufzuzwingen.⁰⁹

Niemals scheuten sich die Kommunisten, ihre angestrebte Staatsform als Diktatur zu preisen. Der Sozialist Karl Kautsky, der den Kommunisten immer besonders verhasst blieb, bestritt hartnäckig, dass Terror wie ein Naturgesetz zur Revolution dazugehöre. Die Leninisten hingegen waren der Auffassung, dass jeder Zwang, der im Namen des Sozialismus ausgeübt würde, per se gerechtfertigt sei, was Kautsky entschieden ablehnte.¹⁰ Er bestritt, dass Marx an eine Diktatur im landläufigen Sinne dachte, weil dieser keine Alleinherrschaft gemeint habe, sondern die Herrschaft der einen Klasse über die anderen. Er habe keine Regierungsform im Blick gehabt, sondern einen „Zustand, der notwendigerweise überall eintreten müsse, wo das Proletariat die politische Macht erobert hat“.¹¹ Für Marx war die Kommune die

„Regierung der Arbeiterklasse“.¹² Nach Kautskys Analyse wiederum war eine Diktatur die bequemste Regierungsform überhaupt, weil die Gesetze nicht für den Staat selbst gelten und er „mit der Bevölkerung umspringen“ kann, „wie es ihm gutdünkt“. Er erkannte, dass die „Diktatur des Proletariats“ in der Realität schnell zur Diktatur der Kommunistischen Partei entarten würde, „die in Wirklichkeit nichts anderes ist als die Diktatur ihrer Führer“. Scharf kritisierte er, dass die Diktatur automatisch zur Unterdrückung jeglicher Opposition führe.¹³ Der Leninismus mache es unmöglich, neben einem Führer andere als gleichberechtigt zu dulden.¹⁴ Der demokratische Sozialismus sei unvereinbar mit jeglicher Diktatur.¹⁵ Lenin bezeichnete Kautsky als „Renegat“ – eine bewusste Irreführung, da die Bolschewisten die eigentlichen Renegaten waren. Er zeigte sich wütend darüber, dass einer der anerkanntesten Marx-Kenner seiner Zeit ausgerechnet Marx gegen das bolschewistische Verständnis von Diktatur in Stellung gebracht hatte.¹⁶

Es war der junge Ökonom Jürgen Kuczynski, der 1926 in seinem Buch „Zurück zu Marx!“ auf den Punkt brachte, was die „Diktatur des Proletariats“ unter Führung der „Partei neuen Typus“ wirklich sei: die Herrschaft einer Minderheit, „weil die kommunistische Gesellschaft nicht nur aus neugeborenen Kindern besteht, sondern weil sie auch makelbehaftete Elemente des kapitalistischen Staates in sich aufnehmen muß. Die Diktatur ist das Schutzmittel der kommunistischen Gesellschaft gegen Ansteckung und Vergiftung durch diese ihre Bestandteile.“ Die Diktatur würde nur so lange angewandt, „solange es noch zerstörende Kräfte gibt“. Im Kommunismus werde es allen, so Kuczynski, als „selbstverständlich“ erscheinen, was bis dahin noch als Diktatur wahrgenommen wird.

08 Josef W. Stalin, Über die Grundlagen des Leninismus. Vorlesungen an der Swerdlow-Universität [1924], in: ders., Werke, Bd. 6, Berlin 1952, S. 39–101, hier S. 63.

09 Vgl. Wladimir I. Lenin, Über Verfassungssillusionen [1917], in: ders., Werke, Bd. 25, Berlin 1974, S. 193–208, hier S. 200f.

10 Vgl. Karl Kautsky, Terrorismus und Kommunismus. Ein Beitrag zur Naturgeschichte der Revolution, Berlin 1919, S. 9, S. 124f.

11 Ders., Gegen die Diktatur, Berlin 1919, S. 2.

12 Vgl. Karl Marx, Der Bürgerkrieg in Frankreich [1871], in: ders./Friedrich Engels, Werke, Bd. 17, Berlin 1962, S. 313–365, hier S. 342.

13 Vgl. Karl Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm [1922], 3., durchges. u. überarb. Aufl., Berlin 1932, S. 63ff., S. 113ff.

14 Vgl. ders., Kommunismus und Sozialdemokratie, Berlin 1932, S. 9.

15 Vgl. ders. (Anm. 13), S. 119.

16 Vgl. Wladimir I. Lenin, Die proletarische Revolution und der Renegat Kautsky, in: ders., Werke, Bd. 28, Berlin 1970, S. 223–327, bes. S. 229–248.

Das ist ein interessanter Gedanke, weil er zum Ausdruck bringt, dass die „Diktatur des Proletariats“ keine objektive Tatsache ist, sondern von der Wahrnehmung der Menschen abhängt. Nicht die Staats- und Gesellschaftsform würde sich im Übergang zum Kommunismus ändern, sondern die Einstellung und Wahrnehmung der Menschen dazu. Dem liegt die dem Leninismus immanente Erziehungsdiktatur zugrunde. Aus dieser Sicht war es unumgänglich, dass mindestens zeitweise „auch gegen den Willen einer unverständigen, weil unsachverständigen, Masse entschieden werden kann“, Fragen und Probleme also „auf diktatorischem Wege gelöst werden müssen“. Kuczynski beendet diese prägnante Zusammenfassung der marxistisch-leninistischen Staats- und Dikturauffassung mit dem Satz: „In allen Fällen also, selbst wenn sie gegen die Majorität gehandhabt werden, sind die diktatorischen Maßregeln im Übergangsstaat vom Kapitalismus zum Kommunismus auf das Wohl der Majorität gerichtet.“¹⁷ Diese Deutung blieb bis zum Untergang der kommunistischen Diktaturen in Europa maßgeblich. Die Lehre von der „Diktatur des Proletariats“ blieb das Kernstück der marxistisch-leninistischen Revolutions- und Staatstheorie. Kommunisten sprachen auch von der „demokratischen Diktatur“.¹⁸

Die deutsche Katastrophe spielte ihnen dabei insofern in die Hände, als die Legitimität des kommunistischen Weges auch ohne demokratische Verfahren 1945/46 von kaum jemandem angezweifelt wurde – dafür waren die Verwüstungen und Verbrechen einfach zu evident. Hinzu kam überdies eine globale Bewegung, die das weltweite Gefüge und die Geschichtsnarrative der vergangenen 500 Jahre grundlegend infrage stellte. Der einsetzende Dekolonisierungsprozess schwächte Europa und insbesondere die westlichen Siegerstaaten USA und Großbritannien massiv in ihrer Legitimität.¹⁹ Stattdessen stärkte die weltweite Befreiungs- und Revolutionsbewegung die Sowjetunion, denn diese Emanzipationsbewegung richtete sich aus-

schließlich gegen die imperialen Westmächte, paradoxerweise aber nicht gegen den größten imperialen Staat der Welt, die Sowjetunion. Im Gegenteil: Die Sowjetunion und China erfuhren eine Stärkung, weil sie sich gegen den Westen stellten und die Befreiungsbewegungen unterstützten.

KEINE VERHANDLUNGSSPIELRÄUME

Der kurze Ausflug in übergeordnete Zusammenhänge sollte andeuten, dass es 1945 gar keine echten Verhandlungsräume zur Auslotung einer gesamtdeutschen Lösung gab, ging es doch um zwei gegensätzliche politische Ideen und Systeme, die beide um ihrer Existenz Willen gar nicht in der Lage waren, der anderen Seite Zugeständnisse zu machen. Kompromisse waren nur zum Preis der Selbstaufgabe möglich. Als Winston Churchill noch im Mai 1945 erstmals gegenüber US-Präsident Harry S. Truman das alte Wort vom „Eisernen Vorhang“ aufgriff und schrieb: „Was dahinter vorgeht, wissen wir nicht“, mahnte er bereits, die Sowjets könnten ihren Vormarsch, „wenn sie wollten, in kürzester Zeit bis zur Nordsee und zum Atlantik“ fortsetzen. Es sei „lebenswichtig“, zu „einer Verständigung mit Russland zu kommen, oder zu sehen, wo wir mit Russland stehen, ehe wir unsere Armeen bis zur Ohnmacht schwächen und uns auf unsere Besatzungszonen zurückziehen“.²⁰ Im August 1945 warfen die USA über Hiroshima und Nagasaki zwei Atombomben ab – mit fürchterlichen Folgen. Bis heute wird über den Sinn dieser Massenmordaktion gestritten. Dass sie auch eine Machtdemonstration gegenüber dem Kreml war, steht dabei außer Frage. Im März 1946 sagte Churchill, mittlerweile kein britischer Premier mehr, in den USA öffentlich: „Von Stettin an der Ostsee bis Triest am Mittelmeer hat sich ein Eiserner Vorhang auf Europa herabgesenkt.“ Halb Europa befinde sich nunmehr unter der „Lenkung durch Moskau“. Es sei nicht das Europa, „für das wir gekämpft haben. Es birgt nicht die Essenz eines dauerhaften Friedens.“²¹

¹⁷ Jürgen Kuczynski, *Zurück zu Marx! Antikritische Studien zur Theorie des Marxismus*, Leipzig 1926, Vorwort u. S. 162–166.

¹⁸ Vgl. Georg Lukács, *Demokratische Diktatur* [1928], in: ders., *Demokratische Diktatur. Politische Aufsätze V: 1925–1929*, Darmstadt–Neuwied 1979, S. 170–179.

¹⁹ Vgl. Akira Iriye (Hrsg.), *1945 bis heute. Die globalisierte Welt*, München 2013; Dietmar Rothmund, *Delhi*, 15. August 1947. *Das Ende kolonialer Herrschaft*, München 1998.

²⁰ Zit. nach Odd Arne Westad, *Der Kalte Krieg. Eine Weltgeschichte*, Stuttgart 2020, S. 77.

²¹ Zit. nach Thomas Kielinger, *Winston Churchill. Der späte Held. Eine Biographie*, München 2014, S. 344.

Vor diesem Hintergrund sind die Teilung Deutschlands ab 1945 und die „doppelte Staatsgründung“ 1949 historisch einzuordnen, ganz unabhängig von den konkreten Abläufen wie etwa den Wahlen in Kommunen und Ländern 1946, dem Scheitern der Münchner Ministerpräsidentenkonferenz, bei der eine Zusammenarbeit aller deutschen Länder, auch der ostdeutschen, vereinbart werden sollte, der Bildung der Bizone, der Währungsreform, der Berlin-Blockade, der Erarbeitung des Grundgesetzes im Westen oder der Verabschiedung einer Verfassung im Osten. Deutschland war nicht souverän, auch keine einzelne Besatzungszone war es. Allerdings verabschiedeten sich explizit die Kommunisten frühzeitig von jeglichen Möglichkeiten, gesamtdeutsche demokratische Wege gehen zu können. Durch die Zwangsvereinigung von KPD und SPD zur SED und dem damit verbundenen Verbot der SPD in der Sowjetischen Besatzungszone im April 1946 waren sämtliche gesamtdeutschen Wege verbaut. Mit der Bildung der SED war die deutsche Teilung vorweggenommen und auf lange Zeit zementiert worden. Ohne die Zulassung demokratischer Parteien einschließlich der SPD war ein einheitliches Deutschland 1946 nicht denkbar. Diese erste Mauer im Deutschland der Nachkriegszeit wird bei der Betrachtung der „doppelten Staatsgründung“ zu oft übersehen. Die SED war von Anfang an als eine „Partei neuen Typus“ inszeniert worden, die eine „Diktatur des Proletariats“ anstrebte. Das proklamierten die Kommunisten um Walter Ulbricht nicht erst 1947/48, sondern bereits 1945/46, auch auf dem Parteitag, der die Vereinigung mit der Ost-SPD, wie es im Kremel geplant worden war, besiegelte.

TEILSTAATSGRÜNDUNG

Walter Ulbricht kündigte am 2. Oktober 1949 im „Neuen Deutschland“ die Gründung des ostdeutschen Teilstaates an. Seine Begründung folgte der bisherigen Linie: Der westdeutsche Separatstaat habe den Charakter eines „Kolonialstaats“, das Grundgesetz sei von den Besatzungsmächten diktiert und breche nicht mit den Ursachen, die zum Faschismus geführt hätten. Um die deutsche Einheit weiter zu ermöglichen, werde die verabschiedete Verfassung der „deutschen demokratischen Republik“ – den Begriff benutzten die Kommunisten seit 1937, damit an die 1848er-Tra-

dition anknüpfend – nun in Kraft gesetzt, um die demokratische Ordnung, den demokratischen Staat zu stärken.

Am 7. Oktober 1949 erfolgte die Staatsgründung. Vier Tage später inthronisierten die Sowjets Wilhelm Pieck als Präsidenten und einen Tag später die Regierung Otto Grotewohls. Der wichtigste deutsche Kommunist, Walter Ulbricht, war jetzt stellvertretender Ministerpräsident mit weitreichenden Befugnissen in Partei und Staat – niemand zweifelte daran, dass er der starke Mann in der Regierung und der SED war. Die Hauptaufgabe bestand darin, die Prinzipien der „Partei neuen Typus“ nun auf Staat und Gesellschaft zu übertragen.²²

Bereits am 4. Oktober hatte sich der Parteivorstand der SED um 11 Uhr im „Zentralhaus der Einheit“ versammelt. Dabei kam es zu Äußerungen, die eindrucksvoll das Selbstverständnis der SED-Funktionäre spiegelten und auch zeigten, wie stark die Teilung eine zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Freiheit und Unfreiheit war. Gerhart Eisler, erst im Juni 1949 aus der Emigration in den USA zurückgekehrt und nun für Massenagitation zuständig, forderte, im Rahmen der Staatsgründung Massendemonstrationen und andere Mobilisierungsmaßnahmen zu initiieren, „damit (...) die Bildung der provisorischen Regierung nicht nur ein Akt von Leuten innerhalb eines Gebäudes wird“. Eisler wollte, dass die Passiven und Abseitsstehenden durch Rundfunkübertragungen von den Manifestationen überall im Land mitgerissen würden. „So wird sich die provisorische Regierung weithin sichtbar in der ganzen Zone von vornherein auf eine ständig anschwellende Bewegung von Massen stützen. Das sollten wir diskutieren und dann durchführen; denn als Marxisten müssen wir wissen: wenn wir eine Regierung gründen, geben wir sie niemals wieder auf, weder durch Wahlen noch andere Methoden.“ Walter Ulbricht bekräftigte diese Aussage mit dem Zwischenruf: „Das haben einige noch nicht verstanden!“²³

²² Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, Walter Ulbricht – Der deutsche Kommunist (1893–1945), München 2023²; ders., Walter Ulbricht – Der kommunistische Diktator (1945–1973), München 2024.

²³ Stenographische Niederschrift über die 22. (36.) Tagung des PV der SED am 4. 10. 1949, in: Siegfried Suckut, Die Entscheidung zur Gründung der DDR. Die Protokolle der Beratungen des SED-Parteivorstandes am 4. und 9. Oktober 1949, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 1/1991, S. 125–175, hier S. 161.

Die „doppelte Staatsgründung“ 1949 war kein Akt, der an einem bestimmten Tag begann. Noch viel weniger war er mit Inkraftsetzung von Grundgesetz und DDR-Verfassung beendet. Erst in den 1980er Jahren verabschiedete sich die Bundesrepublik „von ihrem Selbstverständnis als Provisorium“.²⁴ Die DDR wiederum verstand sich von Beginn an als historisch, als Höhepunkt der deutschen Geschichte. Und doch brauchte auch sie, um zu sich selbst zu finden. Im Juni 1953 fegte ein Volksaufstand die SED-Diktatur beinahe hinweg. Die kommunistische Führungsgruppe lernte daraus. In der nächsten, ganz ähnlichen Krise 1960/61 zog sie andere Schlüsse und nahm ihre ganze Staatsgesellschaft in Haft. Sie mauerte sie ein und sperrte

sie prophylaktisch weg. Der Prozess der „inneren Staatsgründung“ war nun erst abgeschlossen.²⁵ Aus dem fragilen SED-Staat wurde ein stabil erscheinender, der zehn Jahre später international anerkannt wurde und 1973 gemeinsam mit der Bundesrepublik in die UNO aufgenommen wurde. DDR und Bundesrepublik schienen auf dem Weg in die Endgültigkeit. 1989 beendete eine osteuropäische Freiheitsrevolution diesen „Sonderweg“.

Die „doppelte Staatsgründung“ war eine Episode der Geschichte, die zum ewigen Kampf zwischen Freiheit und Unfreiheit gehört. 1989 siegte die Freiheit. In Deutschland ist das nicht selbstverständlich.

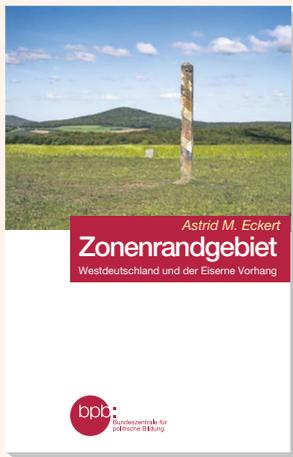
24 Andreas Wirsching, *Abschied vom Provisorium, 1982–1990*, Stuttgart 2006, S. 11.

25 Vgl. Kowalczuk (Anm. 22), *Walter Ulbricht – Der kommunistische Diktator*, S. 366–372.

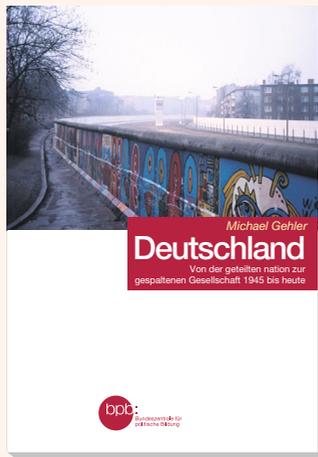
ILKO-SASCHA KOWALCZUK

ist Historiker und Publizist. Zuletzt erschien seine zweibändige Biografie Walter Ulbrichts bei C.H. Beck.

Zum Weiterlesen.



2023
Bestell-Nr. 10969



2021
Bestell-Nr. 10680



2021
Bestell-Nr. 10620

BLASSE ERINNERUNG

Der Neubeginn nach 1945 im deutschen Gedächtnis

Martin Sabrow

Staatliche Neugründungen pflegen über ihre Entstehungsdaten tradiert zu werden. Die USA und die Französische Republik begehen seit bald 250 Jahren den 4. beziehungsweise 14. Juli, und in Deutschland besetzt der 9. November als Tag des Revolutionsausbruchs bis heute den Gedächtnisort für den Umbruch vom Kaiserreich zur Republik. Aber die Erinnerung an den historischen Umbruch von der Barbarei zur Zivilisation nach dem Zweiten Weltkrieg bildet eine Ausnahme – sie würdigt ungleich stärker das Ende als den Anfang. Der 8. Mai als Tag des Untergangs Hitlerdeutschlands ist fest im öffentlichen Gedächtnis verankert; der Neubeginn nach 1945 ist es nicht, er erscheint eigentümlich ortlos und zeitverloren.

An seine Stelle ist die zeitweilig sehr umstrittene Rede von der „Stunde Null“ getreten, die allzu leicht die vielen Kontinuitätslinien von der NS-Zeit nach Nachkriegsdeutschland überdeckt, aber doch das zeitgenössische Empfinden eines totalen Bruchs mit dem Gewesenen von der staatlichen Verfassung über den gesellschaftlichen Denkhorizont bis zur eigenen Lebensgeschichte in prägnanter Weise zum Ausdruck bringt.⁹¹ Doch schon über die zeitliche Erstreckung dieser Stunde Null besteht keine Einigkeit, und noch weniger über die Frage, wann die Fokussierung auf das eigene Überleben in einer zersplitterten Welt dem Eindruck eines organisierten Neuanfangs wich, der Tatkraft verlangte und Zukunftsperspektiven öffnete.

GRÜNDUNGSAKTE

Das Ende dieser „Niemandszeit“ oder „Wolfszeit“ (Harald Jähner) wird gern auf die Gründung der beiden deutschen Staaten im Mai beziehungsweise Oktober 1949 datiert. Unterschiedlicher hätten beide Ereignisse allerdings nicht begangen werden können. Der Gründungsakt der Bundesrepublik und die Wieder-

anknüpfung an ihre helle, wenngleich kurzlebige demokratische Tradition von 1848 beziehungsweise 1919 bis 1933 fand unter denkbar nüchternen Umständen statt, und nichts von dem, was 75 Jahre später dem Tag der Verkündung des Grundgesetzes an Pathos beigelegt werden sollte, prägte das Geschehen am 23. Mai 1949. „Mit der entscheidenden Abstimmung im nordrhein-westfälischen Landtag ist das ‚Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland‘ angenommen worden und bedarf zu seiner Inkraftsetzung nur noch der Verkündung durch den Parlamentarischen Rat“, berichtete die Tagespresse eher beiläufig darüber, dass tags zuvor die Bundesrepublik gegründet worden war. Sie wich auch in ihrer Berichterstattung über die Akklamation der Länder nicht von ihrer kühlen Berichterstattung ab, die in denkbar stärkstem Kontrast zu jener von Anton von Werner im triumphalen Bild festgehaltenen Szene stand, mit der ein knappes Dreivierteljahrhundert zuvor die deutschen Bundesfürsten im Spiegelsaal von Versailles den preußischen König Wilhelm zum Deutschen Kaiser gekürt hatten.

Von Jubelstimmung und Zukunftszuversicht war an diesem bewölkten und leicht regnerischen Geburtstag der zweiten deutschen Demokratie nichts zu lesen. Weit wichtiger erschien der Publizistik in diesen Tagen die Aufhebung der Berlin-Blockade und die Suche nach einer einheitlichen Position der Westmächte zur „deutschen Frage“. Damit folgte sie allerdings nur einer in der Bevölkerung weitverbreiteten Stimmung. Den Parlamentariern war durchaus bewusst, dass sich der „Mann auf der Straße“ kaum darum kümmerte, was in Bonn beraten wurde;⁹² einer Umfrage vom März 1949 zufolge wussten die Einwohner der amerikanischen Zone mit der Frage, was ihnen „die zukünftige westdeutsche Verfassung“ bedeute, wenig anzufangen: 40 Prozent der Befragten war sie gänzlich „gleichgültig“, und gerade einmal 21 Prozent erklärten sich für „sehr in-

teressiert“.⁰³ An diesem Befund sollte sich auch in den Folgejahren wenig ändern – noch 1955 konnten 50 Prozent der Westdeutschen das Grundgesetz nicht. Sie spiegelten so die Eigentümlichkeit einer Verfassung, die von ihren Müttern und Vätern selbst für provisorisch erklärt worden war und einen Staat ohne volle Souveränität und nationale Einheit begründen sollte.

Gänzlich anders vollzog sich die nachholende Staatsgründung, die am 7. Oktober 1949 die SBZ in die DDR verwandelte. „In einer Atmosphäre, die von dem Bewußtsein des historischen Augenblicks erfüllt war, konstituierte sich am Freitagnachmittag 17.30 Uhr im großen Festsaal des Hauses der DWK [Deutschen Wirtschaftskommission] die Provisorische Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik“, ließen die ostdeutschen Tageszeitungen ihre Leser an der Geburt des zweiten deutschen Staates teilhaben. Zum zeremoniellen Pathos trat die vorgepiegelte Einmütigkeit, die sich markant von den Zwickigkeiten abhob, unter denen wenige Monate zuvor das Bonner Grundgesetz verabschiedet worden war: „Die Provisorische Volkskammer nahm einstimmig ein Gesetz an, durch das die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik in Kraft gesetzt wird.“⁰⁴

In den folgenden vier Jahrzehnten blieb der Jahrestag der Staatsgründung in der DDR ein Legitimationsfaktor ersten Ranges, dem eine entsprechend herausgehobene Rolle im Feierkalender zukam. Jahr um Jahr wurde der „Republikgeburtstag“ zu Leistungsschauen genutzt, in denen Erfolgsbilanz und Mobilisierungsausschrei Hand in Hand gingen⁰⁵ und sich besonders

zum 20-jährigen Jubiläum zu einem Crescendo der Verbundenheit von Volk und Führung steigerten: „Mit der machtvollsten und begeistertsten Demonstration, die die Hauptstadt der DDR je erlebte, bekundeten am Dienstag, dem 20. Jahrestag der DDR, vierhunderttausend Werktätige, darunter 20 000 Vertreter der Generation junger Sozialisten, ihre Liebe zum sozialistischen Friedensstaat deutscher Nation, der das zwanzigjährige Werk ihrer Herzen, Hände und Hirne ist.“⁰⁶

Auf der anderen Seite der deutsch-deutschen Grenze hingegen fanden die Jahrestage der Grundgesetzunterzeichnung in der bundesdeutschen Öffentlichkeit über Dezennien kaum Erwähnung, wie die DDR-Presse etwa 1969 selbstzufrieden notierte: „Warum hat Bonn nicht gefeiert? Es gibt bei uns kaum jemanden, der nicht Anteil nähme am 20. Jahrestag der Republik. Unser ganzes Volk in der DDR feiert den Geburtstag seines Staates. Die meisten werden gar nicht daran gedacht haben, daß der 20. Jahrestag des westdeutschen Staates schon vorbeigegangen ist. Man hat es nicht bemerkt, denn er wurde nicht gefeiert. Da überhaupt kein Staatsfeiertag an die Gründung der Bundesrepublik erinnert, weiß man nicht so recht, welches Datum man eigentlich nennen soll. Den 8. Mai 1949, als der Parlamentarische Rat das Grundgesetz annahm? Oder den 23. Mai, an dem es in Kraft gesetzt wurde? Oder den 7. September, als der Bundestag in Bonn zusammentrat? Meistens wird das letzte Datum genannt. Doch dieser Tag ging unbeachtet vorbei, kaum daß diese oder jene Zeitung das Datum erwähnte.“⁰⁷ Erst vierzig Jahre nach seiner Verkündung wurde dem Grundgesetz 1989 feierliche Würdigung zuteil, als Bundespräsident Richard von Weizsäcker den Staatsakt zum 40. Jahrestag der Gründung der Bundesrepublik zu einer nachdenklichen Rede nutzte, die nicht verschwiegen, wie fern die Bundesbürger der ersten Stunde der neuen Ordnung gestanden hatten. „Auf das Verlangen der Menschen nach gesicherter Freiheit gab das Grundgesetz überzeugende Antworten. In der Bevölkerung erwärmte sich daher ihr Verhältnis zur neuen Verfassung sehr rasch. Ihre innere

01 Vgl. Martin Sabrow, Die „Stunde Null“ als Zeiterfahrung, in: APuZ 4–5/2020, S. 31–38.

02 So Theodor Heuss in „Christ und Welt“ vom 16. 10. 1948, zit. nach Erhard H. M. Lange, Entstehung des Grundgesetzes und Öffentlichkeit: Zustimmung erst nach Jahren, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 3/1979, S. 378–404, hier S. 381.

03 Elisabeth Noelle/Erich Peter Neumann, Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1947–1955, Allensbach 1956, S. 157; vgl. auch Christian Bommarius, Das Grundgesetz. Eine Biographie, Berlin 2009, S. 12.

04 Deutsche Demokratische Republik gegründet. Provisorische Volkskammer konstituiert/Verfassung in Kraft gesetzt/Otto Grotewohl mit Regierungsbildung beauftragt, in: Berliner Zeitung, 8. 10. 1949.

05 So etwa in einem Beitrag zu den Vorbereitungen auf den 15. Jahrestag der DDR-Gründung in Berlin: „Fünf Ausstellungen über die wirtschaftliche Entwicklung in Industrie und Handel bereiten Großbetriebe in Mitte zum 15. Jahrestag der Republik vor.“ Vor Republikgeburtstag, in: Neue Zeit, 11. 8. 1964.

06 Vorwärts ins dritte Jahrzehnt! Wir sind auf dem richtigen Weg, in: Neues Deutschland, 8. 10. 1969.

07 Warum hat Bonn nicht gefeiert?, in: Neues Deutschland, 25. 9. 1969.

Beziehung zur Bundesrepublik als einem neuen deutschen Staat wuchs dagegen erst allmählich hinterher.“⁰⁸

URKNALL UND UMBRÜCHE

Doch gleichviel, ob bombastisch inszeniert oder weitgehend marginalisiert – die Erinnerung der Nachkriegsdeutschen an den Wiederaufstieg hafete hüben wie drüben weniger an staatlichen Traditionsdaten denn an sozialen Einschnitten. Für die Westdeutschen wurde die am 20. Juni 1948 in Kraft getretene Währungsreform im Rückblick zum mythischen „Urknall“, und er verband sich mit der Erfahrung der vier Tage später beginnenden Berlin-Blockade und der Luftbrücke. Zusammen vermittelten beide Ereignisstränge den Bewohnern der Westzonen und der Westsektoren die Erfahrung, wieder in die zivilisierte Welt aufgenommen zu sein. „Neue Preise – Neue Währung“,⁰⁹ hieß das Motto, unter dem die Einführung der D-Mark die Vergangenheit zu überdecken erlaubte und eine Zukunft eröffnete, die nicht als revolutionärer Umbruch erschien, sondern als Rückkehr zur zerstörten Normalität: „Das Wort ‚wieder‘ wurde zum Leitmotiv deutschen Lebens, ein Ziel, geboren aus dem Heimweh nach der verlorenen guten alten Zeit und aus der Sehnsucht nach der verschwundenen Sicherheit.“¹⁰ Zu diesem Empfinden passte, dass noch Ende 1951 fast 98 Prozent der Westdeutschen der Meinung waren, dass wahlweise das Kaiserreich, die Weimarer Republik oder das „Dritte Reich“ Deutschlands beste Zeit gewesen seien, wohingegen nur zwei Prozent „die Zeit seit 1945“ nennen mochten.¹¹ Ernst Reuters ikonisch gewordener Appell „Ihr Völker der Welt, Ihr Völker

in Amerika, in England, in Frankreich, in Italien!“ transportierte die Botschaft, dass aus Besatzern über Nacht Beschützer geworden waren und aus den feindlichen „Krauts“ von gestern die Opferhelden von heute. Den 350 000 Berlinern, die am 9. September 1948 auf die Wiese vor dem zerstörten Reichstag geströmt waren, vermittelte der Appell ihres Oberbürgermeisters ein „neues Selbstwertgefühl“¹² und die Gewissheit, wieder ein schützenswerter Gegenstand der Weltpolitik zu sein: „Schaut auf diese Stadt und erkennt, daß ihr diese Stadt und dieses Volk nicht preisgeben dürft und nicht preisgeben könnt!“¹³

Einen gleichermaßen prägnant erfahrenen und erinnerten „Urknall“ kannte der Neubeginn in Ostdeutschland nicht, dafür aber gleich zwei einschneidende Zäsuren, deren erste sich mit dem Begriff der „neuen Zeit“ verbindet: In der unmittelbaren Nachkriegszeit herrschte in Ostdeutschland sehr viel dezidierter als in den Westzonen das durch die sowjetische Besatzungsmacht gestützte Empfinden vor, dass es nun gelte, das Schicksal wieder in die eigene Hand zu nehmen und mit der Katastrophenvergangenheit des NS-Regimes vorbehaltlos abzurechnen. Mit der Roten Armee kam nicht nur die Repression in das auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945 festgelegte sowjetische Besatzungsgebiet, sondern auch die Hoffnung auf die Schaffung einer neuen, besseren Gesellschaft. Der Wille zum antifaschistischen Neuaufbau des verheerten Landes trieb die aus den Zuchthäusern und Konzentrationslagern befreiten Häftlinge an, die unverzüglich in ihre Heimatstädte oder nach Berlin strömten, um dort auf ihren Einsatz für die neue Zeit zu warten oder auf eigene Faust – alsbald aufgelöst – antifaschistische Komitees und Büros zu gründen. Für viele Nachkriegsdeutsche und insbesondere für zahlreiche in der NS-Zeit ins Exil Getriebene wurde die SBZ zum Hoffnungsort eines neuen und besseren Deutschlands. Der Glaube, dass nicht in den westlichen Besatzungszonen, sondern im sowjetisch beherrschten Gebiet der bessere deutsche Staat entstünde, fand Nahrung

08 Richard von Weizsäcker, 40 Jahre Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland – Rede bei einem Staatsakt in der Beethovenhalle in Bonn, 24. 5. 1989, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Richard-von-Weizsaecker/Reden/1989/05/19890524_Rede.

09 Vgl. Berlin-Blockade: Narben der Vergangenheit, 28. 10. 2010, www.spiegel.de/a-949088.html.

10 Norbert Mühlen, Brief aus der Bundesrepublik: Das Land der großen Mitte. Notizen aus dem Neon-Biedermeier, in: Der Monat 63/1953, S. 237–244, hier S. 238, zit. nach Axel Schildt, Bürgerliche Gesellschaft und kleinbürgerliche Geborgenheit. Zur Mentalität im westdeutschen Wiederaufbau der 50er Jahre, in: ders., Annäherung an die Westdeutschen. Sozial- und kulturgeschichtliche Perspektiven auf die Bundesrepublik, Göttingen 2011, S. 159–178, hier S. 162.

11 Ebd., S. 168f.

12 Alexander von Plato/Almut Leh, Ein unglaublicher Frühling. Erfahrene Geschichte im Nachkriegsdeutschland 1945–1948, Bonn 1997, S. 141.

13 Ernst Reuter, Rede auf der Protestkundgebung vor dem Reichstagsgebäude am 9. September 1948 gegen die Vertreibung der Stadtverordnetenversammlung aus dem Ostsektor, in: ders., Schriften, Reden, hrsg. von Hans Emil Hirschfeld und Hans Joachim Reichhardt, Bd. 3, Berlin 1974, S. 477–479, hier S. 479.

in einer sowjetischen Kulturpolitik, die sich zumindest bis 1947 durch „erstaunliche Liberalität“ und „bemerkenswerte Zurückhaltung“ (so der Historiker Maximilian Becker) auszeichnete und auf Befehl der sowjetischen Militäradministration bereits am 16. Mai 1945 für die Öffnung der Berliner Theater sorgte. Bereits im Juni wurde der „Kulturbund zur demokratischen Erneuerung“ gegründet. Nicht zur künstlerischen Avantgarde, sondern zum klassischen Bildungsschatz als „Wiederbelebung des humanistischen deutschen Geistes“¹⁴ tendierte die sowjetische Theaterpolitik – und nicht zufällig wurde bis 1949 in der Ostzone kein Stück häufiger gespielt als Lessings während der Hitlerzeit verbotenes Drama „Nathan der Weise“.¹⁵

Theodor Fontanes Wort „Ich fang erst an!“ ging dem befreiten KZ-Häftling Fritz Selbmann durch den Kopf, als er in Leipzig die sowjetischen Soldaten auf Panjewägelchen lachend in die Stadt einziehen sah, die bis Ende Juni 1945 von den Amerikanern besetzt war. Denen aber hatte sich Selbmann verweigert: „Wir müssen und werden mit Ihnen zusammenarbeiten, wenn ... ja, wenn Sie uns die Möglichkeit geben, mit dem Alten vollständig aufzuräumen und ein neues, wirklich demokratisches Leben in Deutschland aufzubauen.“¹⁶ Diese Hoffnung erfüllten ihm nicht die Amerikaner, wohl aber die Sowjets: „Als ich in Berlin eintraf, befand sich in meinem Marschgepäck auch eine Namensliste von Meistern der deutschen Kultur, deren künstlerisches Schaffen und gesellschaftliches Wirken mir ein Begriff waren“, berichtete der sowjetische Intellektuelle und Kulturoffizier Alexander Lwowitsch Dymshiz, der unmittelbar nach der deutschen Kapitulation nach Berlin befohlen worden war, um das deutsche Kulturleben zu reorganisieren. „Ich suchte sie auf, um ihnen unsere Verehrung und Achtung zu bekunden, um sie in ihrer Arbeit zu unterstützen.“¹⁷

Den zweiten Umbruch markiert der seit 1947/48 immer stärker werdende Anpassungs-

druck an die stalinistische Doktrin, nachdem im Frühjahr 1947 letzte aussichtsreiche Bemühungen um eine deutsche Einigung auf Länderebene gescheitert waren und die Siegermächte sich im Herbst desselben Jahres in London nicht mehr auf eine gemeinsame Deutschlandpolitik einigen konnten. An ihre Stelle trat die bipolare Blockkonfrontation und mit ihr die Zwei-Lager-Theorie, die sich aus westlicher Sicht als Konkurrenz von demokratischem und totalitärem System darstellte und in östlicher als Kampf zwischen imperialistischer und antiimperialistischer Hemisphäre. Die SED entwickelte sich zu einer Partei neuen, nämlich sowjetischen Typs, ihr Vordenker Anton Ackermann widerrief nach einer entsprechenden Entschließung des SED-Parteivorstandes vom September 1946 die von ihm selbst propagierte These vom „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“,¹⁸ und der gelebte Antifaschismus der Nachkriegszeit wandelte sich zu dem verordneten einer sozialistischen Erziehungsdiktatur, deren Selbstverständnis im Misstrauen gegenüber der eigenen Bevölkerung gründete.¹⁹

Weniger der im Feiertag der DDR verankerte Gründungstag des zweiten deutschen Staates prägte die Erinnerung an den Neubeginn als vielmehr jene Parteikonferenz der SED, auf der Walter Ulbricht im Juni 1952 den planmäßigen Aufbau eines Sozialismus verkündete, dessen Härte geradewegs in den Juni-Aufstand 1953 führte. Die Niederschlagung dieses mit Ausnahme der Intellektuellen in breiten Schichten der DDR-Bevölkerung offen oder heimlich unterstützten Aufbegehrens gegen die Macht wurde von der SED-Führung als feindlicher Putsch und faschistische Provokation denunziert und führte doch unverhüllt den Zwangscharakter des sozialistischen Regimes vor Augen. Anders als in der Bundesrepublik, die den gescheiterten Aufstand als allmählich in Ritualisierung erstarrenden Feiertag der deutschen Einheit und der eigenen demokratischen Identität beging, blieb der 17. Juni in der DDR „ein traumatisch besetztes Datum“,²⁰ das unter dem Codewort „Aktion Bollwerk“ von

14 Karl-Heinz Schulmeister, Einleitung, in: ...einer neuen Zeit Beginn. Erinnerungen an die Anfänge unserer Kulturrevolution 1945–1949, hrsg. vom Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED/Kulturbund der DDR, Berlin–Weimar 1980, S. 5–31, hier S. 15.

15 Vgl. Plato/Leh (Anm. 12), S. 103.

16 Fritz Selbmann, Alternative – Bilanz – Credo. Versuch einer Selbstdarstellung, Halle (Saale) 1975, S. 409.

17 Alexander Lwowitsch Dymshiz, Ein unvergeßlicher Frühling, in: ...einer neuen Zeit Beginn (Anm. 14), S. 138–143, hier S. 140.

18 Vgl. Dietrich Staritz, Ein „besonderer deutscher Weg“ zum Sozialismus?, in: APuZ 51–52/1982, S. 15–31.

19 Vgl. Gerd Dietrich, Kulturgeschichte der DDR, Bd. 1, 1945–1957, Göttingen 2018, S. 175 ff.

20 Christoph Kleßmann, Der 17. Juni 1953 im Geschichtsbild Deutschlands gestern und heute, www.17juni53.de/home/gedenk/klessmann.html.

Überwachungs- und Kontrollmaßnahmen des gesellschaftlichen Alltags begleitet wurde.²¹ Wie stark die Erinnerung an das Datum bis 1989 auch bei den Herrschaftseliten blieb, bezeugte Staatssicherheitsminister Erich Mielke, der in der finalen Krise der DDR am 31. August 1989 in einer Dienstbesprechung seiner versammelten Bezirkschefs in Reaktion auf einen Bericht aus Gera, dass mittlerweile „viele auch progressive Kräfte nachdenklich“ seien, provozierend in die Runde fragte: „Ist es so, dass morgen der 17. Juni ausbricht?“²²

SINNSTIFTUNG IN DER SYSTEMKONKURRENZ

Doch niemals beruhte Herrschaft in der DDR allein auf Repression. Immer stand hinter ihr das Credo einer Diktatur, die ihre Macht auf die in permanenten Konsensritualen beglaubigte Zustimmung der Bevölkerung zu gründen glaubte, der sie gleichwohl bis zum Ende nicht über den Weg traute. Vor diesem Hintergrund blieb der „Legitimationsantifaschismus“ (Jürgen Danyel) die sich durch alle politischen Wandlungen hindurch gleichbleibende *Raison d’Être* des zweiten deutschen Staates. Er war fraglos machtgeschützt und wurde instrumentell verwendet, aber er besaß als sinnstiftender Denkhorizont dennoch bis über das Ende der DDR hinaus ein glaubwürdiges Legitimationspotenzial, das weit über die Anziehungskraft des Marxismus-Leninismus oder sozial- wie nationalstaatliche Abgrenzungsversuche gegenüber der Bundesrepublik hinausreichte. Im Glauben an die moralische Überlegenheit der als antifaschistischer Staat gegründeten DDR über die als restaurativ begriffene Bundesrepublik und ihre unbewältigte Vergangenheit suchte Christa Wolf rückblickend die Antwort, warum es die Demokratiebewegung in der DDR so schwer gehabt habe: „Weil wir als sehr junge Menschen, aufgewachsen im Faschismus, erfüllt waren von Schuldgefühlen und denen dankbar waren, die uns da herausgeholt hatten. Das waren Antifaschisten und Kommu-

nisten, die aus Konzentrationslagern, Zuchthäusern und aus der Emigration zurückgekehrt waren und die in der DDR mehr als in der Bundesrepublik das politische Leben prägten. Wir fühlten eine starke Hemmung, gegen Menschen Widerstand zu leisten, die in der Nazizeit im KZ gegessen hatten.“²³

Als spiegelbildlicher Basiskonsens der Bundesrepublik diente das Antitotalitarismus-Konzept, in dem auf der anderen Seite das antikommunistische und demokratische Selbstverständnis der Bundesrepublik in der Zeit der stillen Modernisierung seinen Ausdruck fand und sie von der DDR abzugrenzen half. Der Logik des Kalten Krieges folgend, erlaubte es, der Abrechnung mit der nationalsozialistischen Vergangenheit nur geringe Aufmerksamkeit zu schenken, aber umso mehr dem Bemühen, die historische Erfahrung der NS-Diktatur umstandslos gegen die kommunistische Linke ins Feld zu führen: „Wenn die Bundesregierung entschlossen ist, dort, wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen, in der Überzeugung, daß viele für subjektiv nicht schwerwiegende Schuld gebüßt haben, so ist sie andererseits doch unbedingt entschlossen, aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gegenüber all denjenigen zu ziehen, die an der Existenz unseres Staates rütteln, mögen sie nun zum Rechtsradikalismus oder zum Linksradikalismus zu rechnen sein“, erklärte Bundeskanzler Konrad Adenauer in seiner ersten Regierungserklärung vom 20. September 1949.²⁴

Seine tabuisierende Kraft bewies der bundesdeutsche Antitotalitarismus, indem er das Bild des christlichen und konservativen Widerstands ebenso von unwillkommenen Zügen zu reinigen erlaubte, wie es der Antifaschismus in Bezug auf den kommunistischen Widerstand vermochte. Die von kritischen Zeitgenossen wie Dolf Sternberger schon früh als „vitale Vergeßlichkeit“²⁵ bewertete Haltung belastete die frühe Bundesrepublik mit einer unheilvollen und bis zum Anschein der Komplizenschaft reichenden Symbiose von Amnesie und Amnestie, die

21 Vgl. ders., *Der Aufstand vom 17. Juni 1953 – Phasen der Erinnerung*, <http://lernen-aus-der-geschichte.de/Lernen-und-Lehren/content/15468>.

22 Zit. nach Walter Süß, *Staatssicherheit am Ende. Warum es den Mächtigen nicht gelang, 1989 eine Revolution zu verhindern*, Berlin 1999, S. 181.

23 Christa Wolf, *Schreiben im Zeitbezug*, Gespräch mit Aafke Steenhuis, in: dies., *Reden im Herbst*, Berlin–Weimar 1990, S. 131–157, hier S. 135f.

24 *Verhandlungen des Deutschen Bundestages*, 1. Wahlperiode 1949, Stenographische Berichte, Bd. 1, Bonn 1950, S. 22.

25 Dolf Sternberger, *Versuch zu einem Fazit*, in: *Die Wandlung 4/1949*, S. 700–710, hier S. 701.

aus heutiger Sicht als ein empörender „Triumph des ‚Beschweigens‘“ vor uns steht,²⁶ sie erlaubte aber zugleich analog zur staatlich verfolgten und gesellschaftlich verlangten Wiedereingliederungspolitik die unzweideutige Verurteilung des NS-Systems, ohne seine ehemaligen Träger und Anhänger auszugrenzen.

Seit den frühen 1960er Jahren wich das mit dem Neubeginn nach 1945 verknüpfte Glück des Wirtschaftswunders und der stillen Integration in die Nachkriegsordnung einer immer nachdrücklicheren Neubefragung. „Daß Antikommunismus keine Politik ist, weiß jeder, der von seinem Gehirn Gebrauch zu machen versteht“, befand Hans Magnus Enzensberger 1967²⁷ und hatte schon drei Jahre zuvor „Über die Schwierigkeit, Inländer zu sein“ reflektiert: „Daß ich ein Deutscher bin, diesen Umstand werde ich akzeptieren, wo es möglich, und ignorieren, wo es nötig ist.“²⁸ In der sich zur Subdisziplin ausbildenden Zeitgeschichtswissenschaft gewann das Denkmodell einer bundesdeutschen Restauration an Kraft, der zufolge die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnisse fortbeständen, die Hitlers Aufstieg ermöglicht hätten,²⁹ und zugleich ging mit dem sich seit Ende der fünfziger Jahre vollziehenden Generationswandel die Zeit der Verdrängung und Entlastung zu Ende, die den Umgang mit der NS-Zeit bis dahin bestimmt hatte.

1958 kam das Schlagwort von der „unbewältigten Vergangenheit“ auf; im selben Jahr störte die Schändung der Kölner Synagoge durch nazistische Schmierereien Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik nachhaltig auf. Der Prozess gegen den in seinem argentinischen Versteck vom israelischen Geheimdienst aufgespürten Adolf Eichmann in Jerusalem 1961, der sogenannte Ulmer Einsatzgruppenprozess und der Frankfurter Auschwitzprozess in den darauffolgenden Jahren ließen mit dem wachsenden zeitlichen Abstand

das Bewusstsein für die Ungeheuerlichkeiten des Nationalsozialismus in der Öffentlichkeit deutlicher werden. Am Ende desselben Jahrzehnts und unter dem Eindruck der Studentenbewegung, die die Frage nach der „Schuld der Väter“ stellte, wich dann allmählich die Abwehr durch Marginalisierung einer in Schüben immer weiter ausgreifenden Bereitschaft, sich der Vergangenheit zu stellen. Befördert durch Medienereignisse wie die im Januar 1979 ausgestrahlte Fernsehserie „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss“,³⁰ aber auch den Aufmerksamkeits Schub, den die vierzigjährige Wiederkehr der damals sogenannten Reichskristallnacht 1938 auslöste, bildete sich seit den siebziger und achtziger Jahren ein gesellschaftlicher Aufarbeitungskonsens heraus, der letztmalig in der in den neunziger Jahren geführten Auseinandersetzung um die (erste) Ausstellung über die Verbrechen der Wehrmacht infrage gestellt wurde.

HERAUSGEFORDERTE ERFOLGSGESCHICHTE

Mit der partei- und lagerübergreifenden Durchsetzung eines kathartischen Geschichtsdenkens, das die Shoah gleichsam zum negativen Gründungskonsens der zweiten deutschen Republik werden ließ, wandelte sich der Wirtschaftspatriotismus der Westdeutschen zu einem Verfassungspatriotismus, der durch den Zusammenbruch des SED-Regimes 1989 weiter gestärkt wurde. An das Ende des Kalten Krieges und die hoffnungsvolle Sprengung der inneren und äußeren Grenzen im zusammenwachsenden Europa schloss sich die dreißigjährige Ära einer Zeitgeschichtserzählung an, die die doppelte deutsche Zeitgeschichte vom Fluchtpunkt ihres liberaldemokratischen „Überraschungssiegers“³¹ her als eine Geschichte des Fortschritts und Gelingens begriff.³²

26 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 15.

27 Hans Magnus Enzensberger, *Versuch, von der deutschen Frage Urlaub zu nehmen*, in: ders., *Deutschland, Deutschland* unter anderm. *Äußerungen zur Politik*, Frankfurt/M. 1967, S. 37–48, hier S. 42.

28 Ders., *Über die Schwierigkeit, Inländer zu sein*, in: ebd., S. 7–13, hier S. 13.

29 Vgl. als instruktiven Überblick Jürgen Kocka, 1945: Neubeginn oder Restauration?, in: Carola Stern/Heinrich August Winkler (Hrsg.), *Wendepunkte deutscher Geschichte 1848–1945*, Frankfurt/M. 1979, S. 141–168.

30 Zur Rezeption der vierteiligen Serie aus US-amerikanischer Produktion vgl. Katrin Hammerstein, *Eine Fernsehserie schreibt Geschichte. Reaktionen auf die Ausstrahlung von „Holocaust“ vor über 40 Jahren*, in: *Deutschland Archiv*, 18. 1. 2019, www.bpb.de/284090.

31 So Hans Günter Hockerts, *Zeitgeschichte nach der Epochenwende*, in: Jörg Calließ, *Historische Orientierung nach der Epochenwende oder: Die Herausforderung der Geschichtswissenschaft durch die Geschichte*, Loccum 1995, S. 95–104, hier 99f.

32 Exemplarisch Ian Kershaw, *Achterbahn. Europa 1950 bis heute*, München 2018.

Das in der Systemkonkurrenz materiell und moralisch unterlegene andere Deutschland hingegen sah sich in dieser Erzählung zum historischen Irrweg und gescheiterten Experiment reduziert, in dem es ein richtiges Leben allenfalls im falschen hatte geben können. Aus dieser Perspektive blieb dem historischen Selbstbehauptungsanspruch der Ostdeutschen kaum mehr, als für eine Unterscheidung von Systemcharakter und Lebenswirklichkeit zu werben, um die eigene Biografie nicht entwertet zu wissen. Stellvertretend für 18 Millionen ehemaliger DDR-Bürger bemühte sich etwa Wolfgang Thierse, dem Leben in der DDR einen Sinn abzugewinnen, der den Vergleich mit dem im Westen nicht zu scheuen brauche: „Es bleibt weiterhin notwendig, was ich seit acht Jahren gewissermaßen als ‚politischer Wanderprediger‘ einfordere“, erklärte Thierse 1998 nach seiner Wahl zum Bundestagspräsidenten, „nämlich einen Unterschied zu machen zwischen dem Urteil über das gescheiterte System und dem Urteil über die Menschen, die in ihm gelebt haben, leben mußten, und die nicht alle gescheitert sind, gescheitert sein dürfen!“³³ Dennoch: Der Weg zur staatlichen Einheit vollzog sich als Beitritt zum Grundgesetz nach Artikel 23, während die in ihm vorgesehene Erarbeitung einer neuen Verfassung „nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands“ gemäß Artikel 146 unter begründeter Zustimmung auch der maßgeblichen ostdeutschen Akteure damals wie später unterblieb.³⁴

Bis vor kurzem fand diese Geschichtserzählung wenig Widerspruch, sondern führte lediglich zum Auseinanderklaffen von Diktatur- und Arrangementgedächtnis in der ostdeutschen Erinnerung an die vier Jahrzehnte des Lebens in der DDR.³⁵ Nicht zuletzt mit Blick auf die „Bewäl-

tigung der schwierigen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Folgen der Wiedervereinigung“ stützte Ulrich Herbert das optimistische Fazit seiner Jahrhundertgeschichte: „So ergeben sich die für die Zukunft zu erwartenden Gefährdungen überwiegend nicht aus den inneren Spannungen und Widersprüchen dieses Landes, wie das einhundert Jahre zuvor der Fall war, wenngleich die ausländerfeindlichen Pogrome der 1990er Jahre irritierte Nachfragen aufkommen ließen (...). Gleichwohl ist das Lebensgefühl der meisten Deutschen im zweiten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts positiv gestimmt: Man fühlt sich sicher und blickt optimistisch in die Zukunft.“³⁶

So verschwand aus dem Blickfeld, dass dem vorherrschenden Denkansatz einer teleologisch angelegten Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik bis zum Ende der deutschen Teilung auch im Westen im Hintergrund immer das Gegenmodell einer ebenso einseitigen Misserfolgsgeschichte gegenüberstanden hatte. Es hatte die Weststaatsgründung in eine repressive Kontinuitätslinie der deutschen und transatlantischen Geschichte eingeordnet, deren bleierne Verhältnisse erst von der Studentenbewegung der sechziger Jahre zum Tanzen gebracht worden seien.³⁷ Aus der kritischen Distanzierung vom bundesdeutschen Sozial- und Wirtschaftsmodell hatte sich auch ein anderer Blick auf die DDR ergeben, der sich von eingefahrenen Freund-Feind-Schemata zu befreien suchte. Mit dem Ziel, „einen politischen Lernprozeß in beiden deutschen Staaten in Gang zu bringen, der sich pauschalierenden Klischees widersetzt“, hatte Rüdiger Thomas schon eine 1972 erschienene Aufsatzsammlung provokant als „Modell DDR“³⁸ überschrieben. Die Zeitgeschichtsschreibung der 1970er und 1980er Jahre hatte sich in Richtung einer vorsichtigen Äquidistanz zu beiden deutschen Staatsgründungen bewegt, die ihr nach 1990 vehement zum Vorwurf gemacht wurde.³⁹ Mit dankbarer Genugtuung

33 Deutscher Bundestag, 14. Wahlperiode, 1. Sitzung, 26. Oktober 1998, Stenographischer Bericht, Plenarprotokoll 14/1, S. 6. Vgl. auch *Das richtige Leben im falschen System: Wolfgang Thierse im Gespräch mit Ulrich Wickert*, Stuttgart 2001.

34 „Es gebe einfach keinen Grund“, so Wolfgang Thierse noch 2019, „ein Grundgesetz, das sich 70 Jahre bewährt habe, jetzt mit kleinen Änderungen zur Abstimmung vorzulegen. Vielmehr bestünde dann die ‚Gefahr einer geringen Beteiligung und damit einer Delegitimierung der Verfassung.‘“ Cornelius Pollmer, *Höchste Freiheit. Nach dem Mauerfall beschloss der Runde Tisch in der DDR, eine neue Verfassung zu erarbeiten. Es wurde nichts daraus, die Prioritäten waren anders. Was sagt uns dieser Entwurf heute?*, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4./5.5.2019.

35 Zur typisierenden Unterscheidung zwischen unterschiedlichen DDR-Gedächtnissen Martin Sabrow, *Die DDR erinnern*, in: ders. (Hrsg.), *Erinnerungsorte der DDR*, München 2009, S. 11–27.

36 Ulrich Herbert, *Geschichte Deutschlands im 20. Jahrhundert*, München 2014, S. 1251 f.

37 Vgl. Axel Schildt, *Fünf Möglichkeiten, die Geschichte der Bundesrepublik zu erzählen*, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 44/1999, S. 1234–1244.

38 Rüdiger Thomas, *Modell DDR. Die kalkulierte Emanzipation*, München 1973³, S. 8.

39 Vgl. Klaus Schroeder/Jochen Staadt, *Der diskrete Charme des Status quo. DDR-Forschung in der Ära der Entspannungspolitik*, in: Klaus Schroeder (Hrsg.), *Geschichte und Transformation des SED-Staates*, Berlin 1994, S. 309–346.

konnte der ostdeutsche Chefpropagandist Karl-Eduard von Schnitzler in seiner agitatorischen Sendereihe „Der schwarze Kanal“ die kritische Selbstbefragung wiedergeben, die eine bundesdeutsche TV-Dokumentation zum 40. Jahrestag des Grundgesetzes ausgestrahlt hatte: „Es ist immer wieder erstaunlich, mit welchem Mangel an Scham und an nationaler Würde im BRD-Fernsehen von Journalisten und gelegentlich auch Politikern – wie selbstverständlich – eingeräumt wird, daß diese BRD undemokratisch und antinational zustande gekommen ist.“⁴⁰

Der Untergang der DDR 1989/90 entzog allen konvergenzorientierten Überlegungen zur deutsch-deutschen Parallelgeschichte den Boden. Erst die mit dem Begriff der „Zeitenwende“⁴¹ markierte Ablösung der nach 1990 dominierenden Freiheitserzählung durch ein omnipräsentes Krisengefühl, das sich ihrer bisherigen Gewissheiten abrupt beraubt sieht, hat auch die „fulminante Erfolgsgeschichte“ der Bundesrepublik wieder auf den Prüfstand gestellt.⁴² Heute sieht sie sich mit der Frage konfrontiert, warum sie sich so lange geweigert habe, die „DDR im Plural“ zu erzählen,⁴³ und wie viel sie zu der Kontinuität von Eigensinn und Staatsverachtung in Ostdeutschland beigetragen hat, die sich 1989 gegen die Diktatur richtete und heute gegen die Demokratie des vereinten Deutschland. Zu bröckeln begonnen hat selbst die Gewissheit der höheren Legitimität des Grundgesetzes gegenüber der DDR-Verfassung, die noch die publizistische Würdigung

40 Karl-Eduard von Schnitzler, Protokoll einer Sendung. Aus der Fernsehdokumentation „Wie die BRD entstand“, in: Neues Deutschland, 20.5.1989.

41 Vgl. Martin Sabrow, *Zeitenwenden in der Zeitgeschichte*, Göttingen 2023.

42 Vgl. Thomas Hertfelder, *Erfolgsgeschichte Bundesrepublik. Aufstieg und Krise einer Meistererzählung*, Stuttgart 2020, S. 14.

43 Christopher Banditt/Nadine Jenke/Sophie Lange (Hrsg.), *DDR im Plural. Ostdeutsche Vergangenheiten und ihre Gegenwart*, Berlin 2023.

44 So etwa der Verfassungsrechtler Dieter Grimm in seinen Überlegungen zu der Frage, warum das Grundgesetz sich zu einer „viel gepriesenen Verfassung“ hatte entwickeln können: „Es symbolisierte sozusagen den Wiederaufstieg der Bundesrepublik aus der Katastrophe, die der Nationalsozialismus hinterlassen hatte, und auch die bessere Alternative zur DDR.“ Dieter Grimm über Vertrauen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 4./5.5.2019.

45 Vgl. Angela Bauer-Kirsch, *Zur Legitimation des Bonner Grundgesetzes. Das Selbstverständnis des Parlamentarischen Rates wider die Kritik*, in: *Zeitschrift für Politik* 2/2002, S. 171–197.

seines siebenjährigen Jubiläums 2019 kennzeichnete.⁴⁴ Fünf Jahre später hat sie einer selbstkritischen Neubefragung Platz zu machen begonnen, die auch die Geschichte des doppelten Neubeginns nach 1945 angeht: Der Parlamentarische Rat hatte sich 1949 nach Kräften dagegen gewehrt, das von ihm ausgearbeitete Grundgesetz durch einen Volksentscheid legitimieren zu lassen, sondern sich stattdessen „durch des Volkes ‚innere Zustimmung‘“ ermächtigt gefühlt.⁴⁵ Stand diese aus heutiger Sicht verblüffende Weigerung dem autoritären Demokratieverständnis der Nachkriegszeit in Ostdeutschland womöglich näher, als die gewohnte Erzählung des doppelten deutschen Neubeginns es lange wahrhaben wollte?

MARTIN SABROW

ist Professor em. für Neueste Geschichte und Zeitgeschichte an der Humboldt-Universität zu Berlin und ehemaliger Direktor des Leibniz-Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam (ZZF). Er ist Sprecher des Leibniz-Forschungsverbands „Wert der Vergangenheit“.

Gedanken, Anregungen, Kritik?

Schreiben Sie uns eine E-Mail:
apuz@bpb.de

Folgen Sie uns auf X:
[@apuz_bpb](https://twitter.com/apuz_bpb)

BLICK ZURÜCK NACH VORN

Nationalsozialistische Vergangenheit und Neubeginn 1949

Katrin Hammerstein

Als 1949 die beiden deutschen Staaten gegründet wurden, geschah dies in der Bundesrepublik Deutschland wie auch in der DDR in deutlicher Abgrenzung vom Nationalsozialismus und seinen Verbrechen. Das Grundgesetz, das am 23. Mai 1949 in Westdeutschland verkündet wurde, gilt auch als „Antwort auf Nazi-Diktatur und Zweiten Weltkrieg, ein in 146 Verfassungsartikel gegossenes ‚Nie wieder‘“.⁰¹ Mit ihm wurde die Demokratie als Staatsform fest verankert. Bereits Artikel 1 des Grundgesetzes hielt fest: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. (...) Das Deutsche Volk bekennt sich (...) zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt. (...) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.“⁰²

Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949 beinhaltete ebenfalls die Zusicherung von Grund- und Bürgerrechten, die bekanntermaßen in der DDR jedoch in dieser Form ebenso wenig umgesetzt wurden wie die im Staatsnamen beanspruchte Demokratie, und hob auch auf die Sicherung des Friedens ab. So war in der Präambel die Rede von „dem Willen (...), die Freiheit und die Rechte des Menschen zu verbürgen, das Gemeinschafts- und Wirtschaftsleben in sozialer Gerechtigkeit zu gestalten, dem gesellschaftlichen Fortschritt zu dienen, die Freundschaft mit allen Völkern zu fördern und den Frieden zu sichern“.⁰³ Die Stichworte „soziale Gerechtigkeit“ und „gesellschaftlicher Fortschritt“ verwiesen freilich auf die Transformation Ostdeutschlands in eine sozialistische Gesellschaft.

VERGANGENHEITSBEZÜGE

Viele Artikel des Grundgesetzes beziehungsweise der DDR-Verfassung weisen einen direk-

ten oder indirekten Bezug zur NS-Vergangenheit auf. Auf alle kann an dieser Stelle nicht eingegangen werden. In beiden deutschen Staaten wurde aber beispielsweise das Recht auf Widerstand verankert⁰⁴ – in der DDR übrigens auch die Pflicht dazu – oder auch die Gleichheit aller vor dem Gesetz und der Schutz vor rassistischer Diskriminierung.⁰⁵ Überdies wurde in Ost und West explizit an der Fortgeltung der nach 1945 erlassenen Bestimmungen und Rechtsvorschriften zur Überwindung und Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus festgehalten.⁰⁶ Auch damit wurde die Abkehr der neuen Staaten Bundesrepublik und DDR vom Nationalsozialismus unterstrichen.

In diesem Kontext ist ein Blick in die ersten Regierungserklärungen von Bundeskanzler Konrad Adenauer am 20. September 1949 und DDR-Ministerpräsident Otto Grotewohl am 12. Oktober 1949 interessant. Diese konzentrierten sich zwar, wie nicht anders zu erwarten war, schwerpunktmäßig auf die neu gegründeten Staaten und die jeweiligen Regierungsziele, beide gingen aber auch auf die NS-Zeit und daraus zu ziehende Schlussfolgerungen ein. Adenauer sprach dabei zunächst die Frage der Strafverfolgung von NS- und Kriegsverbrechen an: Die „wirklich Schuldigen“ sollten „mit aller Strenge bestraft werden“ – um dann jedoch die viel zitierten Worte hinzuzufügen: „Aber im übrigen dürften wir nicht mehr zwei Klassen von Menschen in Deutschland unterscheiden: die politisch Einwandfreien und die Nichteinwandfreien.“⁰⁷ Entsprechend plädierte er dafür, eine Amnestie zu prüfen, auch für die von alliierten Militärgerichten verhängten Strafen. Die Bundesregierung sei entschlossen, „dort, wo es ihr vertretbar erscheint, Vergangenes vergangen sein zu lassen“⁰⁸ – auch diese, einen Schlusstrich implizierende Aussage ist häufig zitiert worden.

Grotewohl wiederum hob die Erinnerung an die „Millionen Opfer aller Völker“ hervor, „die

unter der Geißel des Hitlerfaschismus ihr Leben lassen mußten“, und an die „Zehntausende (...) deutscher Männer und Frauen, die im Kampf gegen das barbarische Naziregime, zur Verhinderung des Krieges, für seine Beendigung und für ein friedliebendes Vaterland gestorben sind. (...) Diese deutschen Männer und Frauen haben durch ihren Kampf und durch ihren Opfertod bei den fortschrittlichen Kräften aller Völker die Grundlagen eines neuen Vertrauens zu einem anderen Deutschland geschaffen. Ihr heroisches Beispiel soll in unserer Jugend und in unserem Volke unabhängig von jeder politischen und weltanschaulichen Auffassung fortleben.“⁰⁹

Mit dem Bezug auf den antifaschistischen Widerstand, dessen Gedächtnis, wie es bei Grotewohl deutlich wird, in der DDR zur Staatsräson erhoben wurde, und dem (indirekten) Hinweis Adenauers auf eine – auf die „wirklich Schuldigen“ zu reduzierende – Täterschaft und Verantwortung enthielten beide Regierungserklärungen Elemente, die für die jeweilige Geschichtsdeutung und Einordnung des Nationalsozialismus ins staatliche Selbstverständnis zentral waren und dabei ganz unterschiedliche Schwerpunkte setzten. Gemeinsam war beiden Reden aber die mit dem präventiven Gedanken des „Nie wieder“ verbundene Distanzierung vom Nationalsozialismus – mit je eigenen Akzentsetzungen.

01 Ansprache des Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts, Prof. Dr. Stephan Harbarth, beim Festakt zum Tag der Deutschen Einheit 2023 am 3. Oktober 2023 in Hamburg, Bulletin der Bundesregierung 107-2/2023, S. 2.

02 Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23. Mai 1949, Art. 1, www.documentarchiv.de/brd/1949/grundgesetz.html.

03 Die Verfassung der Deutschen Demokratischen Republik vom 7. Oktober 1949, www.documentarchiv.de/ddr/verfddr1949.html.

04 Vgl. Art. 4 DDR-Verfassung (DDR-Verf.); Art. 20 Grundgesetz (GG).

05 Vgl. Art. 3 GG; Art. 6 DDR-Verf.

06 Vgl. Art. 144 DDR-Verf.; Art. 139 GG. In der DDR ging dies Hand in Hand mit dem gesellschaftlichen Umbau hin zu einer sozialistischen Gesellschaft; vgl. z. B. Art. 24 DDR-Verf., der die Enteignung der Betriebe von Kriegsverbrechern und aktiven Nationalsozialisten sowie deren Übergang in Volkseigentum vorsah.

07 Konrad Adenauer, Regierungserklärung vom 20. 9. 1949, in: Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte, 1. WP, 5. Sitzung, 20. 9. 1949, S. 22–30, hier S. 27.

08 Ebd.

09 Otto Grotewohl, Regierungserklärung vom 12. Oktober 1949, in: ders., Im Kampf um die einige Deutsche Demokratische Republik, Reden und Aufsätze, Bd. 1: Auswahl aus den Jahren 1945–1949, Berlin 1959², S. 484–507, hier S. 506.

So betonte Adenauer, die Bundesregierung sei „unbedingt entschlossen, aus der Vergangenheit die nötigen Lehren gegenüber allen denjenigen zu ziehen, die an der Existenz unseres Staates rütteln, mögen sie nun zum Rechtsradikalismus oder zum Linksradikalismus zu rechnen sein“.¹⁰ Unschwer ist hier die Totalitarismustheorie zu erkennen, die im westdeutschen Geschichtsbild Nationalsozialismus und Kommunismus gleichermaßen verurteilte. Anschließend ging der Bundeskanzler auf die „hier und da anscheinend hervorgetretenen antisemitischen Bestrebungen“ ein, die die Regierung „auf das schärfste“ verurteile: „Wir halten es für unwürdig und für an sich unglaublich, daß nach all dem, was sich in nationalsozialistischer Zeit begeben hat, in Deutschland noch Leute sein sollten, die Juden deswegen verfolgen oder verachten, weil sie Juden sind.“¹¹ Grotewohl wiederum benannte in seinen Ausführungen Faschismus, Militarismus und ebenfalls Antisemitismus als inakzeptabel, indem er erklärte: „Die Regierung hält es (...) für ihre Pflicht, der Wiederbelebung faschistischer, militaristischer und antisemitischer Ideen sowie einer solchen Betätigung mit der ganzen Schärfe des Gesetzes entgegenzutreten. Wir wollen nicht zurück in die Barbarei!“¹²

Deutlich wird: Der Blick zurück auf den Nationalsozialismus war in beiden Regierungserklärungen vor allem auch ein Blick nach vorn. Die Abgrenzung vom NS-Regime im Sinne des „Nie wieder“ diente insbesondere der Legitimierung des jeweils neuen Staates und, wie im Folgenden noch deutlicher werden wird, auch der gegenseitigen Delegitimierung. Der Antisemitismus als ein wesentlicher Bestandteil der NS-Ideologie wurde zwar benannt und bis zu einem gewissen Grad auch problematisiert, aber dieser Aspekt wie auch der Holocaust sollten nicht im Vordergrund der Geschichtsdeutung der frühen Bundesrepublik und der DDR stehen.

DDR: GRÜNDUNGSMYTHOS ANTIFASCHISMUS

Ein „Zurück in die Barbarei“, vor dem Grotewohl in seiner Regierungserklärung warnte, war gemäß dem historischen Selbstverständnis in der DDR gar nicht möglich. Aufgrund der „an-

10 Adenauer (Anm. 7), S. 27.

11 Ebd.

12 Grotewohl (Anm. 9), S. 506f.

tifaschistisch-demokratischen Umwälzung“ in Ostdeutschland nach 1945 galt der Faschismus dort als mit all seinen Wurzeln ausgerottet. Die DDR definierte sich als neuen Staat ohne Kontinuität zum „Dritten Reich“, als das bereits erwähnte „andere Deutschland“. ¹³ Hierfür berief sie sich auf den antifaschistischen Widerstand. An der Seite der „ruhmreichen Roten Armee“ habe dieser den Sieg über das faschistische Regime errungen, wobei die Gründung der DDR quasi die Krönung des antifaschistisch-demokratischen Befreiungskampfes darstellte. Mit diesem Gründungsmythos des Antifaschismus wurde die eigentliche Niederlage im Zweiten Weltkrieg in einen Sieg umgedeutet und die gesamte ostdeutsche Bevölkerung zu Märtyrern und Helden des Widerstandskampfes erklärt. ¹⁴

Auf diese Weise interpretierte die DDR den Nationalsozialismus als „Phase der Fremdherrschaft“ ¹⁵ aus der eigenen Geschichte heraus und wies Westdeutschland die alleinige Schuld und Verantwortung für die NS-Herrschaft und -verbrechen zu. Durch die Definition des Faschismus als „offene terroristische Diktatur der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“ („Dimitroff-Formel“ der Komintern, 1935) und der Bundesrepublik als kapitalistisch-imperialistischen Staat stellte die DDR diese auch in

direkte Kontinuität zum NS-Regime. ¹⁶ Über die Verknüpfung von Nationalsozialismus und Kapitalismus delegitimierte die antifaschistische Erzählung die westdeutsche Staatsgründung und legitimierte zugleich die neuen Verhältnisse in Ostdeutschland. Kaum ein anderer Staat hat seine politische Legitimation so stark aus seinem Gründungsmythos bezogen wie die DDR. ¹⁷

Dieser Gründungsmythos wurde auch zur Durchsetzung der parteipolitischen Interessen der SED genutzt, etwa zur Rechtfertigung der Zwangsvereinigung von KPD und SPD unter Führung der Kommunisten, die schließlich den Hauptteil des Widerstands geleistet hätten, und zur Ausschaltung politischer Gegner des neuen Systems. ¹⁸ Auch die gegen fundamentale Rechtsstaatsprinzipien verstoßenden und quasi zum Abschluss der justiziellen Verfolgung von NS- und Kriegsverbrechen erklärten Waldheimer Prozesse von 1950 sind in dem Zusammenhang zu nennen. ¹⁹ Die (Nicht-)Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der DDR wurde demnach von der Etablierung der kommunistischen Herrschaft dominiert. ²⁰

Indem für den Faschismus in erster Linie dessen Führungselite und ihre „finanz- und monopolkapitalistischen Hintermänner“ verantwortlich gemacht und die breite Bevölkerung zu deren Opfern umgedeutet wurde, entwickelte die SED-Führung zugleich ein entlastendes und integrierendes Deutungsangebot für die Gesellschaft, insbesondere für die ehemaligen Mitläufer. Die Frage nach der „Verstrickung“ in die NS-Verbrechen wurde tabuisiert, die Massenbasis des Nationalsozialismus ausgeblendet, und die DDR-Bürgerin-

13 Die folgenden Ausführungen zum Geschichtsbild der DDR und der Bundesrepublik beruhen auf Katrin Hammerstein, *Gemeinsame Vergangenheit – getrennte Erinnerung? Der Nationalsozialismus in Gedächtnisdiskursen und Identitätskonstruktionen von Bundesrepublik Deutschland, DDR und Österreich*, Göttingen 2017, S. 49–56, S. 68–78 und der dort angegebenen Literatur.

14 Vgl. u. a. Agnes Blänsdorf, *Die Einordnung der NS-Zeit in das Bild der eigenen Geschichte. Österreich, die DDR und die Bundesrepublik Deutschland im Vergleich*, in: Werner Bergmann/Rainer Erb/Albert Lichtblau (Hrsg.), *Schwieriges Erbe. Der Umgang mit Nationalsozialismus und Antisemitismus in Österreich, der DDR und der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt/M.–New York 1995, S. 18–45, hier S. 28; Jürgen Danyel, *Die Opfer- und Verfolgtenperspektive als Gründungskonsens? Zum Umgang mit der Widerstandstradition und der Schuldfrage in der DDR*, in: ders. (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995, S. 31–46; Herfried Münkler, *Die Deutschen und ihre Mythen*, Berlin 2009, S. 421–441.

15 Martin Broszat, *Zur Erforschung des Nationalsozialismus in der Bundesrepublik Deutschland und in der DDR*, in: Hermann Graml/Klaus-Dietmar Henke (Hrsg.), *Nach Hitler. Der schwierige Umgang mit unserer Geschichte. Beiträge von Martin Broszat*, München 1986, S. 36–41, hier S. 38.

16 Vgl. Blänsdorf (Anm. 14), S. 28.

17 Vgl. Herfried Münkler, *Antifaschismus als Gründungsmythos der DDR. Abgrenzungsinstrument nach Westen und Herrschaftsmittel nach innen*, in: Manfred Agethen/Eckhard Jesse/Ehrhart Neubert (Hrsg.), *Der missbrauchte Antifaschismus. DDR-Staatsdoktrin und Lebenslüge der deutschen Linken*, Freiburg/Br. 2002, S. 79–99, hier S. 82; Danyel (Anm. 14), S. 46.

18 Vgl. ebd., S. 31.

19 Vgl. zum Charakter dieser Prozesse z. B. Falco Werken-tin, *Scheinjustiz in der frühen DDR. Aus den Regieheften der „Waldheimer Prozesse“ des Jahres 1950*, in: *Kritische Justiz* 3/1991, S. 333–350; Norbert Haase/Bert Pampel (Hrsg.), *Die Waldheimer „Prozesse“ – fünfzig Jahre danach. Dokumentation der Tagung der Stiftung Sächsische Gedenkstätten am 28. und 29. September 2000 in Waldheim, Baden-Baden 2001*.

20 Vgl. auch Eckhard Jesse, *Doppelte Vergangenheitsbewältigung in Deutschland. Ein Problem der Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft*, in: ders./Konrad Löw (Hrsg.), *Vergangenheitsbewältigung*, Berlin 1997, S. 11–26, hier S. 16.

nen und -bürger konnten sich mit den „besseren“ Traditionen der deutschen Geschichte identifizieren, die aus Sicht der SED ein erneutes Aufkommen des Faschismus zudem verhinderten.²¹

Die Implementierung des „verordneten Antifaschismus“ (Ralph Giordano) in der DDR ging mit einer starken Ritualisierung einher. Die Erzählung von der Resistenz der Arbeiterklasse und ihres Widerstandskampfes wurde in zahlreichen Denkmälern, Erinnerungstafeln und Gemälden monumentalisiert, in jährlichen Gedenkfeiern wie am 8. Mai und im September am „Tag der Opfer des Faschismus“ („OdF-Tag“) inszeniert und so als fester und omnipräsenter Bestandteil des politischen Alltags verankert.²² Bei diesem „quasi-religiösen Staatskult“²³ sollte auch den KZ-Gedenkstätten Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen zentrale Bedeutung zukommen, die Ende der 1950er beziehungsweise Anfang der 1960er Jahre als „Nationale Mahn- und Gedenkstätten“ (NMG) eingeweiht wurden. Ikonisch für den Antifaschismus-Mythos ist die Figurengruppe des Bildhauers Fritz Cremer vor dem Glockenturm in Buchenwald geworden.

Die ausschließliche Konzentration auf den antifaschistischen Widerstand und dessen Heroisierung führte jedoch dazu, dass andere, nichtkommunistische Opfergruppen, auch die jüdischen NS-Opfer, in der Erinnerung der DDR weitgehend unberücksichtigt blieben. Rassismus und Antisemitismus als wesentliche Aspekte des Nationalsozialismus wurden ausgeblendet.²⁴ Es wurde zwischen aktiven Widerstandskämpfern und passiven Opfern, zu denen jüdische NS-Verfolgte gezählt wurden, unterschieden, was auch unter-

schiedliche Ansprüche bei der Entschädigung zur Folge hatte. Außerdem wurden Entschädigungen mit einer loyalen Haltung zur DDR verknüpft oder der „OdF“-Status politisch unbequemen Personen aberkannt.²⁵ Dass die NS-Opfer den politischen Zielen des SED-Regimes nachgeordnet waren, zeigt nicht zuletzt die Auflösung der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) 1953, die wiederum damit begründet wurde, dass der Nazismus in der DDR ausgerottet sei.²⁶

BUNDESREPUBLIK: VERANTWORTUNGSANNAHME UND -ABWEHR

In der Bundesrepublik stellten sich die Dinge anders dar. Dort war eine nur selektive Übernahme des Erbes der NS-Zeit wie in der DDR nicht möglich. Dem standen zum einen die Erwartungen der Alliierten entgegen, zum anderen sah sich die Bundesrepublik auch selbst in der Nachfolge des Deutschen Reichs und übernahm damit – auf einer offiziellen Ebene – die Verantwortung für den Nationalsozialismus. Die Abgrenzung von der NS-Diktatur unter Anerkennung der (Mit-)Verantwortung war ein wesentlicher, wenn auch nicht nur freiwillig übernommener Bestandteil ihres Selbstverständnisses von Beginn an.²⁷

Immer wieder setzte sich zum Beispiel der erste Bundespräsident, Theodor Heuss, für die Annahme der Verantwortung und gegen das Vergessen ein. So äußerte er in seiner Antrittsrede vom 12. September 1949 die „Sorge (...), dass manche Leute in Deutschland mit dieser Gnade [vergessen zu können] Mißbrauch treiben und zu rasch vergessen wollen. Wir müssen das im Spürgefühl behalten, was uns dorthin geführt hat, wo wir heute sind.“²⁸ Freilich gab es aber

21 Vgl. Raina Zimmering, *Mythen in der Politik der DDR*, Opladen 2000, S. 38f.; Blänsdorf (Anm. 14), S. 29.

22 Vgl. Herfried Münkler, *Das kollektive Gedächtnis der DDR*, in: Dieter Vorsteher (Hrsg.), *Parteiauftrag: Ein neues Deutschland. Bilder, Rituale und Symbole der frühen DDR*, Berlin 1997, S. 458–468, hier S. 460, S. 468; Danyel (Anm. 14), S. 38f.

23 So der Historiker Bernd Faulenbach im Bericht der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, *Deutscher Bundestag, Drucksache 12/7820*, 31.5.1994, S. 52.

24 Vgl. z. B. Jürgen Danyel, *Vom schwierigen Umgang mit der Schuld. Die Deutschen in der DDR und der Nationalsozialismus*, in: *Zeitschrift für Geschichtswissenschaft* 10/1992, S. 915–928, hier S. 925; Volkhard Knigge, *Antifaschistischer Widerstand und Holocaust. Zur Geschichte der KZ-Gedenkstätten in der DDR*, in: Bernhard Moltmann et al. (Hrsg.), *Erinnerung. Zur Gegenwart des Holocaust in Deutschland-West und Deutschland-Ost*, Frankfurt/M. 1993, S. 67–77, hier S. 75.

25 Vgl. u. a. Jutta Illichmann, *Die DDR und die Juden. Die deutschlandpolitische Instrumentalisierung von Juden und Judentum durch die Partei- und Staatsführung der SBZ/DDR von 1945 bis 1990*, Frankfurt/M. 1997, S. 58, S. 73ff.; Christoph Hölscher, *NS-Verfolgte im „antifaschistischen Staat“. Vereinnahmung und Ausgrenzung in der ostdeutschen Wiedergutmachung (1945–1989)*, Berlin 2002, S. 92.

26 Vgl. Danyel (Anm. 14), S. 45.

27 Vgl. u. a. Bernhard Giesen, *Das Trauma der „Tätarnation“*, in: Christina Jostkleigrewe et al. (Hrsg.), *Geschichtsbilder. Konstruktion – Reflexion – Transformation*, Köln 2005, S. 387–414, hier S. 397.

28 Theodor Heuss, *Ansprache am 12. September 1949*, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestags. Stenographische Berichte*, 1. WP, 2. Sitzung, 12.9.1949, S. 9ff., hier S. 10.

auch in Westdeutschland deutliche Tendenzen zur Schuldabwehr, -leugnung und -relativierung – man denke etwa an den Terminus der „Stunde Null“ für das Kriegsende 1945, an die Herausstellung des Widerstands vom 20. Juli 1944 oder auch an das bereits zitierte Plädoyer von Bundeskanzler Adenauer, zwar die „wirklich Schuldigen“ zu bestrafen, das Vergangene ansonsten aber vergangen sein zu lassen. Die Anerkennung der Verantwortung für die NS-Diktatur und ihre Verbrechen ging mit deren Zuordnung an Hitler und die NS-Führungselite einher – nach dem Prinzip: „Je größer die Rolle Hitlers und seines Herrschaftsystems, umso entschuldbarer die deutsche Gesellschaft.“²⁹

Dieser wurde sozusagen ein „kollektiver Persilschein“ ausgestellt; über die Beteiligung der breiten Bevölkerung am Nationalsozialismus wurde geschwiegen. Der Philosoph Hermann Lübbe hat für diesen Zusammenhang ein „kommunikatives Beschweigen“³⁰ der Vergangenheit festgestellt, das für die frühe Bundesrepublik existenziell gewesen sei, so seine nicht unumstrittene These. Andere sprechen auch von der „Adenauersche[n] Bindung von nationaler Identität und Schweigen über die Nazivergangenheit“,³¹ die die junge Demokratie stabilisieren sollte.³²

Dass dabei nicht über die NS-Vergangenheit als Ganze geschwiegen wurde, sondern vor allem über die Involviertheit der deutschen Gesellschaft, spiegelt sich auch in Adenauers Regierungserklärung zur „Haltung der Bundesregierung gegen-

über den Juden“ vom 27. September 1951. In dieser nannte er zwar die „im Namen des deutschen Volkes“ begangenen „unsagbare[n] Verbrechen“ und leitete daraus eine Pflicht zur „Wiedergutmachung“ ab, betonte aber auch: „Das deutsche Volk hat in seiner überwiegenden Mehrheit die an den Juden begangenen Verbrechen verabscheut und hat sich an ihnen nicht beteiligt.“³³

Die Trennung zwischen „den Nazis“ und „den Deutschen“ begünstigte zugleich Ausprägungen eines Selbstverständnisses als „Opfer“: Opfer des Krieges und der Luftangriffe, von Flucht und Vertreibung sowie der Alliierten, aber auch Opfer der NS-Führung und Hitlers, der einen Krieg begonnen habe, in dem alle – insbesondere beim „Opfergang“ in Stalingrad – verloren hätten.³⁴ Ehemalige NS-Anhänger sahen sich als „politisch Verführte“³⁵ und damit quasi „erste Opfer Hitlers“. Indem die Täter klar abgegrenzt wurden und die breite Bevölkerung sich auch als deren Opfer sehen konnte, hatte die Geschichtsdeutung auch ein integrierendes Moment. Dabei wirkte die Selbstviktimsierung aber zugleich exkludierend mit Blick auf die Opfer des Nationalsozialismus und auch des Holocaust. Diese wurden in den frühen Jahren der Bundesrepublik – wie auch in der DDR – gewissermaßen zum zweiten Mal zu Opfern: zu Opfern der Erinnerung.

Die Distanzierung von der NS-Diktatur erfolgte außerdem im Rahmen des antitotalitären Gründungskonsenses, wie er auch in Adenauers Regierungserklärung 1949 sichtbar geworden war. Indem sowohl die nationalsozialistische als auch die kommunistische Gewaltherrschaft abgelehnt wurden, diente das Geschichtsbild der Legitimierung als – antitotalitäre – Demokratie, aber auch der Instrumentalisierung gegen den anderen deutschen Staat. Interessant ist in diesem Kontext auch der westdeutsche Umgang mit dem Volksaufstand vom 17. Juni 1953 in der DDR, der geschichtspolitisch auch mit dem Widerstand

29 Karl-Ernst Jeismann, „Identität“ statt „Emanzipation“? Zum Geschichtsbewusstsein in der Bundesrepublik, in: ders., *Geschichte und Bildung. Beiträge zur Geschichtsdidaktik und zur Historischen Bildungsforschung*, Paderborn u. a. 2000, S. 123–146, hier S. 135. Dabei ging es nicht zuletzt auch um die Zurückweisung des sogenannten Kollektivschuldvorwurfs.

30 Hermann Lübbe, *Der Nationalsozialismus im politischen Bewußtsein der Gegenwart*, in: Martin Broszat et al. (Hrsg.), *Deutschlands Weg in die Diktatur. Internationale Konferenz zur nationalsozialistischen Machtübernahme im Reichstagsgebäude zu Berlin. Referate und Diskussionen. Ein Protokoll*, Berlin 1983, S. 329–349, hier S. 341.

31 Jeffrey Herf, *Historische Erinnerung des Holocaust und die nationale Identität in Ost und West*, in: Wolfgang Bialas (Hrsg.), *Die nationale Identität der Deutschen. Philosophische Imaginationen und historische Mentalitäten*, Frankfurt/M. u. a. 2002, S. 281–298, hier S. 287.

32 Vgl. auch Harald Biermann, *Umstrittene Vergangenheit. Geschichtsbilder in Deutschland seit 1945*, in: Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz nach 60 Jahren, Köln–Weimar–Wien 2008*, S. 621–635, hier S. 626.

33 Konrad Adenauer, *Regierungserklärung vom 27.9.1951*, in: *Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte*, 1. WP, 165. Sitzung, 27.9.1951, S. 6697f., hier S. 6698.

34 Vgl. u. a. Norbert Frei, *1945 und wir. Das Dritte Reich im Bewußtsein der Deutschen*, München 2005, S. 97ff.; Robert G. Moeller, *Deutsche Opfer, Opfer der Deutschen. Kriegsgefangene, Vertriebene, NS-Verfolgte: Opferausgleich als Identitätspolitik*, in: Klaus Naumann (Hrsg.), *Nachkrieg in Deutschland*, Hamburg 2001, S. 29–58.

35 Norbert Frei, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996, S. 405.

des 20. Juli 1944 verknüpft wurde, um wiederum Nationalsozialismus und Kommunismus als Unrechtsregime zu verurteilen. Auch wurde er zur Rehabilitierung mit Blick auf die NS-Vergangenheit genutzt: Der Volksaufstand habe „viele Flecken hinweggewaschen, mit denen das ruchlose Regime des Nationalsozialismus unseren Namen beschmutzt hat“,³⁶ äußerte zum Beispiel der SPD-Politiker Carlo Schmid 1956. Mit der Totalitarismustheorie konnte die Bundesrepublik zudem an althergebrachte antikommunistische Haltungen anknüpfen, was somit ebenfalls integrierend wirkte.³⁷

Einen Gründungsmythos wie den Antifaschismus-Mythos der DDR gab es in der Bundesrepublik nicht. Ein nationales Selbstbild entwickelte sich erst allmählich. Negativ begründet, in normativer Abgrenzung vom Nationalsozialismus und der daraus positiv resultierenden Verpflichtung zu Rechtsstaatlichkeit und freiheitlich-demokratischen Grundwerten, wurde es im Laufe der Jahre um spezifisch bundesrepublikanische Bezugspunkte wie das Grundgesetz, den Verfassungspatriotismus oder das „Wirtschaftswunder“ erweitert, mit denen sich schließlich eine Erfolgsgeschichte des 1949 in Westdeutschland gegründeten Staates erzählen ließ.

„NIE WIEDER – IST JETZT“

Jahre später sollte auch die „Vergangenheitsbewältigung“ zur Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik gezählt werden. Denn die Anerkennung einer nur reduzierten Verantwortung bei gleichzeitigem Schweigen über die gesellschaftliche Beteiligung am Nationalsozialismus in der frühen Bundesrepublik wurde im Laufe der Zeit von einer selbstkritischen Auseinandersetzung mit der NS-Vergangenheit abgelöst, die schließlich – auch vor dem Hintergrund der dann doppelten Vergangenheitsaufarbeitung seit dem Ende der

36 Zit. nach Edgar Wolfrum, *Geschichtspolitik in der Bundesrepublik Deutschland. Der Weg zur bundesrepublikanischen Erinnerung 1948–1990*, Darmstadt 1999, S. 385, Anm. 61.

37 Vgl. Rainer Gries, *Mythen des Anfangs*, in: APuZ 18–19/2005, S. 12–18, hier S. 17; Jürgen Danyel, *Die beiden deutschen Staaten und ihre nationalsozialistische Vergangenheit. Elitenwechsel und Vergangenheitspolitik*, in: Christoph Kleßmann/Hans Misselwitz/Günter Wichert (Hrsg.), *Deutsche Vergangenheiten – eine gemeinsame Herausforderung. Der schwierige Umgang mit der doppelten Nachkriegsgeschichte*, Berlin 1999, S. 128–138, hier S. 134.

SED-Diktatur mit dem Mauerfall 1989 – sogar als weltweit vorbildlich galt.³⁸ Diese Entwicklung kann hier nicht im Detail dargestellt werden. Die Literaturwissenschaftlerin Aleida Assmann, die für ihre Forschungen zur Erinnerungskultur 2018 gemeinsam mit ihrem jüngst verstorbenen Mann, dem Ägyptologen Jan Assmann, den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhalten hat, hat die Holocaust-Erinnerung der Bundesrepublik aber als ein Crescendo beschrieben, also als eine immer stärker werdende Beschäftigung mit der Vergangenheit. Alle 20 Jahre – 1965, 1985 und 2005 – sei dabei eine neue Stufe erreicht worden.³⁹

Während in der DDR der Antifaschismus-Mythos bis zu ihrem Ende weitgehend statisch blieb und es dort erst in den 1980er Jahren zu einer allmählichen Flexibilisierung des Geschichtsbilds auch mit Blick auf die jüdischen Opfer des Nationalsozialismus kam, begann in der Bundesrepublik ab Ende der 1950er Jahre ein Diskurs über die NS-Vergangenheit. Dieser verstärkte sich zunehmend, wurde vor allem in den 1980er Jahren, unter anderem infolge der Ausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie „Holocaust“ 1979, sehr intensiv und mündete schließlich in einen ab den 1990er Jahren einsetzenden Erinnerungsboom, der nach und nach die verschiedenen, auch die sogenannten vergessenen Opfergruppen einschloss. Dabei hat sich die Erinnerungskultur aber nicht ganz so linear entwickelt, wie es das Bild eines Crescendos nahelegt. Bei der Erinnerung an die NS-Zeit und ihre Opfer waren vielmehr Durchsetzungskämpfe zu führen, und es gab immer wieder auch Rückschläge und vergangenheitsbezogene Skandale. Dieser Prozess ist nicht abgeschlossen. Die Erinnerungskultur entwickelt sich beständig weiter, sieht sich nach wie vor Herausforderungen ausgesetzt und hat auch Defizite.

Schon länger werden zum Beispiel ein inhaltsleeres und ritualisiertes Erinnern insbesondere auf staatlicher Ebene sowie eine übermäßige Op-

38 Vgl. auch Timothy Garton Ash, *Mesomnesie. Plädoyer für ein mittleres Erinnern*, in: *Transit 22* (Winter 2001/2002), S. 32–48, hier S. 33. Er spricht von einer „DIN-Norm“ der „Vergangenheitsbewältigung“.

39 Vgl. Aleida Assmann, *Das neue Unbehagen an der Erinnerungskultur. Eine Intervention*, München 2013, S. 56f. Zur Entwicklung in Bundesrepublik und DDR vgl. Hammerstein (Anm. 13) und die dort angegebene Literatur.

feridentifizierung kritisiert.⁴⁰ Auch sind Zweifel an der tatsächlichen Verankerung des Konsenses des „Nie wieder“ in der Gesellschaft der Bundesrepublik aufgekommen – nicht erst seit den antisemitischen Reaktionen auf den 7. Oktober 2023, an dem die Terrororganisation Hamas Israel überfallen und mehr als 1200 Menschen brutal ermordet und weitere entführt hat. 2020 hatte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier mit Blick auf das erneute Aufleben des Antisemitismus in seiner Rede zum 27. Januar geäußert: „Ich wünsche, ich könnte (...) heute mit Überzeugung sagen: Wir Deutsche haben verstanden. Doch wie kann ich das sagen, wenn Hass und Hetze sich wieder ausbreiten, wenn das Gift des Nationalismus wieder in Debatten einsickert – auch bei uns?! Wie kann ich das sagen, wenn das Tragen der Kippa zum persönlichen Risiko wird (...)?! (...) Nein, meine Sorge ist nicht, dass wir Deutsche die Vergangenheit leugnen. Meine Sorge ist, dass wir die Vergangenheit inzwischen besser verstehen als die Gegenwart. Wir dachten, der alte Ungeist würde mit der Zeit vergehen. Aber nein: Die bösen Geister der Vergangenheit zeigen sich heute in neuem Gewand. Mehr noch: Sie präsentieren ihr völkisches, ihr autoritäres Denken als Vision; gar noch als die bessere Antwort auf die offenen Fragen unserer Zeit.“⁴¹

Nicht umsonst wird bei den seit Anfang 2024 stattfindenden Demonstrationen gegen Rechtsextremismus in Reaktion auf das Bekanntwerden des „Potsdamer Geheimtreffens“ vom November 2023, bei dem rechtsextreme Vertreibungspläne unter dem Stichwort „Remigration“ diskutiert wurden, „Nie wieder 1933“ und „Nie wieder ist jetzt“ skandiert. Für ein wirksames „Nie wieder“ braucht es eine lebendige Demokratie und ein gelebtes Grundgesetz. Diesen Zusammenhang hatte auch Bundeskanzler Konrad Adenauer in seiner oben zitierten Regierungserklärung zur „Haltung der Bundesregierung gegenüber den Juden“ 1951 hervorgehoben. Diese Haltung sei durch das Grundgesetz, insbesondere Artikel 3, eindeutig festgelegt. Dessen Nor-

men könnten aber nur wirksam werden, wenn „die Gesinnung, aus der sie geboren wurden, zum Gemeingut des gesamten Volkes wird“ und „der Geist menschlicher und religiöser Toleranz (...) nicht nur formale Anerkennung findet, sondern in der seelischen Haltung und praktischen Tat Wirklichkeit wird“.⁴² Ein wichtiger Baustein für die Verinnerlichung der demokratischen Werte bleibt die Erinnerungskultur, deren Blick zurück in die Geschichte als Blick nach vorn aktuellen Herausforderungen und Bedrohungen der Demokratie entgegenwirkt.

KATRIN HAMMERSTEIN

ist promovierte Historikerin und Leiterin des Fachbereichs Gedenkstättenarbeit der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg.

APuZ digital als E-Book oder PDF

bpb.de/shop/apuz

Kostenlos heruntergeladen und
in über 500 Ausgaben lesen,
suchen, markieren ...

⁴⁰ Vgl. z. B. Ulrike Jureit/Christian Schneider, *Gefühlte Opfer. Illusionen der Vergangenheitsbewältigung*, Stuttgart 2010.

⁴¹ Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier bei der Gedenkveranstaltung des Deutschen Bundestages zum Tag des Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus, 29. 1. 2020, www.bundespraesident.de/SharedDocs/Reden/DE/Frank-Walter-Steinmeier/Reden/2020/01/200129-Gedenken-Bundestag.

⁴² Adenauer (Anm. 33), S. 6697 f.

VON DER GRÜNDUNGSGESCHICHTE BIS ZUR WIEDERVEREINIGUNG

Die deutsche Zweistaatlichkeit im Geschichtsschulbuch

Heike Christina Mätzing

In ihrem Grußwort zur Eröffnung der diesjährigen Geschichtsmesse in Suhl formulierte die Direktorin der Bundesstiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Anna Kaminsky: „In der Debatte des letzten Jahres hat Dirk Oschmann die Marginalisierung gerade auf DIE Ostdeutschen zugespielt. Was immer von diesen Thesen im Einzelnen zu halten ist, die Frage der unzureichenden Repräsentanz von Ostdeutschen ist ein Wiedergänger.“⁰¹

In der Tat replizieren die offenbar bewusst überzeichneten, provokativen Einlassungen des Leipziger Germanistikprofessors etliche, den Beweis schuldig bleibende Behauptungen über das innerdeutsche Verhältnis.⁰² Ihre permanente Wiederholung, immer wieder seit der Wiedervereinigung vorgetragen, erregt stets aufs Neue die medialen Gemüter – so wie im Mittelalter die vermeintliche Erscheinung eines Untoten, der den Lebenden die Kraft absaugt, sei es, um sich für erlittenes Unrecht zu rächen, oder weil seine Seele nicht erlöst wurde.⁰³

Dank der modernen Wissenschaft ist jedoch inzwischen bekannt, dass das lebendige Aussehen mancher Leiche nicht auf ihren untoten Zustand, sondern auf bakterielle Fäulnisprozesse zurückzuführen ist. In diesem Sinne soll im Folgenden ein empirischer Blick auf die quantitative und qualitative Präsenz ostdeutscher Geschichte geworfen werden, und zwar am Beispiel von Geschichtsschulbüchern.

SCHULBÜCHER ALS „NATIONALE AUTOBIOGRAFIEN“

Zwar geben Geschichtsschulbücher keine Auskunft über Unterrichtsverläufe und konkret erfolgende Lehr-Lern-Prozesse. Doch wie kaum eine andere Quellengattung spiegelt sich in ihnen die historische Selbstvergewisserung einer Gesellschaft. Zugelassen durch Kultusministerien oder

ihnen nachgeordnete Behörden, durchlaufen sie in der Regel förmliche Begutachtungsverfahren, die in eine Genehmigung münden, wenn die Bücher verfassungskonform sind, allgemeinen Rechtsvorschriften entsprechen, mit den Lehrplänen übereinstimmen und didaktisch wie sprachlich geeignet sind.⁰⁴ Lehrpläne ihrerseits werden vor ihrer Genehmigung in ausführlichen Anhörverfahren zur Diskussion gestellt, in denen in Deutschland alle relevanten gesellschaftlichen Kräfte – Unternehmerverbände und Gewerkschaften, Parteien und politische Bewegungen, Kirchen und Glaubensgemeinschaften – dazu Stellung nehmen können. Den Voten der Landeselternräte und Landesschulbeiräte kommt dabei besonderes Gewicht zu.

Insofern stellen die auf den Lehrplänen basierenden Geschichtsschulbücher nicht nur Informationen bereit, sondern sind auch, nicht zuletzt durch ihren hohen Verbindlichkeitsgrad, ein Politikum. Das gilt weltweit für alle Gesellschaftssysteme, da diese sich damit selbst legitimieren und die nachwachsende Generation im Sinne ihrer eigenen Staatsform sozialisieren. Geschichtsschulbücher sind mithin „Konstruktionen und zugleich Konstrukteure sozialer Ordnungen“.⁰⁵ Die Schulbuchforschung bezeichnet sie daher als „nationale Autobiografien“.⁰⁶ Für die Zeitgeistforschung stellen sie eine der wichtigsten Quellen dar.

Doch wie sich jede individuelle Autobiografie im Laufe der Zeit verändert und umgedeutet wird, so verändern sich auch nationale Selbstbeschreibungen. Dies gilt erst recht für die Zeit nach Umbrüchen, in diesem Fall für westdeutsche Geschichtsschulbücher nach Mauerfall und Wiedervereinigung. Welche Umdeutungen dabei die ostdeutsche Vergangenheit zwischen doppelter Staatsgründung und Wiedervereinigung erfuhr, soll im Folgenden beleuchtet werden, beginnend mit einem kleinen Rückblick auf die Zeit vor 1989.

DEUTSCH-DEUTSCHE GESCHICHTE IN WESTDEUTSCHEN SCHULBÜCHERN VOR 1989

Angesichts der Systemkonkurrenz von Bundesrepublik und DDR ist es nachvollziehbar, dass in den Schulbüchern beider Staaten bis 1989/90 ein dichotomes Narrativ vorherrschte, mit dem der andere Teilstaat delegitimiert und das eigene politische System positiv gegenübergestellt und gestärkt werden sollte.⁰⁷ In westdeutschen Büchern schwächte sich dieses Diktum zwar nach 1970, also im Windschatten des Grundlagenvertrages zwischen Bundesrepublik und DDR, ab. Provokationen sollten nun auch im Schulbuch vermieden werden. So lässt sich beispielsweise für die Darstellung des Aufstands vom 17. Juni 1953 zeigen, dass der bis dahin stark thematisierte bundesrepublikanische Nationalfeiertag fortan fehlte und selbst die Opfer des Aufstandes marginalisiert oder gar nicht mehr benannt wurden.⁰⁸

Allerdings konnten westdeutsche Geschichtsbücher, die vor 1989 erschienen, auch nur von außen über das Herrschaftssystem der SED und die DDR-Gesellschaft berichten. Die Innenperspektive auf reale Lebensverhältnisse, auf die Folgen der Sozial- und Wirtschaftspolitik, gar auf (individuelle) Folgen von Willkürherrschaft und Unrecht, war

01 Bundesstiftung Aufarbeitung, Chancen und Herausforderungen bei der Gestaltung der Erinnerungskultur – Die 16. Geschichtsmesse ist in Suhl gestartet, 29.2.2024, www.bundesstiftung-aufarbeitung.de/de/stiftung/aktuelles/chancen-und-herausforderungen-bei-der-gestaltung-der-erinnerungskultur-die-16-geschichtsmesse-ist-suhl-gestartet.

02 Vgl. Dirk Oschmann, *Der Osten: eine westdeutsche Erfindung*, Berlin 2023¹⁴. Zu den Behauptungen gehört etwa, die „öffentliche[n] deutschen Eliten“ seien „natürlich westdeutsche Eliten“ (S. 32). Gegenbeispiele sind nicht nur Bundeskanzlerin a.D. Angela Merkel und Bundespräsident a.D. Joachim Gauck, auch die meisten Ministerpräsidenten und Ministerpräsidentinnen der ostdeutschen Bundesländer seit 1990 sind in der DDR geboren und/oder aufgewachsen. Für die Medien sei u. a. auf den zukünftigen Leiter des ARD-Hauptstadtstudios, Markus Preiß, verwiesen oder auf Maybrit Illner, Talkmasterin beim ZDF. Ähnliches gilt mittlerweile für nicht wenige Professoren und Professorinnen.

03 Vgl. Wolfgang Schwerdt, *Vampire, Wiedergänger und Untote. Auf der Spur der lebenden Toten*, Berlin 2011.

04 In den Bundesländern Berlin und Brandenburg, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Saarland und Schleswig-Holstein wurde die Zulassungspflicht allerdings inzwischen abgeschafft. Dort erfolgt die Auswahl der Bücher direkt durch die Schulen. Vgl. Kultusministerkonferenz, Übersicht zu Internetinformationen der Länder über zugelassene Lehr- und Lernmittel, 13.12.2023, www.kmk.org/fileadmin/Dateien/pdf/Bildung/AllgBildung/2023-12-13-Hz-Laenderumfrage-Lernmittel-2023-Anl-clean-1.pdf.

nicht nur der westdeutschen Historiografie weitgehend unbekannt. Sie gehörte auch nicht zur kollektiven Erinnerung der bundesrepublikanischen Bevölkerung und fand dementsprechend keinen Einzug ins Geschichtsbuch. Hinzu kam, dass die Geschichtslehrbücher bis in die 1980er Jahre ohnehin die politische Geschichte priorisierten und die Sozial- und Alltagsgeschichte, gar Ego-Dokumente wie Briefe und Tagebuchaufzeichnungen oder auch Zeitzeugeninterviews, erst langsam Einzug in den Geschichtsunterricht und seine Medien hielten.

WANDEL DES GESCHICHTSBILDES NACH 1990

Mit dem Mauerfall änderte sich zwar der Fokus auf die DDR, aber zunächst einmal stellten sich den Historikern und Historikerinnen eine Reihe von Fragen. Welchen Ort etwa wollte und sollte man der DDR-Geschichte im Kontext der nationalen Vergangenheit zuweisen? Handelte es sich lediglich um eine „Fußnote“ der deutschen Geschichte, wie es der Schriftsteller Stefan Heym am Abend des 18. März 1990 nach der ersten und letzten freien Volkskammerwahl im DDR-Fernsehen formulierte? Oder sollte die ostdeutsche Geschichte als Parallelgeschichte zur westdeutschen, möglicherweise als deutsch-deutsche Beziehungsgeschichte erzählt werden? Letztlich setzte sich der „Beziehungs-Ansatz“ in der Geschichtsschreibung durch und etablierte sich – zumindest als Anspruch.⁰⁹ Vertreter

05 Simone Lässig, *Wer definiert relevantes Wissen? Schulbücher und ihr gesellschaftlicher Kontext*, in: Eckhardt Fuchs/ Joachim Kahlert/Uwe Sandfuchs (Hrsg.), *Schulbuch konkret. Kontexte – Produktion – Unterricht*, Bad Heilbrunn 2010, S. 199–215, hier S. 203.

06 Vgl. Wolfgang Jacobmeyer, *Konditionierung von Geschichtsbewusstsein: Schulgeschichtsbücher als nationale Autobiographien*, in: *Gruppendynamik 4/1992*, S. 375–388.

07 Vgl. Holger Thünemann, *Die doppelte Staatsgründung in Schulgeschichtsbüchern der DDR und der alten Bundesrepublik – ein deutsch-deutscher Vergleich*, in: *Geschichte für heute 4/2009*, S. 5–14, hier S. 11.

08 Vgl. Heike Christina Mätzing, *Der 17. Juni 1953 im Spiegel deutscher Geschichtslehrbücher*, in: Claus Ensberg/Steffen Wittkowske (Hrsg.), *Fachdidaktiken als praktische Wissenschaft*, Bad Heilbrunn 2010, S. 97–111.

09 Vgl. Christoph Kleßmann/Peter Lautzas (Hrsg.), *Teilung und Integration. Die doppelte deutsche Nachkriegsgeschichte als wissenschaftliches und didaktisches Problem*, Bonn 2005; Isabel Fannrich-Lautenschläger, *Das doppelte Deutschland. Die verflochtene Geschichte zweier Staaten*, 4.2.2016, www.deutschlandfunk.de/das-doppelte-deutschland-die-verflochtene-geschichte-zweier-100.html.

und Vertreterinnen der vormaligen DDR-Historiografie waren an diesem Prozess allerdings nicht mehr beteiligt, da die meisten von ihnen inzwischen „abgewickelt“ worden waren.¹⁰ Gleichwohl klaffen bis heute erhebliche Forschungslücken, wenn es um die Darstellung einer *aufeinander bezogenen* deutsch-deutschen Vergangenheit geht. Als retardierendes Moment für die Umsetzung der wissenschaftlichen Ergebnisse in die Schulbücher erweist sich zudem der Timelag, der nicht selten bis zu zehn Jahre betragen kann.

So hoben viele Geschichtsbücher, die in den ersten Jahren nach der Wiedervereinigung erschienen, im Wesentlichen den autoritären Charakter des SED-Regimes und die Durchherrschung der DDR-Gesellschaft am Beispiel der politischen Geschichte hervor. Dabei stand die deutsch-deutsche Vergangenheit praktisch unverbunden nebeneinander. Die inzwischen ausschließlich westdeutschen Schulbuchverlage (in der DDR hatte es mit „Volk und Wissen“ ohnehin nur einen Verlag gegeben) stützten sich bei der Produktion vielfach auf unverändert übernommene Texte und Bilder aus den bereits vor 1989 erschienenen Büchern und schrieben so die Geschichtsvorstellungen aus der Zeit vor dem Mauerfall fort, für die DDR reduziert auf die Themen des Staatsaufbaus der DDR und des Repressionsapparats, dargestellt am Aufstand vom 17. Juni 1953 und am Mauerbau des Jahres 1961 (*Abbildung 1*). Die vierzigjährige DDR-Geschichte wurde kaum behandelt. Dafür erfuhren die Ereignisse um den 9. November 1989 und die Wiedervereinigung in eigenen neuen Kapiteln eine umso ausführlichere Darstellung, womit die Geschichte des zweiten deutschen Staates ahistorisch auf den Mauerfall hin geschrieben und entsprechend teleologisch gedeutet wurde. Die indirekte Botschaft lautete: Das Gute besiegt das Böse. Die dominierende Perspektive offenbarte nicht selten eine „Siegermentalität“, in der das politische System der DDR betont wurde, der Blick auf den Alltag aber fehlte – ganz zu schweigen von einer Wertschätzung für den in der Friedlichen Revolution aufgebrachten Mut und die Zivilcourage. Dies fand seine Parallele in der Wissenschaft, die sich

¹⁰ Vgl. Rainer Eckert/Wolfgang Küttler/Gustav Seeber (Hrsg.), *Krise – Umbruch – Neubeginn. Eine kritische und selbstkritische Dokumentation der DDR-Geschichtswissenschaft 1989/90*. Mit einem Nachwort von Jürgen Kocka, Stuttgart 1992; Werner Röhr, *Abwicklung. Das Ende der Geschichtswissenschaft der DDR*, 2 Bde., Berlin 2011/12.

Die DDR entsteht

Die Sowjetunion (UdSSR) als Besatzungsmacht beeinflusste seit 1945 den Osten Deutschlands. Dieser entwickelte sich daher ganz anders als der Westen. Bei einer Bodenreform wurden die Besitzer großer Ländereien enteignet. Betriebe wurden verstaatlicht. Die gesamte Wirtschaft wurde einer zentralen Planung unterstellt. Der Krieg hatte die Industrie der Sowjetunion zerstört. Zum Wiederaufbau ließ die Besatzungsmacht Betriebe in Ost-Deutschland abbauen und in die UdSSR transportieren. Dort mussten ostdeutsche Fachleute beim Wiederaufbau helfen.

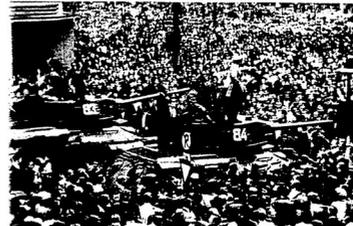
Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands (SED) wurde als kommunistische Partei besonders gefördert. Andere Parteien hatten kaum Chancen. Im Oktober 1949 wurde die Deutsche Demokratische Republik gegründet. Ihr erster Präsident war Wilhelm Pieck (SED).

Nach der NATO (1949) entstand auch im Osten ein Verteidigungsbündnis, der „Warschauer Pakt“ (1955). Die DDR trat ihm bei. Der Kalte Krieg wurde noch kälter, denn jetzt standen sich zwei Militärblöcke gegenüber. Die Aussicht auf eine Wiedervereinigung Deutschlands war in weite Ferne gerückt.

- 1 Nenne die Unterschiede in der Entwicklung der Bundesrepublik und der Deutschen Demokratischen Republik. Begründe (Texte).
- 2 Welche Länder gehören zu den beiden Verteidigungsbündnissen in Ost und West (Karte M2)?

Kalter Krieg

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs wurden die Gegensätze zwischen den ehemaligen Verbündeten immer deutlicher. Vor allem die unterschiedlichen Interessen der Sowjetunion und der USA führten nach der Phase des „heißen“ Krieges zu einem „kalten“ Krieg, der mehrere Jahrzehnte dauern sollte. Er bestimmte die Situation in Europa praktisch bis 1989. Dieser Krieg wurde nicht mehr direkt mit militärischen Waffen geführt, sondern mit Wetrüsten, politischen Drohungen und politischer Propaganda, wirtschaftlichem Druck und ähnlichen Maßnahmen.



M3 Aufgrund wirtschaftlicher Schwierigkeiten und politischer Unzufriedenheit kommt es am 17. Juni 1953 zu einem Aufstand in Ost-Berlin und anderen Orten der DDR. Nur mit Hilfe sowjetischer Panzer kann er niedergeschlagen werden.



M4 Um die Massenflucht in den Westen zu stoppen, errichtet die DDR eine Mauer (13. 8. 61). Dieser Volkspolizist schafft gerade noch den Sprung in den Westen.

Abbildung 1: Geschichte der DDR, in: Durchblick. Geschichtlich-soziale Weltkunde für Hauptschulen Kl. 9, Braunschweig, Westermann 1998, S. 85.

erst langsam für die Geschichte von Gesellschaft und Bevölkerung der DDR zu interessieren begann, wobei eine der Ursachen dafür in dem erst seit 1993 möglichen Zugang zu den einschlägigen DDR-Akten begründet lag.

Zunehmend erschienen nun aber auch Lehrbücher, in denen die Geschichte beider Teilstaaten bis auf die Seitenzahl quantitativ gleichwertig behandelt wurde. Gängiges Konzept für die Präsentation einer solchen deutsch-deutschen Parallelgeschichte war der direkte Ost-West-Vergleich, bei dem identische Themen grundsätzlich auf gegenüberliegenden Seiten präsentiert wurden. Damit erfuhr die ostdeutsche Geschichte gegenüber der westdeutschen zwar quantitativ eine deutliche Aufwertung, doch bei genauer Betrachtung fungierte sie auf diese Weise als negative Gegenfolie zum westdeutschen Staat. Der Systemvergleich des Kalten Krieges und die behauptete Überlegenheit des Westens fanden hier letztlich ihre Fortschreibung. Das galt vor allem bei der Darstellung der ökonomischen Leistungsfähigkeit. So lieferte die zu *Abbildung 2* gehörende Frage nach der größten Kaufkraftdifferenz den Lernenden ein

Thema: Wirtschaftssystem

Preise und Kaufkraft um 1980 (Die Stundenangaben bezeichnen die Arbeitszeit, die ein Käufer zum Erwerb der Ware aufwenden musste)		
	BRD	DDR
Herrenoberhemd (Kunstfaser)	19,90 DM 1:56 h	45 M 8:55 h
Damenkleid (Mischgewebe)	70 DM 5:59 h	210 M 41:55 h
Kinderhalbschuhe	29,90 DM 2:25 h	59 M 7:45 h
Staubsauger (600 W)	179 DM 14:26 h	425 M 84:10 h
Fernseher (schwarzweiß)	348 DM 28:04 h	2050 M 405:56 h
PKW	9500 DM 750 h	19800 M 5920 h
Eisenbahnwochenkarte	16,50 DM 1:20 h	2,50 M 0:30 h
Straßenbahn-/Omnibusfahrt	1,54 DM 0:05 h	0,20 M 0:02 h
Tageszeitung (Abo monatlich)	14,97 DM 1:12 h	5,60 M 0:45 h
Herrenhaarschnitt	9,05 DM 0:44 h	1,80 M 0:21 h
Briefporto (bis 20 g)	0,60 DM 0:05 h	0,20 M 0:02 h
Roggenmischbrot (1 kg)	2,65 DM 0:15 h	6,52 M 0:06 h
Zucker, Raffinade (1 kg)	1,75 DM 0:08 h	1,59 M 0:19 h
Kartoffeln (5 kg)	3,26 DM 0:16 h	10,4 M 0:12 h
Schweinekotelett (1 kg)	11,56 DM 0:55 h	8 M 1:55 h
Vollmilchschokolade (100 g)	0,99 DM 0:05 h	4,80 M 0:57 h
Bohnenkaffee (1 kg)	16,90 DM 1:22 h	80 M 15:50 h

Abbildung 2: Kaufkraftvergleich BRD-DDR, in: Anno, Bd. 4, Braunschweig, Westermann 1997, S. 201.

weiteres Argument für die Prädominanz des Westens, aber keine Erklärungen für deren Ursache, wie etwa den von der Sowjetunion unter anderem für die DDR zurückgewiesenen Marshallplan, die unverhältnismäßig hohen, an die Sowjetunion zu zahlenden Reparationskosten, die noch bis 1990 geleistete wirtschaftliche Unterstützung an die frühere Besatzungsmacht oder die Planwirtschaft.

DIE DDR IN DEN SCHULBÜCHERN SEIT ENDE DER 1990ER JAHRE

Seit Ende der 1990er, Anfang der 2000er Jahre erhielten zunehmend auch Themen der DDR-Alltagsgeschichte wie Konsum, Kindheit, Jugend, Emanzipation, Freizeit, Kirche, Sport und anderes mehr Eingang in die Schulbücher und verbanden sich mit differenzierenden Darstellungen und wertschätzenden Urteilen. Vereinzelt erhielt die DDR-Geschichte nun auch ein (schönes) „Gesicht“ (Abbildung 3).

Diese Lehrwerke basierten in der Regel auf überarbeiteten Lehrplänen¹¹ und behandelten die deutsch-deutsche Geschichte durchgehend sehr ausführlich. In einem Sample von 50 zugelassenen

11 Vgl. Ulrich Arnswald, Zum Stellenwert des Themas DDR-Geschichte in den Lehrplänen der deutschen Bundesländer. Eine Expertise im Auftrag der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur, Berlin 2004.

8. Sport und Sportförderung in der DDR

Mit 18 Mio. Einwohnern gehörte die DDR zu den kleinen Staaten der Welt. Doch in den Nationenwertungen der Olympischen Spiele gehörte sie neben den USA und der Sowjetunion zu den großen drei. Kein Land der Welt gab pro Kopf der Bevölkerung soviel Geld für die Förderung des Spitzensports aus wie die DDR. Welches Ziel verfolgte die DDR-Führung mit ihrer Sportpolitik?

Sportler als Botschafter der DDR – Bis 1968 traten die Sportler aus Ost- und Westdeutschland bei den Olympischen Spielen gemeinsam in einer Mannschaft auf. Doch 1972 schaffte die DDR auch sportpolitisch den Durchbruch zur internationalen Anerkennung: Sie konnte mit eigener Olympiamannschaft, eigener Fahne und Hymne antreten. Die großen Erfolge von DDR-Sportlern in internationalen Wettkämpfen waren ein wichtiger Baustein für das Ansehen der DDR.

Sportförderung – In speziellen Kinder- und Jugendsportschulen wurden Talente früh und systematisch gefördert. „Ihr seid Botschafter der DDR“, lauteten die Appelle der Funktionäre an die DDR-Sportler. Erfolgreiche Sportler genossen seit den 1950er Jahren Privilegien: bei der Wohnungsvergabe oder beim Neukauf eines Autos. Sogenannte „Meisteratleten“ bezogen Gehälter und Zuschläge durch Patenbetriebe, die Partei oder die Armee.

Licht- und Schattenseiten – Als Kaderschmiede für DDR-Sportler dienten die Kinder- und Jugendsportschulen und der Sportklub. Das „Forschungsinstitut für Körperkultur und Sport“ in Leipzig schuf die sportwissenschaftlichen Grundlagen für die Erfolge der DDR-Sportler. Gleichzeitig war es aber auch Ausgangspunkt für das gezielt eingesetzte Doping im DDR-Sport. Seit Mitte der 1960er Jahre wurden an viele männliche und weibliche Athleten verbotene und langfristig gesundheitsschädliche Mittel zum Muskelaufbau und zur Leistungsförderung verabreicht. Meist geschah das ohne Wissen der Sportler. Nach 1990 wurden mehrere frühere Sportfunktionäre der DDR dafür wegen Körperverletzung angeklagt und verurteilt. ©/is



Katharina Witt, erfolgreiche DDR-Eiskunstläuferin

Q2 Sportpolitische Argumentation zur Vorbereitung des Olympiakaders für München 1972:

- Die Klassenaufeinanderetzung auf sportlichem Gebiet hat ein solches Ausmaß erreicht, dass prinzipiell kein Unterschied zur militärischen Ebene besteht. So wie der Soldat der DDR, der an der Staatsgrenze seinem imperialistischen Feind in der NATO-Bundeswehr gegenübersteht, so muss der DDR-Sportler in dem Sportler der BRD seinen politischen Gegner sehen. Unser Kampf ist so hart, dass er ... auch gegen die Sportler der BRD geführt werden muss. ... Für uns bedeutet das: Es kann keine Verbindungen, keine Kontakte mehr zu Personen der BRD und anderer kapitalistischer Länder geben. Jeder Briefverkehr, jedes auch noch so freundschaftlich scheinende und teilweise vielleicht ehrlich gemeinte Gespräch muss von unseren Sportlern abgelehnt, ... jede Lücke in unserer Mannschaft muss geschlossen werden.

© Hartmann, Galdiner – Die DDR im Spiegel ihres Spitzensportes, Leipzig 1997, S. 88, Galdiner

D1 Medaillenspiegel Olympia 1972

	Gold	Silber	Bronze
USSR	50	27	22
USA	33	31	30
DDR	20	23	23
BRD	13	11	16
Japan	11	8	16
Australien	7	7	3
Polen	5	3	9
Ungarn	6	13	16

ARBEITSAUFTRÄGE

- Beschreiben Sie anhand von D1, welche Position die DDR im internationalen Spitzensport einnahm. Erläutern Sie, welche innen- und außenpolitische Bedeutung dies hatte.
- Legen Sie mit Q2 dar, wie sich DDR-Sportler gemäß staatlicher Weisung im Ausland zu sehen und zu verhalten hatten.

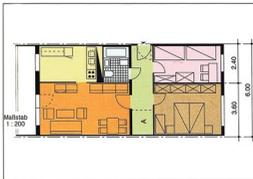
Abbildung 3: Sport in der DDR, in: Geschichte plus, Berlin, Volk und Wissen 2002, S. 94.

Büchern für die neunten und zehnten Klassen entfielen auf die Zeit zwischen 1949 und 1989 durchschnittlich 50 Seiten je Buch, wobei die Mehrzahl der Bücher die Geschichte der Zweistaatlichkeit innerhalb eines Kapitels behandelte, zeitversetzt zum entsprechenden Paradigmenwechsel in der Historiografie. Dies spiegelte sich bereits in den Kapitelüberschriften, etwa wenn es hieß: „Zwei Staaten – eine Nation“¹², „Deutschland nach 1945 im Spannungsfeld zwischen Ost und West“¹³, „Deutschland nach 1949: geteilt – und wiedervereint“¹⁴. Ganz anders als noch in den Büchern der frühen 1990er Jahre wurde versucht, bei alltags- und sozialgeschichtlichen Themen beide Teilgeschichten möglichst gemeinsam zu behandeln. Lediglich bei der Darstellung der politischen Systeme wurde dieser Ansatz aufgegeben. In der Folge fanden sich allerdings auch Darstellungen, bei denen die Herrschaftsformen „Demokratie“ und „Diktatur“ kaum unterscheidbar waren und sich der Eindruck

12 Geschichte konkret 3. Ein Lern- und Arbeitsbuch, Hannover, Schroedel 1998, S. 192ff.

13 Geschichte und Geschehen 4, Leipzig, Klett 1997, S. 126ff.

14 Geschichte und Geschehen 4, Leipzig, Klett 2000, S. 52ff.



229.1 Grundriss einer 66-qm-Dreizimmerwohnung in Berlin-Marzahn (DDR), siebziger Jahre (qm = Quadratmeter).



229.2 Grundriss einer 80-qm-Dreizimmerwohnung in Hamburg-Steilshoop (Bundesrepublik), 1984.

nen. Wegen knappen Baumaterials und Arbeitskräften sollte möglichst kostengünstig gebaut werden. Die Neubauwohnungen waren sparsam geschnitten, aber sie verfügten mit Zentralheizung und eigenem Badezimmer über einen Komfort, der spürbar über dem von Altbauwohnungen lag.

Allerdings hätte diese Baupolitik auch Nachteile. Nicht nur wurde das äußere Erscheinungsbild der Neubausiedlungen vernachlässigt. Weil die Bauwirtschaft zentralisiert war und Geld und Baumaterialien ausschließlich in die Plattenbauten flossen, blieb für die Altbauten nichts mehr übrig. Ganze Stadtviertel verfielen, weil die Hausbesitzer keine Baumaterialien zur Verfügung gestellt bekamen und ihre Häuser nicht mehr instandsetzen konnten.

Q 1 Eine Mieterin in Bielefeld beschreibt ihre Neubauwohnung (1981):
 Also unsere Wohnung ist so, ja so wie Sozialer Wohnungsbau, wie diese Hochhäuser so im Grundriss und der ist also praktisch nur so zu möblieren wie, ja so nach Einrichtungskatalog oder so was ...
 Also bei uns ist das so, weil wir ein zweijähriges Kind haben und 'nen Säugling und das Kinderzimmer sehr klein ist, müssen wir also den Säugling immer im Badezimmer wickeln, was eigentlich ganz sinnvoll ist, aber das Badezimmer ist unheimlich schmal, na und wenn also jemand badet, dann müssen wir das Wickeltrett von der Badewanne nehmen ... man gewöhnt sich

dran, das ist einfach so'n Fahrplan, wo man sich drauf einstellen muss, und so mit Töpfchen, das muss auf'm Flur passieren.“
 In: Amann, Wolfgang, Wohnen in Bielefeld. Bielefeld 1981, 27.

Q 2 Eine Mieterin in Halle erzählt:
 Im Herbst 1983 erhielten wir die Mitteilung, dass wir ab 1. November im Neubaugebiet Halle-Silberhöhe eine Dreiraumwohnung mit 58 qm beziehen können. Wir waren darüber sehr glücklich, da unsere alte Wohnung in Halle-Glaucha kein Bad hatte und nur eine Außentoilette, als Teilwohnung mit gemeinsamem Flur. Unsere Tochter war damals gerade anderthalb Jahre alt und wir freuten uns so sehr auf die neue Wohnung, dass wir in einer Woche den gesamten Umzug bewältigten, einschließlich der Malerarbeiten. Eigentlich war es ja nicht üblich, dass junge Hochschulabsolventen wie wir so schnell eine Neubauwohnung bekommen.“
 Interview des Autors in Halle/S., März 1997.

relatives Verhältnis = gerechnet wird nicht in absoluten Zahlen, sondern in Prozentsätzen. So können verschieden große Staaten statistisch verglichen werden, z. B. Bundesrepublik und DDR.

1. Vergleiche die Merkmale der staatlichen Bauförderung in der alten Bundesrepublik und der DDR.
2. Vergleiche die Grundrisse. Was bieten sie, was fehlt? Bezieht eure Wohnung ein.
3. Stellt eine Liste mit Neubausiedlungen in eurer Stadt zusammen. Was gefällt euch, wofür habt ihr Verbesserungsvorschläge?

Abbildung 4: Das Thema „Wohnen“, in: Geschichte konkret 3. Ein Lern- und Arbeitsbuch, Hannover, Schroedel 1998, S. 229.

vermittelte, es habe sich bei den beiden deutschen Staaten um zwei politische Systeme gehandelt, die beliebig miteinander vergleichbar wären.

So werden die systemspezifischen, politischen Unterschiede zwischen beiden deutschen Staaten im Beispiel der *Abbildung 4* lediglich in einem Satz über die mangelhafte Baupolitik der SED thematisiert. Im Übrigen suggerieren die Berichte von Mietern aus Halle und Bielefeld vergleichbare Lebensumstände, und selbst die Arbeitsaufgaben problematisieren kaum den Unterschied zwischen Demokratie und Diktatur.¹⁵

Angesichts einer nur langsam und mühsam zusammenwachsenden wiedervereinigten Gesellschaft sollte mithilfe des alltags- und sozialgeschichtlichen Ansatzes offenbar auf ein gesamtdeutsches (Geschichts-)Bild rekuriert werden. Dieses Konzept ist zwar einerseits zu begrüßen, birgt aber andererseits die Gefahr, politische Systemunterschiede zu nivellieren, in der Folge die totalitären Strukturen des SED-Regimes zu verharmlosen und Menschenrechtsverletzungen zu bagatellisieren.

15 Vgl. Geschichte konkret (Anm. 12), S. 229.

Diese Befürchtung bestätigte sich bei einer Untersuchung von 50 Geschichtsschulbüchern, die vom Ende der 1990er Jahre bis zum Jahr 2005 erschienen waren und die daraufhin befragt wurden, wie in ihnen das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) beziehungsweise der „Totalitarismus“ thematisiert wurden. Es zeigte sich, dass sieben von 50 Büchern das Thema MfS überhaupt nicht erwähnten, 18 Bücher widmeten ihm rund eine halbe Schulbuchseite. Der maximale Umfang belief sich auf drei bis dreieinhalb Seiten und wurde in acht Büchern nachgewiesen.¹⁶

Bedeutsamer als die Quantität war jedoch die Frage nach der inhaltlichen Aufbereitung des Themas. Wurden die Arbeitsweisen und der Mangel an Rechtsstaatlichkeit beziehungsweise die Willkür des Staates gegenüber seiner Bevölkerung erkennbar? Welche Perspektiven wurden berücksichtigt: nur die der Täter und Täterinnen oder auch die der Opfer? Hier zeigte sich, dass vor allem die Strukturen des MfS beschrieben wurden, während Personalisierungen auffällig selten erfolgten. Am häufigsten genannt wurde noch Erich Mielke, der Minister für Staatssicherheit. Damit korrespondierte, dass die meisten Quellen Auszüge aus MfS-Berichten mit Angaben über die Methoden der Stasi enthielten und insofern die „Täterperspektive“ repräsentierten. Die Opferperspektive wurde lediglich in *einem* der 50 Schulbücher berücksichtigt. Gänzlich unerwähnt blieben jene Personen, die den Werbungsversuchen der Stasi widerstanden¹⁷ – oder gar keinen Kontakt mit der Staatssicherheit hatten. Auch hier spiegeln die Geschichtsbücher die in jener Zeit dominierenden und medial geführten Diskussionen um „die“ DDR-Vergangenheit. Themen wie „Zivilcourage“ und „Opposition“ in der DDR oder ganz allgemein Biografien ostdeutscher Menschen gehörten noch nicht zur „nationalen Autobiografie“. Hier ist allerdings anzumerken, dass Biografien in deutschen Geschichtsschulbüchern ohnehin ein Schattendasein führen.¹⁸

16 Vgl. Heike Christina Mätzing, Fehlanzeige? Die Stasi in aktuellen Geschichtsschulbüchern, in: GWU 1/2009, S. 4–17.

17 Nach einer Auswertung von Stasiakten in Mecklenburg-Vorpommern betraf dies drei von fünf Anwerbeversuchen. Vgl. Gerald Praschl, Verweigern war möglich, 15. 10. 2016, www.bpb.de/218881.

18 Vgl. Heike Christina Mätzing, Held oder Antiheld? Karl Marx im Schulbuch – ein internationaler Vergleich, in: Matthias Steinbach (Hrsg.), Prüfstein Marx. Zu Edition und Rezeption eines Klassikers, Berlin 2013, S. 316–327.

STAATSGRÜNDUNG UND ZWEISTAATLICHKEIT IN AKTUELLEN LEHRPLÄNEN UND SCHULBÜCHERN

In den meisten Bundesländern erschienen zwischen 2019 und 2023 erneut aktualisierte Lehrpläne beziehungsweise Curricula.¹⁹ Ihnen folgten oder werden in Kürze neue Schulbücher folgen. Was hat sich im Vergleich zu den oben beschriebenen Befunden verändert?

Durchgängig alle Lehrpläne behandeln die Zeit von 1945 bis 1949 sowie die Zeit der Zweistaatlichkeit. Verändert hat sich allerdings die Perspektive. Denn anders als ihre Vorläufer betonen die aktuellen Vorgaben die Zeit nach 1945 in *zwei* Themenfelder ein: zum einen in die Weltgeschichte und zum anderen in die Nationalgeschichte. Unter dem nationalgeschichtlichen Aspekt findet sich weiterhin die Prämisse des integrativen Systemvergleichs.

Bislang liegen nur einige wenige neu erschienene oder überarbeitete Schulbücher für die Klassen 9/10 vor, sodass noch nicht abschließend gesagt werden kann, wie sich die jüngsten Lehrplangvorgaben in den neuen Lehrwerken abbilden werden und wie sich die „nationale Autobiografie“ über die deutsch-deutsche Zweistaatlichkeit in den vergangenen rund fünfzehn Jahren verändert hat. Anhand einer nicht repräsentativen Stichprobe für in Nordrhein-Westfalen zugelassene Schulbücher können aber zumindest Tendenzen aufgezeigt werden; die doppelte Staatsgründung soll dabei im Fokus stehen.²⁰

Im 2019 in Nordrhein-Westfalen erschienenen „Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasien“²¹ wird das Thema „doppelte Staatsgründung“ zwar nicht explizit genannt. Gleichwohl

heißt es zum Themenfeld „Internationale Verflechtungen nach 1945“, „dass die schrittweise Wiedererlangung der Souveränität beider deutscher Staaten mit der West- bzw. Osteinbindung und der Eingliederung in supranationale Organisationen und Institutionen verbunden war.“²² Das nachfolgende Themenfeld nimmt die „gesellschaftspolitische[n] und wirtschaftliche[n] Entwicklungen in Deutschland seit 1945“ in den Blick, „die die beiden deutschen Staaten im Innern geprägt, in ihren Beziehungen zueinander bestimmt und zu kontroversen Debatten um deren Deutung geführt haben“.²³

Bei den auf diesem Lehrplan basierenden untersuchten Geschichtsbüchern fällt auf, dass sie diesen Zeitabschnitten unter den Themen „Nachkriegszeit“ und „Zweistaatlichkeit“ rund zwei Drittel,²⁴ mitunter sogar den gesamten Umfang des Buches widmen.²⁵ Der im Vergleich zu früheren Schulbüchern starke quantitative Zuwachs verweist auf den Bedeutungszuwachs des Themas in der „nationalen Autobiografie“. In den Lehrwerken manifestiert sich dies in differenzierteren Präsentationen bislang schon behandelte wie auch neuer Themen und, damit verbunden, einer Zunahme einschlägiger Text- und Bildquellen, bei denen die ostdeutsche Perspektive nun gleichberechtigt neben der westdeutschen steht. Dies betrifft sowohl die politische Geschichte wie die Sozial- und Alltagsgeschichte. So haben jetzt etwa Themen wie die Olympischen Sommerspiele 1972 in München,²⁶ die Lebensbedingungen von ausländischen Arbeitskräften in Ost und West²⁷ und die Aufarbeitung der NS-Zeit in beiden deutschen Staaten²⁸ Eingang in die Bücher gefunden. Unter den Quellen finden sich inzwischen etliche Zeitzeugenberichte aus Ost und West.

Das Thema „doppelte Staatsgründung“ erfährt in allen Büchern eine ausführlichere Darlegung als zuvor, von der Potsdamer Konferenz über den Marshallplan, die Währungsreform bis

19 Während Lehrpläne i. d. R. lediglich Unterrichtsinhalte benennen, finden sich in Curricula auch Hinweise auf Lehrziele, Lehr- und Lernprozesse sowie auf Rahmenbedingungen des Lernens. Nicht immer sind die Grenzen allerdings deutlich gezogen.

20 Die Stichprobe berücksichtigt wegen ihrer besonderen Ausführlichkeit Werke für das Gymnasium aus den wichtigsten Schulbuchverlagen. Sie umfasst: Forum Geschichte 4. Nordrhein-Westfalen Gymnasium G9. Die Welt ab 1945, Berlin, Cornelsen 2023; Geschichte und Geschehen 4, Stuttgart, Klett 2023; Geschichte entdecken 4. Nordrhein-Westfalen G9, Bamberg, Buchner 2023; Zeiten und Menschen 4. Geschichte G9, Braunschweig, Westermann 2023.

21 Kernlehrplan für die Sekundarstufe I Gymnasien – Geschichte, hrsg. vom Ministerium für Schule und Bildung des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 2019.

22 Ebd., S. 18.

23 Ebd., S. 19.

24 Vgl. Forum Geschichte (Anm. 20), in dem die beiden Themenbereiche 228 von 286 Seiten umfassen. In Geschichte und Geschehen (Anm. 20) sind es 140 von 208 Seiten und in Zeiten und Menschen (Anm. 20) 204 von 330 Seiten.

25 Vgl. Geschichte entdecken (Anm. 20) mit einem Seitenumfang von insgesamt 210 Seiten.

26 Vgl. Forum Geschichte (Anm. 20), S. 126f.

27 Vgl. ebd., S. 138f.

28 Vgl. Geschichte entdecken (Anm. 20), S. 146–149.

zu den Staatsgründungen einschließlich der prozesshaft zurückgewonnenen Souveränitäten bis 1955. In diesem Zusammenhang werden auch die „Mütter des Grundgesetzes“ thematisiert, womit zugleich der Frauengeschichte Rechnung getragen wird.

Auffällig veränderte Interpretationen zeigen sich beim Marshallplan. Während dieser in früheren Ausgaben in der Regel lediglich als großzügige Wirtschaftshilfe der USA für das im Krieg verwüstete Europa interpretiert wurde, finden sich nun auch zu kritischem Denken und Urteilen anregende Arbeitsaufträge wie die folgenden: „Bewerte, inwieweit die USA mit dem Marshallplan uneigennützig Ziele verfolgten.“ Oder: „Kritiker des Marshallplans haben betont, dass er die Teilung Deutschlands und Europas vertieft habe. Diskutiert diese Aussage in Kleingruppen.“²⁹ Zugleich wird ein historisierender Bezug hergestellt zwischen der Ablehnung des Marshallplans durch die Sowjetunion und den wirtschaftlichen Folgen für die DDR, wenn es heißt: „Fasse zusammen, wie die Sowjetunion auf den Marshallplan und die Währungsreform in den Westzonen reagierte. Gehe dabei auch auf die wirtschaftliche Entwicklung in der Sowjetischen Besatzungszone ein.“³⁰

Auffällig ist auch die nun als offen dargestellte „deutsche Frage“, wenn es heißt: „War die Teilung vor dem Hintergrund der ideologischen Gegensätze der Alliierten unausweichlich?“³¹

Überzeugender als frühere Schulbuchgenerationen konstruieren die untersuchten Titel die Zeit der deutschen Zweistaatlichkeit als asymmetrisch verflochtene Parallelgeschichte, ohne dass dabei Unterschiede zwischen Ost und West nivelliert würden. Dies zeigt sich zum Beispiel an Überschriften wie „Das Wirtschaftssystem: Markt oder Plan?“³² oder „Wirtschaft zwischen Markt und Plan“,³³ letztere verbunden mit der

Leitfrage „Welche Erfolge, Misserfolge und Probleme brachte die Ordnung für die Menschen mit sich?“³⁴ Die Geschichte der Bundesrepublik erscheint nicht mehr unreflektiert als sakrosankt und die DDR nicht per se als Verlierer des Systemwettbewerbs. Krisen des Wirtschaftswachstums im Westen werden ebenso thematisiert³⁵ wie der Verlust der Schwerindustriezentren im Osten nach dem 2. Weltkrieg, was differenziert als eine der Ursachen für die marode Konsumgüterproduktion benannt wird.³⁶ Darüber hinaus werden Unterschiede zwischen Demokratie und Diktatur eindeutig herausgestellt,³⁷ nicht zuletzt, indem das MfS im Sinne eines die DDR-Gesellschaft durchdringenden Akteurs an verschiedenen Stellen der Kapitel immer wieder neu thematisiert wird. Gleichzeitig wird vermieden, das „richtige Leben im falschen“ (Joachim Gauck in Anlehnung an Theodor W. Adorno) zu diskreditieren. Unter der Überschrift „Licht und Schatten der Transformation“ wird auch die „Entwertung von Ostbiografien“ bis in die Gegenwart thematisiert.³⁸

FAZIT

Die Befunde machen deutlich, dass die Geschichte Ostdeutschlands in den Schulbuchnarrativen seit 1990 zunehmend mehr Platz eingenommen hat und in den aktuellen Lehrwerken, die die Phase deutscher Zweistaatlichkeit vornehmlich als aufeinander bezogene Vergangenheit interpretieren, ihren gleichberechtigten Platz gefunden hat. Dies gilt sowohl quantitativ als auch qualitativ in der kritischen Würdigung von Leistungen und Schwächen. Dagegen ließe sich nun einwenden, die Schulbücher würden die ostdeutsche Vergangenheit noch immer durch eine westdeutsche Brille interpretieren. Allein, in den den Schulbuchgenehmigungen vorausgehenden ausführlichen Anhörverfahren sind *alle* gesellschaftlichen Kräfte eingebunden. Das Lamento von der Marginalisierung „der“ Ostdeutschen läuft daher (nicht nur) mit Blick auf das Geschichtsschulbuch ins Leere.

HEIKE CHRISTINA MÄTZING

ist promovierte Historikerin und Geschichtsdidaktikerin. Sie war bis März 2024 Akademische Oberrätin am Historischen Seminar der Technischen Universität Braunschweig, Abteilung Geschichte und Geschichtsdidaktik.

²⁹ Geschichte und Geschehen (Anm. 20), S. 27.

³⁰ Ebd.

³¹ Ebd., S. 30.

³² Zeiten und Menschen (Anm. 20), S. 114.

³³ Geschichte und Geschehen (Anm. 20), S. 88.

³⁴ Ebd.

³⁵ Vgl. ebd., S. 88f.

³⁶ Vgl. ebd., S. 89.

³⁷ Mit Blick auf die Lehrpläne gilt diese inhaltliche Vorgabe durchgängig für alle ostdeutschen, nicht aber für alle westdeutschen Bundesländer. Dies betrifft auch die Behandlung des Grundgesetzes.

³⁸ Zeiten und Menschen (Anm. 20), S. 219.

PARTEIGRÜNDUNGEN IN DER SBZ UND IN DEN WESTZONEN

Eckhard Jesse

Im Kaiserreich gelangte ins Parlament, wer nach dem ersten oder nach der Stichwahl im zweiten Wahlgang mehr als die Hälfte der Stimmen erhalten hatte.⁰¹ Gemessen an dieser absoluten Mehrheitswahl war das Wahlverfahren in der Weimarer Republik, eine reine Verhältniswahl, das glatte Gegenteil. Vereinfacht gesagt, entfiel auf 60 000 Stimmen ein Mandat.⁰² Trotz dieser gänzlich unterschiedlichen Wahlsysteme bildeten sich wegen der festen Sozialmilieus in beiden Fällen ähnlich buntscheckige Parteiengebilde und -systeme heraus, wiewohl teilweise unter anderen Namen. In der Weimarer Republik stießen zu dem herkömmlichen Gefüge mit der KPD und der NSDAP zwei extremistische Kräfte hinzu.

Die heutige Konfiguration des Parteiensystems hat vor allem mit zwei Schlüsseljahren zu tun: 1933 und 1945. 1933 besiegelte das NS-Regime in Windeseile das Ende der Parteien.⁰³ Konnte die KPD schon nicht mehr an der Abstimmung zum Ermächtigungsgesetz am 23. März teilnehmen, wurde die SPD am 22. Juni 1933 verboten. Die bürgerlichen Parteien mussten sich flugs selbst auflösen. Am 14. Juli hieß es im „Gesetz gegen die Neubildung von Parteien“: „In Deutschland besteht als einzige politische Partei die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.“ Die Neuwahl des Reichstages, im Volksmund als „teurerster Gesangverein der Welt“ titulierte, fand am 12. November 1933 statt, dann noch einmal 1936 und 1938.⁰⁴ Ihm gehörten neben wenigen Parteilosen ausschließlich NSDAP-Mitglieder an. Das entmachtete Parlament trat zum letzten Mal am 26. April 1942 zusammen.

1945 steht für das zweite Schlüsseljahr. Gemäß dem Abschlusskommuniqué des Potsdamer Abkommens vom 2. August 1945 waren in ganz Deutschland „alle demokratischen politischen Parteien zu erlauben und zu fördern mit der Einräumung des Rechtes, Versammlungen einzuberufen und öffentliche Diskussionen durchzuführen.“⁰⁵ Doch schon vorher zirkulier-

ten Gründungsaufrufe.⁰⁶ In der Ostzone und in den Westzonen kristallisierte sich ein neues Parteiengefüge heraus, das allerdings binnen Kurzem grundlegende Unterschiede aufwies. Die spontan entstandenen Antifaschistischen Ausschüsse wurden hier wie da – aus diversen Gründen – bald wieder aufgelöst.

PARTEIGRÜNDUNG IN DER SOWJETISCHEN BESATZUNGSZONE

Noch vor Beginn der Potsdamer Konferenz hatte die Sowjetische Militäradministration (SMAD) – mit ihren zeitweise 50 000 Mitarbeitern *das* Instrument der sowjetischen Besatzungspolitik für legislative, exekutive und judikative Funktionen⁰⁷ – gleich einen Tag nach ihrer Gründung am 10. Juni 1945 in ihrem Befehl Nr. 2 überraschend die Bildung von Parteien zugelassen – wohl auch, um in ihrem Machtbereich vollendete Tatsachen zu schaffen und die Entwicklung in den Westzonen zu beeinflussen.⁰⁸ Absatz 1 lautete: „Auf dem Territorium der Sowjetischen Okkupationszone in Deutschland ist die Bildung und Tätigkeit aller antifaschistischen Parteien zu erlauben, die sich die endgültige Ausrottung der Überreste des Faschismus und die Festigung der Grundlage der Demokratie und der bürgerlichen Freiheiten in Deutschland und die Entwicklung der Initiative und Selbstbetätigung der breiten Massen der Bevölkerung in dieser Richtung zum Ziel setzen.“⁰⁹ Weiterhin sei den Werktätigen das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Organisationen zu gewähren. Alle Organisationen stünden unter der Kontrolle der SMAD und müssten deren Instruktionen befolgen.

Wie Ilko-Sascha Kowalczyk in seiner Biografie über Walter Ulbricht jüngst verdeutlicht hat, gingen dem Aufruf zur KPD-Gründung intensive Absprachen zwischen führenden sowjetischen und deutschen Kommunisten in Moskau voraus.¹⁰ Anton Ackermann, ein Gefolgsmann

Ulbrichts, erhielt den Auftrag, einen Entwurf für den Aufruf zu schreiben. Stalin wollte wohl zunächst keine Einheitspartei, weil diese die kommunistische Hegemonie gefährden könne. Die Errichtung einer „Volksdemokratie“ in der SBZ – und nicht nur hier¹¹ – stand für ihn aber außer Frage. Er „setzte auf eine ganze sowjetische Besatzungszone und nicht auf ein halbes Deutschland.“¹²

Schon am 11. Juni, einen Tag nach dem Befehl Nr. 2, legte die KPD ihren Gründungsauftrag vor. Dieser entsprach den Direktiven Stalins und war nicht klassenkämpferisch, sondern ausgesprochen zurückhaltend formuliert. Zu den dringendsten Aufgaben zählte etwa die „Herstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten des Volkes“. Dazu gehörte auch der Aufbau von „antifaschistischen demokratischen Parteien“. Der Begriff „Sozialismus“ tauchte nirgendwo auf, dagegen sogar Selbstkritik: „Wir sind der Auffassung, dass der Weg, Deutschland das Sowjetsystem aufzuzwingen, falsch wäre, denn dieser Weg entspricht nicht den gegenwärtigen Entwicklungsbedingungen in Deutschland“, heißt es im Aufruf.¹³ 13 der 16 Unterzeichner des Zentralkomitees der KPD zählten zu Remigranten aus der Sowjetunion, unter anderem Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck. Dem Aufruf, orien-

tiert an der Konzeption der Kommunistischen Internationale (Komintern) von 1935, die auf eine „Volksfront“ gesetzt und die „Sozialfaschismus“-These aufgegeben hatte, folgten im Juni und Juli 1945 die ebenfalls strikt antifaschistisch angelegten Gründungsaufträge der SPD, der CDU und der Liberal-Demokratischen Partei (LDP), die am Privateigentum an Produktionsmitteln festhielt, während die SPD den Sozialismus als Ziel ausgab.

Es entstanden neben den beiden alten Parteien SPD und KPD damit zwei neue Parteien, eine christliche und eine liberale.¹⁴ Allerdings betonte der KPD-Aufruf die Notwendigkeit eines „Blocks der antifaschistischen, demokratischen Parteien“.¹⁵ Dazu kam es bereits am 14. Juli 1945. In einem Kommuniqué vereinbarten die vier Parteien „die Bildung einer festen Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, um mit vereinter Kraft die großen Aufgaben zu lösen“.¹⁶ Ungeachtet der Verpflichtung zu gegenseitiger Anerkennung der Selbstständigkeit der Parteien wurde der Parteienpluralismus durch die Akzeptanz der „Einheitsfront“ damit faktisch unterlaufen. „Die von der KPD nach Kriegsende verfolgte Blockpolitik bildete das Kernstück ihrer bündnispolitischen Konzeption.“¹⁷

01 Vgl. Gerhard A. Ritter unter Mitarbeit von Merith Niehuss, *Wahlgeschichtliches Arbeitsbuch. Materialien zur Statistik des Kaiserreiches 1871–1918*, München 1980. Zusammenfassend Eckhard Jesse/Isabelle-Christine Panreck, *Das Reichstagswahlrecht*, in: Rüdiger Voigt (Hrsg.), *Weltmacht auf Abruf. Nation, Staat und Verfassung des Deutschen Kaiserreiches (1867–1918)*, Baden-Baden 2023, S. 782–793.

02 Vgl. Jürgen W. Falter/Thomas Lindenberger/Siegfried Schumann, *Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik. Materialien zum Wahlverhalten 1919–1933*, München 1986. Das Standardwerk stammt von Eberhard Schanbacher, *Parlamentarische Wahlen und Wahlsystem in der Weimarer Republik. Wahlgesetzgebung und Wahlverfahren im Reich und in den Ländern*, Düsseldorf 1982.

03 In weiten Teilen nicht überholt: Erich Matthias/Rudolf Morsey (Hrsg.), *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960.

04 Vgl. Peter Hubert, *Uniformierter Reichstag. Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933–1945*, Düsseldorf 1992.

05 Mitteilung über die Dreimächtekonferenz von Berlin („Potsdamer Abkommen“), 2.8.1945, S. 5, abrufbar unter www.documentarchiv.de.

06 Vgl. zusammenfassend zur politischen Entwicklung bis 1947/48 Petra Weber, *Getrennt und doch vereint. Deutsch-deutsche Geschichte 1945–1989/90*, Berlin 2020, S. 42–73.

07 Vgl. dazu Jan Foitzik, *Sowjetische Militäradministration in Deutschland (SMAD) 1945–1949. Struktur und Funktion*, Berlin 1999.

08 Vgl. Hermann Weber, *Zum Transformationsprozess des Parteiensystems in der SBZ/DDR*, in: ders. (Hrsg.), *Parteiensystem zwischen Demokratie und Volksdemokratie. Dokumente und Materialien zum Funktionswandel der Parteien und Massenorganisationen in der SBZ/DDR 1945–1950*, Köln 1982, S. 11–50.

09 Befehl Nr. 2 des Obersten Chefs der Sowjetischen Militärischen Administration vom 10.6.1945, abrufbar unter www.documentarchiv.de/ddr.html.

10 Vgl. Ilko-Sascha Kowalczyk, *Walter Ulbricht. Der kommunistische Diktator (1945–1973)*, München 2024, S. 41–50.

11 Vgl. Stefan Creuzberger/Manfred Görtemaker (Hrsg.), *Gleichschaltung unter Stalin? Die Entwicklung der Parteien im östlichen Europa 1944–1949*, Paderborn 2002.

12 Kowalczyk (Anm. 10), S. 49.

13 Aufruf der KPD, in: Günter Judick/Josef Schleifstein/Kurt Steinhaus (Hrsg.), *KPD 1945–1968. Dokumente. Bd. 1: 1945–1952*, Neuss 1989, S. 139f.

14 Im Kaiserreich und in der Weimarer Republik standen die katholische Zentrumspartei sowie zwei liberale Parteien, linksliberaler beziehungsweise nationalliberaler Provenienz, zur Wahl.

15 Aufruf der KPD (Anm. 13), S. 142.

16 Kommuniqué über die Bildung der Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien, 14. Juli, in: Hermann Weber (Hrsg.), *DDR. Dokumente zur Geschichte der Deutschen Demokratischen Republik 1945–1985*, München 1986, S. 42.

17 Siegfried Suckut, *Blockpolitik in der SBZ/DDR 1945–1949*, Köln 1986, S. 10.

PARTEIGRÜNDUNG IN DEN WESTZONEN

In den Westzonen erfolgte die Bildung von Parteien später – unterschiedlich von Zone zu Zone, von Land zu Land, ja, von Region zu Region. Angesichts der Vielzahl ehemaliger NSDAP-Wähler und der zahlreichen Parteimitglieder (1945: rund 9 Millionen) war Vorsicht geboten,¹⁸ wobei sich den Parteien der Weimarer Republik weitaus weniger vorwerfen ließ als anderen gesellschaftlichen Gruppierungen. Zutreffend schrieb später der Parteienforscher Wilhelm Hennis: „Mit der auch rechtlichen Auflösung aller Parteien bis zum Sommer 1933 waren die demokratischen Parteien ‚als solche‘ die einzigen wirklich ‚unbelasteten‘ Organisationen, die einen Neubeginn deutscher demokratischer Tradition nach 1945 erlaubten.“¹⁹

Gleichwohl dominierte wegen einer möglichen Unterwanderung durch nationalistische Kräfte anfangs die Skepsis gegenüber der Bildung deutscher Parteien. „Sowohl auf alliierter wie auf deutscher Seite bestanden Tendenzen, Parteibildung und Wahlen zu verschieben, bis der Verwaltungsaufbau abgeschlossen und eine gewisse wirtschaftliche Sanierung erreicht wäre.“²⁰ Durch das sowjetische Vorpreschen gerieten die Westalliierten allerdings „in Zugzwang“.²¹ Auch in ihren Zonen begünstigte – mit wenigen Ausnahmen – die Lizenzierungspolitik die erwähnten vier Parteien, dezidierte Rechtsparteien blieben ausgeschlossen, ebenso Flüchtlingsparteien.

Die Parteibildung selbst erfolgte zunächst auf Kreisebene.²² In der amerikanischen Zone war sie ab August 1945 möglich, in der britischen Zone ab September, in der französischen ab Dezember. Überzo-

nale Zusammenschlüsse ließen allerdings auf sich warten. Erst die Vereinigung der amerikanischen und britischen Zone zur Bizone am 1. Januar 1947 erleichterte solche Zusammenschlüsse. Eingedenk der leidvollen Erfahrungen mit Deutschland zögerte die vorsichtige französische Lizenzierungspolitik, motiviert durch Sicherheitsbedürfnisse, die Bildung von Parteien in ihrer Zone am längsten hinaus.

Die Praxis der Parteigründung wich von den besatzungsrechtlichen Bestimmungen mit ihren Genehmigungspflichten etwa für die Anmeldung von Parteiveranstaltungen häufig ab. So hatten sich zum Teil schon vor der Lizenzierung organisatorische Kerne gebildet, aus denen die Parteien dann emporwuchsen. Metaphernreich heißt es dazu bei dem Politikwissenschaftler Erhard H. M. Lange: „Das alles glich mithin ein wenig einer Opernpremiere, bei der zu Beginn des offiziellen Vorverkaufs bereits die besten Plätze vergeben sind.“ Und: „Aber auch die erteilten Lizenzen selbst blieben mit vielerlei Auflagen verbunden, die letztlich eine freie Willensbildung sehr erschwerten.“²³ Die SPD wurde bundesweit in der ersten Hälfte des Jahres 1946 gegründet, die FDP Ende 1948, die CDU sogar erst 1950,²⁴ ihre bayerische Schwesterpartei CSU bereits Ende 1945.

LANDTAGSWAHLEN 1946 IN DER SBZ

Wollte die SMAD (und mit ihr die KPD, die sich stärker als die SPD wähnte) zunächst keinen Zusammenschluss dieser beiden Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone, trat im Herbst 1945 ein Wandel ein, der unter anderem mit den Nationalratswahlen in Österreich zusammenhing, bei denen die dortige KPÖ nur 5,4 Prozent der Stimmen erhalten hatte. Im Verein mit der SMAD übte die KPD beständigen – physischen und psychischen – Druck auf die sowjetzonale SPD aus, einer Vereinigung beider Parteien zuzustimmen.²⁵

18 Vgl. die beiden Standardwerke von Jürgen W. Falter, *Hitlers Wähler. Die Anhänger der NSDAP 1924–1933*, Frankfurt/M. 2020²; ders., *Hitlers Parteigenossen. Die Mitglieder der NSDAP 1919–1945*, Frankfurt/M. 2020.

19 Wilhelm Hennis, *Die Rolle des Parlaments und die Parteien-demokratie*, in: Richard Löwenthal/Hans-Peter Schwarz (Hrsg.), *Die zweite Republik. 25 Jahre Bundesrepublik Deutschland – eine Bilanz*, Stuttgart 1974, S. 203–243, hier S. 206.

20 So Theodor Eschenburg, *Jahre der Besatzung 1945–1949*, Stuttgart–Wiesbaden 1983, S. 121.

21 Adolf M. Birke, *Nation ohne Haus. Deutschland 1945–1961*, Berlin 1989, S. 97.

22 Vgl. zusammenfassend Alf Mintzel, *Besatzungspolitik und Entwicklung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen (1945–1949)*, in: Dietrich Staritz (Hrsg.), *Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte – Entstehung – Entwicklung. Eine Einführung*, Opladen 1980², S. 73–89.

23 Erhard H. M. Lange, *Wahlrecht und Innenpolitik. Entstehungsgeschichte und Analyse der Wahlgesetzgebung und Wahlrechtsdiskussion im westlichen Nachkriegsdeutschland 1945–1956*, Meisenheim am Glan 1975, S. 35.

24 Bereits 1945 war an verschiedenen Orten die CDU als eine christliche, überkonfessionelle Partei ins Leben gerufen worden, wobei die Heterogenität der Positionen ins Auge sprang.

25 Vgl. z. B. Bernd Faulenbach (Hrsg.), *Sozialdemokraten und Kommunisten nach dem Nationalsozialismus. Zur historischen Einordnung der Zwangsvereinigung*, Essen 1998; Kowalczuk (Anm. 10), S. 137–165.

Unabhängig von der Frage der Berechtigung des Begriffs der „Zwangvereinigung“, an dessen Verwendung sich in der Folgezeit viele Kontroversen entzündete(n): Von Freiwilligkeit konnte bei der SPD wahrlich keine Rede sein, als am 21. und 22. April 1946 KPD und SPD zur SED unter den Vorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl fusionierten. Eine geheime Abstimmung über den Zusammenschluss fand in der Sowjetzone nirgendwo statt, jedoch in West-Berlin (in Ost-Berlin hatte dies die sowjetische Besatzungsmacht untersagt): Dort votierten 82 Prozent der SPD-Mitglieder gegen einen sofortigen Zusammenschluss mit der KPD, 62 Prozent plädierten für ein Bündnis beider Parteien, das die gemeinsame Arbeit sichern sollte.²⁶

Die SED sah mit großem Optimismus den fünf Landtagswahlen vom 20. Oktober 1946 in Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen entgegen,²⁷ zumal die bürgerlichen Parteien CDU und LDP, deren Vorsitzende Andreas Hermes und Waldemar Koch bereits im Dezember 1945 ihr Amt verloren hatten, vielfältige Schikanen vor allem durch die SMAD hinnehmen mussten, etwa bei der Papierzuteilung und der Registrierung. Allerdings fehlen Anhaltspunkte für Wahlfälschungen.²⁸ Die SED erreichte zwar nirgendwo die absolute Mehrheit der Stimmen, aber überall die relative. Sie schnitt mit insgesamt 47,6 Prozent der Stimmen fast doppelt so stark ab wie LDP (24,6 Prozent) und CDU (24,5 Prozent).²⁹ Die Wähler konnten auch für eine Mas-

senorganisation votieren, die Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe (VdGB) – und, nur in Sachsen, für Frauenausschüsse und den Kulturbund. Mit der Zulassung der von ihr dominierten, mit 2,9 Prozent der Stimmen freilich weithin erfolglosen VdGB wollte die SED bäuerliche Schichten von der Wahl der CDU oder der LDP abbringen. An den Gemeindewahlen Anfang September 1946 und teilweise auch an den Kreistagswahlen am 20. Oktober 1946 vermochten die Kandidaten der CDU und der LDP unter anderem wegen fehlender Lizenzen mitunter gar nicht teilzunehmen. Folglich geben diese Ergebnisse – die SED erhielt bei den Gemeindewahlen 57,1 Prozent der Stimmen – nicht angemessen die damaligen Präferenzen der Bevölkerung wieder.³⁰

Die Wahlen vom 20. Oktober 1946 zur Stadtverordnetenversammlung von Groß-Berlin sind insofern von Belang, als zum ersten und letzten Mal SED und SPD in ganz Berlin gegeneinander antraten. Die SPD erzielte 48,7 Prozent (in den drei Westsektoren 51,7 Prozent, im sowjetischen Sektor 43,6 Prozent), die SED 19,8 Prozent (in den drei Westsektoren 13,7 Prozent, im sowjetischen Sektor 29,8 Prozent). Damit lag die SED noch hinter der CDU, die berlinweit auf 22,2 Prozent kam (24,3 Prozent in den Westsektoren, 18,7 Prozent im Sowjetsektor). Was oft nicht bekannt ist: „Die wahlrechtliche Behandlung der politisch Belasteten erfolgte in den Berliner Vorschriften restriktiver und eindeutiger als in der sowjetzonalen Wahlordnung. Vom Stimmrecht ausgeschlossen waren alle ehemaligen Pg. [Parteigenossen], die vor dem 1. Mai 1937 in die NSDAP eingetreten waren, sowie Personen, die vor dem 1. April 1933 den Nebenorganisationen der Nazipartei angehört hatten.“³¹

LANDTAGSWAHLEN 1946/47 IN DEN WESTZONEN

Den von den Alliierten 1945/46 ernannten Regierungen gehörten vielfach auch Repräsentanten der KPD an. Neben drei Wahlen zu verfassungsgebenden Versammlungen in der amerikanischen Besatzungszone in den Ländern Bayern, Hessen

26 Aufgrund des Viermächtestatus von Berlin entstand im Westen die SED, später in SED-W und SEW umbenannt, und, weithin unbekannt, im Osten die SPD (bis 1961). Vgl. Siegfried Heimann, Im Osten schikanieren, im Westen vergessen? Ostberliner Sozialdemokraten in den frühen fünfziger Jahren, in: Burghard Ciesla/Michael Lemke/Thomas Lindenberger (Hrsg.), *Sterben für Berlin? Die Berliner Krisen 1948: 1958*, Berlin 2000, S. 153–168.

27 Brandenburg und Sachsen-Anhalt erhielten erst 1947 den Länderstatus, den sie 1952 wieder verloren.

28 Vgl. für Einzelheiten die quellengesättigte Studie von Karl-Heinz Hajna, *Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ. Die Landtagswahlen 1946 in der SBZ – eine Untersuchung der Begleitumstände der Wahl. Mit dem Kapitel „Entzug des aktiven und passiven Wahlrechts“* von Britta Olmer, Frankfurt/M. 2000.

29 Vgl. die Tabelle zu den Wahlergebnissen in den einzelnen Ländern bei Günter Braun, *Wahlen und Abstimmungen*, in: Martin Broszat/Hermann Weber (Hrsg.), *SBZ-Handbuch. Staatliche Verwaltungen, Parteien, gesellschaftliche Organisationen und ihre Führungskräfte in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949*, München 1990, S. 381–431, hier S. 397.

30 Hinweise auf die Einschränkungen sowie die Ergebnisse der Gemeinde- und Kreistagswahlen finden sich ebd., S. 383–388, S. 396.

31 Ebd., S. 388.

und Württemberg-Baden am 30. Juni 1946³² fanden – abgesehen von vorangegangenen Kommunalwahlen – 1946/47 Landtags- beziehungsweise Bürgerschafts- und Abgeordnetenhauswahlen in den westdeutschen Ländern weithin nach einem Proporzsystem statt, teilweise mit einer Fünfprozentklausel:³³ in Bremen und Hamburg am 13. Oktober 1946, in West-Berlin am 20. Oktober, in Württemberg-Baden am 24. November, in Bayern und Hessen am 1. Dezember; in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Schleswig-Holstein wurde am 20. April 1947 gewählt, in Baden, Rheinland-Pfalz, Württemberg-Hohenzollern sowie im Saarland am 18. Mai und in Bremen nochmals am 12. Oktober 1947. Cum grano salis gilt: In den Ländern der amerikanischen Besatzungszone wurde zuerst gewählt, in denen der französischen zuletzt.

Wegen der Lizenzierungspraxis nahmen überwiegend die erwähnten vier Parteien daran teil, die Liberalen unter verschiedenen Namen. Zu den Ausnahmen zählten in Bayern die Wirtschaftliche Aufbauvereinigung, die 7,4 Prozent der Stimmen erhielt, in Niedersachsen die Deutsche Partei (17,9 Prozent) und das Zentrum (4,1 Prozent), in Nordrhein-Westfalen ebenso das Zentrum (9,8 Prozent), in Schleswig-Holstein der Südschleswigsche Verein als Partei der Dänischen Minderheit (9,3 Prozent) sowie die Deutsche Konservative Partei – Deutsche Rechtspartei (3,1 Prozent) und in Bremen die Bremer Demokratische Volkspartei (1947: 13,9 Prozent). Die CDU (in Bayern die CSU) und die SPD³⁴ dominierten mit insgesamt 37,7 beziehungsweise 35 Prozent klar.³⁵ Die CDU erreichte ihr höchstes Ergebnis in Baden mit 55,9 Prozent, die SPD in West-Berlin mit 51,7 Prozent. Lag die Union im Süden vorn (und in Nordrhein-Westfalen), so die SPD im Norden (und zudem in Hessen). Die Liberalen, die ihr bestes Resultat (19,5 Prozent der Stimmen) in Württemberg-Baden erhielten, rangierten beim Kampf um den dritten Platz

meist vor der KPD – diese schnitt mit 14 Prozent in Nordrhein-Westfalen am erfolgreichsten ab.

Nach den Wahlen entstanden oft „übergroße“ Koalitionen – viele Schultern sollten die Verantwortung tragen. Das für eine parlamentarische Demokratie zentrale Muster aus Regierungs- und Oppositionsparteien hatte sich noch nicht eingestellt. Weitgehend in Vergessenheit geraten ist, dass auch nach den Landtagswahlen die KPD zum Teil weiterhin den neuen Regierungen angehörte, so in Bremen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Württemberg-Baden.³⁶ Dies änderte sich erst nach den nächsten Wahlen, als der antiextremistische Konsens den antifaschistischen mehr und mehr überlagerte.

ENTWICKLUNG BIS ZU DEN STAATSGRÜNDUNGEN

Nach den für die SED trotz mannigfacher Hilfe durch die SMAD wenig glorreichen Ergebnissen 1946 fanden in ihrem Herrschaftsgebiet bis zum 18. März 1990 keine demokratischen Wahlen mehr statt. Die Kommunisten schalteten die CDU und die LDP trotz zunächst beträchtlicher Widerstände nach und nach weitgehend gleich.³⁷ Im April 1948 hoben sie die Demokratische Bauernpartei Deutschlands (DBD) und im Mai desselben Jahres die National-Demokratische Partei Deutschlands (NDPD) aus der Taufe, um das „bürgerliche“ Lager vollends zu schwächen. Fortan galt bei der Wahl der Volkskammer die Einheitsliste mit einem festen Schlüssel für die Parteien und die Massenorganisationen.³⁸ Am 7. Oktober 1949, dem „Tag der Republik“, trat schließlich die Verfassung in Kraft – die DDR entstand.

Ohne die antinationalsozialistische Akzeptanz zu lockern, setzte in den Westzonen allmählich ein verstärkter Antikommunismus ein, bedingt durch die misslichen Erfahrungen mit der sowjetischen Besatzungsmacht. Der charismatische SPD-Vorsitzende Kurt Schumacher, Antikommunist und Antikapitalist gleichermaßen,

32 Die Liberalen traten mal als FDP, mal als LDP und mal als DVP an.

33 Vgl. die Tabelle zum Wahlrecht in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland in Bernhard Vogel/Dieter Nohlen/Rainer-Olaf Schultze, *Wahlen in Deutschland. Theorie – Geschichte – Dokumente 1848–1970*, Berlin 1971, S. 192–195.

34 Vgl. Heino Kaack, *Geschichte und Struktur des deutschen Parteiensystems*, Opladen 1971, S. 181.

35 Vgl. die Tabelle mit den Wahlergebnissen zu den Landesparlamenten 1946/47 bei Birke (Anm. 21), S. 112.

36 Vgl. die Auflistungen bei Eschenburg (Anm. 20), S. 547–560.

37 Vgl. zusammenfassend den Abschnitt III zu den politischen Parteien in Broszat/Weber (Anm. 29), S. 433–618.

38 Vgl. Eckhard Jesse, *Die Volkskammer der DDR. Befugnisse und Verfahren nach Verfassung und politischer Praxis*, in: Hans-Peter Schneider/Wolfgang Zeh (Hrsg.), *Parlamentsrecht und Parlamentspraxis in der Bundesrepublik Deutschland*. Ein Handbuch, Berlin 1989, S. 1821–1844.

ßen,³⁹ wurde nicht müde, Otto Grotewohl, der als Vorsitzender des Zentralaussschusses der SPD in der SBZ mehr und mehr auf eine enge Zusammenarbeit mit der KPD gesetzt hatte, heftig zu attackieren. Er verfolgte die Verschmelzung der SPD mit der KPD in der SBZ nicht ohne Gram, um es milde zu formulieren. Fortan sah die Westzonen-SPD deshalb keine Chance mehr für Kooperationen mit einer politischen Kraft in der SBZ, während CDU und FDP noch länger versuchten, die Parteien in Ost und West zusammenzuhalten. Für die CDU steht der Name von Jakob Kaiser, des Mitbegründers der Partei in der SBZ, für diese Bemühungen, für die Liberalen der von Wilhelm Külz, des Vorsitzenden der LDP. Doch ihre Initiativen zu zonenübergreifenden Zusammenschlüssen scheiterten. „Spätestens von 1948 an führten auch die deutschen Parteien in Ost und West einen Kalten Krieg gegeneinander“, wie der Politikwissenschaftler Peter Graf Kielmansegg treffend anmerkte.⁴⁰

Nicht zuletzt deshalb ermächtigten die drei Militärgouverneure die Ministerpräsidenten der westdeutschen Länder im Juli 1948 zur Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung und damit zur Bildung eines westdeutschen Staates. Am 1. September 1948 trat der von den Landesparlamenten gewählte Parlamentarische Rat in Bonn zusammen, und am 23. Mai 1949, dem Gründungsdatum der Bundesrepublik Deutschland, verabschiedete dieser das Grundgesetz mit 53 gegen 12 Stimmen.

BRÜCHE UND KONTINUITÄTEN

In der Zeit zwischen 1945 und 1949, dem „Kondominium der Alliierten“,⁴¹ waren diese im einen wie im anderen Teil Deutschlands tonangebend. Das konnte nach den verheerenden zwölf Jahren der NS-Diktatur auch nicht anders sein. Allerdings sind die Unterschiede zwischen Ost und West mit Händen zu greifen. Während im einen Teil Deutschlands die dortige Besatzungsmacht versuchte, der mit ihr ideologisch, organisatorisch und finanziell verbundenen Partei nach

und nach die alleinige Herrschaft zuzuschancen, war den Alliierten in den Westsektoren daran gelegen, allmählich ein pluralistisches Parteiengefüge zu installieren, wobei das besonders misstrauische Frankreich hierbei zunächst eine Sonderrolle einnahm. Im Laufe der Zeit ließ der Einfluss der Westalliierten etwas nach, ohne dass dies ihre Dominanz erschütterte.

Die These, dass „der Gründungsprozess der Parteien zugleich ein Riesenschritt in die deutsche Teilung“ war,⁴² ist nicht falsch. Wenn die Aussage jedoch suggerieren soll, ein anderer Gründungsprozess hätte die Teilung verhindern können, so mag Widerspruch angesagt sein. Gewiss, kein historischer Vorgang ist ohne Alternative. Doch fehlt dem Betrachter die Vorstellungskraft für den Glauben an eine andere Entwicklung. Die Gegensätze zwischen den Konkurrenten mit Blick auf machstrategische Interessen, staatspolitische Vorstellungen und moralische Werte ließen sich schwerlich überwinden. Und da es im Großen und Ganzen weder Fehlperceptionen noch verpasste Chancen gab, dürfte dieser Verlauf der Geschichte angesichts begrenzter Handlungsspielräume unvermeidbar gewesen sein.

In beiden Teilen Deutschlands war der Bruch mit dem Parteiengefüge der Weimarer Republik evident, wiewohl aus unterschiedlichen Gründen. Die SED beseitigte in ihrem Herrschaftsgebiet das Vielparteiensystem Weimars durch „Blockpolitik“. Die Antwort auf die Frage, ob die DDR ein Einparteienstaat war, ist müßig. Das formale Mehrparteiensystem lief in der Praxis auf einen Einparteienstaat hinaus.⁴³

In der Bundesrepublik schwächte die Lizenzierungspraxis die Vielfarbigkeit des früheren Parteiengefüges, wobei die Weimarer Republik weniger an der Zahl der Parteien krankte als vielmehr an deren mangelnder Akzeptanz der jungen Demokratie – und das nicht nur bei NSDAP und KPD. „Angesichts der erst 1953 erfolgenden Neustrukturierung des westdeutschen Parteiensystems lässt sie [die Bundestagswahl 1949] sich – überspitzt formuliert – ebenso sehr als letzte Weimarer wie als erste bundesrepublikani-

³⁹ Vgl. Peter Merseburger, *Der schwierige Deutsche: Kurt Schumacher. Eine Biographie*, Stuttgart 1995.

⁴⁰ Peter Graf Kielmansegg, *Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland*, Berlin 2000, S. 51.

⁴¹ Eschenburg (Anm. 20), S. 21. Vgl. zu den Forschungskontroversen über diese Zeit Dierk Hoffmann, *Nachkriegszeit. Deutschland 1945–1949*, Darmstadt 2011.

⁴² Weber (Anm. 6), S. 67.

⁴³ In den meisten Staaten des Ostblocks gab es wie in der Sowjetunion nur eine Partei, in einigen mehrere Parteien (etwa in Bulgarien, Polen und der Tschechoslowakei). Dieser Befund sagt nichts über die diktatorische Rigidität aus. So galt Ungarn, das ein Einparteiensystem aufwies, mit seinem „Gulaschkommunismus“ als „lustigste Baracke“ im Ostblock.

sche Wahl apostrophieren.“⁴⁴ Die Parteienkonzentration setzte auf Bundesebene erst danach ein – das Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 und das der KPD 1956 begünstigte diesen Prozess. Die sich durch die Aufhebung des Lizenzierungszwangs Anfang 1950 abzeichnende Dekonzentration in den Bundesländern ließ bald wieder nach. Die Unterschiede zwischen der Endphase der Weimarer Republik und der Zeit nach 1945 sind also im Osten wie im Westen überdeutlich.

Und wie fällt der Vergleich zum heutigen Parteiensystem aus? Während sich Union, SPD und FDP über die Zeit behaupten konnten, wurde die KPD – schon vor ihrem Verbot 1956 – schnell marginalisiert. Hatten zwischen 1961 und 1980 nur drei Fraktionen dem Bundestag angehört,⁴⁵ gelangte 1983 mit den Grünen eine neue Kraft ins westdeutsche Parlament. Nach der friedlichen Revolution im Herbst 1989 und noch vor der deutschen Einheit am 3. Oktober 1990 trat die Ost-CDU der West-CDU bei, und die LDP fusionierte mit der FDP. Die DBD ging in der CDU auf, die NDPD in der FDP. Akzente konnte keine der vier Ost-Parteien im vereinigten Deutschland setzen, schon gar nicht „Retortenprodukte“ wie die DBD und die LDP. Die SED wurde in Partei des Demokratischen Sozialismus (PDS) umbenannt. Diese, mehrfach gehäutet und seit 2007 unter dem Namen Die Linke firmierend, ist bis heute als Oppositionspartei im Bundestag vertreten, zuletzt nur dank der Grundmandatsklausel. Seit 2017 gehört mit der Alternative für Deutschland (AfD) als sechste Kraft eine dezidierte Rechtspartei dem Bundestag an – ungeachtet zunehmender Erfolge vor allem in den neuen Bundesländern augenscheinlich ohne Chance auf eine Regierungsbeteiligung.

Trotz der nur schwer einschätzbaren Aussichten weiterer kleiner Parteien:⁴⁶ Das politische System der Bundesrepublik Deutschland unter-

scheidet sich grundlegend von dem der Weimarer Republik. Zum einen ist die Bundesrepublik im 75. Jahr ihrer Existenz ungeachtet aller Fährnisse eine gefestigte Demokratie, zum anderen fehlen echte Anti-System-Parteien wie die NSDAP und die KPD, die darauf aus waren, die junge Demokratie ohne Wenn und Aber zu beseitigen. Hinweise auf Parallelen zu „Weimarer Verhältnissen“ erhellen nicht angemessen die heutige Wirklichkeit.

Das Parteiengefüge im Osten und im Westen Deutschlands unterscheidet sich zumindest partiell mit Blick auf die Präferenzen der Bürger, die Parteiidentifikation, die Parteienfragmentierung und die Rekrutierungsfähigkeit. Manche Ursachen hierfür liegen in der Zeit vor der Einheit, manche in der Zeit danach. Hat das langjährige faktische Einparteiensystem in der DDR das in den neuen Ländern verbreitete konkordanzdemokratische Element begünstigt? Eine schlüssige Antwort fällt schwer: Nach 1990 fielen in den neuen Bundesländern die innerparteilichen Differenzen größer aus als in den alten, die interparteilichen hingegen geringer. Wurzelt der erste Befund wohl wesentlich in der Negation der SED-Diktatur als der einigenden Klammer (und weniger im Pro für eine spezifische Position), mag der zweite auf das Nachwirken des langjährigen Propagierens von Geschlossenheit zurückzuführen sein – und auf die Massivität grassierender Gegenwartsprobleme, die es verbot, Konflikte über die Maßen zu betonen. Aber das bleibt letztlich Spekulation.

44 Jürgen W. Falter, Kontinuität und Neubeginn. Die Bundestagswahl 1949 zwischen Weimar und Bonn, in: Politische Vierteljahresschrift 3/1981, S. 236–263, hier S. 260.

45 1949, 1953 und 1957 war auch die konservative Deutsche Partei im Bundestag vertreten, 1953 ebenso der Gesamtdeutsche Block/Block der Heimatvertriebenen.

46 Vgl. Karl-Heinz Naßmacher, Vom Zweieinhalb- zum Sechs-Parteien-System. Gesellschaftlicher Wandel oder Politikversagen?, in: Zeitschrift für Parteienwissenschaften 1/2023, S. 58–78.

ECKHARD JESSE

war von 1993 bis 2014 Professor für Politikwissenschaft an der Technischen Universität Chemnitz.

Er ist ehemaliger Vorsitzender der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft sowie Gründer und Mitherausgeber des Jahrbuchs Extremismus & Demokratie.

FRANZÖSISCHE BLICKE AUF DIE DOPPELTE DEUTSCHE STAATSGRÜNDUNG

Ulrich Pfeil

„Deutschland in den Marshallplan einbeziehen? Ja, denn auf Armut können wir nichts aufbauen. Deutschland in der europäischen Integration? Ja, wenn es sich das verdient, indem es eine echte Demokratie wird. Deutschland im Atlantikpakt? Niemals! Denn eine Wiederbewaffnung Deutschlands würde bedeuten, am Frieden zu verzweifeln.“ Mit diesen Worten reagierte der enge Vertraute von Charles de Gaulle, Maurice Schumann, auf die Annahme des Grundgesetzes durch den Parlamentarischen Rat am 8. Mai 1949. Der Christdemokrat und mehrmalige französische Außenminister Georges Bidault stand der Einbeziehung des bundesdeutschen Staates in die Verteidigungsstrukturen des Westens weniger kritisch gegenüber und sah wenige Tage nach der Nato-Gründung am 4. April 1949 „einen Regenbogen über Deutschland und damit über Europa“.⁰¹

Die beiden Aussagen führender Politiker der damaligen Zeit spiegeln unterschiedliche Akzente der französischen Perspektive auf die Gründung der beiden deutschen Staaten.⁰² Sie verweisen zudem auf eine aufgewühlte weltpolitische Lage im Moment der westdeutschen Staatsgründung, zwischen politischer, wirtschaftlicher und militärischer Westintegration, aufgeheizten Ost-West-Beziehungen im Kalten Krieg und erster Berlinkrise.

Welche Herausforderungen stellte die „deutsche Frage“ nach Ende des Zweiten Weltkriegs an Frankreich? Antworten finden sich nicht nur in den politischen Sphären der französischen Hauptstadt, sondern auch in der französischen Besatzungszone. Stets nahm Frankreich darüber hinaus die Entwicklungen im Westen wie im Osten Deutschlands wahr und passte seine Deutschlandpolitik nach der Gründung der beiden deutschen Staaten an die neuen Gegebenheiten an. Gleiches gilt für die französische Öffentlichkeit, deren Blick auf Deutschland immer auch von innenpolitischen Fragen geprägt war.

DEUTSCHLANDPOLITISCHE ÜBERLEGUNGEN IM ZWEITEN WELTKRIEG

„Was tun mit Deutschland?“, hatte die französische „Résistance“ schon vor Kriegsende gefragt.⁰³ Um überhaupt deutschlandpolitische Pläne verfolgen zu können, musste sich Frankreich zunächst des deutschen Besatzers und des autoritären Kollaborationsregimes unter Marschall Philippe Pétain entledigen – und nach Kriegsende als Siegermacht anerkannt werden.⁰⁴ Der britische Premierminister Winston Churchill hatte der „Provisorischen Regierung der Französischen Republik“ im November 1944 den Weg in die Europäische Beratende Kommission in London geebnet, wo sich die Möglichkeit einer Beteiligung Frankreichs an der interalliierten Verwaltung Deutschlands abzeichnete. Und schließlich gelang es Churchill auf der Konferenz von Jalta im Februar 1945, Stalin und Roosevelt vom Vorschlag einer eigenen französischen Besatzungszone zu überzeugen. So gingen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion mit einem planerischen Vorsprung in die Nachkriegszeit.⁰⁵ Frankreich musste es wiederum darum gehen, den Status als Siegermacht abzusichern, weshalb de Gaulle das Ziel verfolgte, im Moment der Kapitulation der Wehrmacht mit französischen Truppen auf deutschem Boden zu stehen. Diesen Plan setzte die 1. Französische Armee Ende März 1945 um, als sie den Rhein überquerte und am 3. April Karlsruhe einnahm.

Auf Augenhöhe mit den drei anderen Siegermächten befand sich Frankreich zu Kriegsende aber noch nicht, wurde de Gaulle doch zu seinem großen Ärger nicht zur Potsdamer Konferenz eingeladen. Paris fühlte sich daher in den folgenden Jahren nicht an die Potsdamer Beschlüsse gebunden und spielte mit einer gewissen strategischen Bewegungsfreiheit. Der General zog aus dieser von ihm so empfundenen Brüksierung den

Schluss, dass Frankreich so schnell wie möglich seinen verlorenen Status als Großmacht wiedererlangen und zu diesem Zweck auch das Kolonialreich behalten müsse.

VIELSCHICHTIGE DEUTSCHLANDPOLITIK

Die militärische Niederlage von 1940 und die sich anschließende Besatzungszeit bewogen de Gaulle, seine Deutschlandpolitik in der unmittelbaren Nachkriegszeit um drei Pole herum zu organisieren: Rang, Sicherheit und Reparationen (besonders Kohle), wobei es ihm deutlich mehr auf sicherheitspolitische als auf wirtschaftliche Überlegungen ankam.⁰⁶ Aus Sicherheitsgründen verlangte der General vor allem die Aufteilung des ehemaligen Reiches, mit aller Doppeldeutigkeit des Begriffs, die von „Zersplitterung“ (*morcellement*) bis „Dezentralisierung“ (*décentralisation*) reichte.⁰⁷ So forderte de Gaulle aus hauptsächlich strategischen Gründen die Abtretung des linken Rheinufer – inklusive des Saargebiets – und auch des Ruhrgebiets sowie seine Internationalisierung, um die Deutschen von ihrer Rüstungsindustrie abzuschneiden. Bei einigen Reden im Herbst 1945 schlug er sogar annexionistische Töne an, obwohl er nur wenige Monate zuvor noch öffentlich erklärt hatte, er sei in diesem Punkt frei von jeglicher Versuchung. Die Reden während seines Besuchs in der französischen Besatzungszone im Oktober 1945 unterstreichen die Komplexität seines Standpunkts. Einerseits richtete er versöhnliche Botschaften an die Bevölkerung im Saar- und Rheinland; auf der

anderen Seite hielt er vor französischen Offizieren in Baden-Baden eine Rede mit deutlich maximalistischen Untertönen: „Ziel unserer Aktion ist, Frankreich hier Fuß fassen zu lassen (...), d. h. Frankreich diejenigen Gebiete zur Verfügung zu stellen, die von Natur aus mit ihm verbunden sind. Darunter verstehe ich das linke Rheinufer mit der Pfalz, Hessen, Rheinpreußen und das Saargebiet. (...) Was den Rest der deutschen Länder angeht, so werden sie ihrem Schicksal, einem traurigen Schicksal, entgegengehen.“⁰⁸

Bis zur Moskauer Außenministerkonferenz im März 1947 bestand die offizielle französische Position also darin, die Abtrennung des linken Rheinufer, die Eingliederung des Saargebiets in den französischen Wirtschaftsverband und einen internationalen Status des Ruhrgebiets zu verlangen, selbst wenn sich hinter den Kulissen Alternativlösungen abzeichneten, was der Historiker Dietmar Hüser die „doppelte Deutschlandpolitik Frankreichs“ nennt.⁰⁹ Realistisch betrachtet waren die Aussichten zur Aufrechterhaltung einer „harten Politik“ nicht mehr gegeben. Die von Georges Bidault weiterhin formulierten französischen Maximalforderungen erscheinen vor diesem Hintergrund eher taktischer Natur, um in den anstehenden Verhandlungen mit den anderen Alliierten zumindest die unmittelbaren wirtschaftlichen Ansprüche Frankreichs nach Kohlelieferungen von der Ruhr durchsetzen zu können. Paris versuchte daher, seine innenpolitische Instabilität als Trumpf gegen den amerikanischen Druck einzusetzen. Dabei galt es, sich durch Starrsinnigkeit in deutschlandpolitischen Fragen als schwieriger Partner zu profilieren und offizielle Positionen erst dann aufzugeben, wenn die Obstination mehr Nach- als Vorteile zu versprechen schien.¹⁰

Die zunehmende Bipolarisierung der Welt erforderte von Frankreichs Außenpolitik einen permanenten Anpassungsprozess. Nachdem der amerikanische Präsident am 12. März 1947 die nach ihm benannte „Truman-Doktrin“ verkündet hat-

01 L'Allemagne dans le pacte atlantique? Jamais!, affirme M. Maurice Schumann, in: *Le Monde*, 10.5.1949.

02 Vgl. zum Kontext Corine Defrance/Ulrich Pfeil, *Deutsch-Französische Geschichte*, Bd. 10: Eine Nachkriegsgeschichte in Europa 1945–1963, Darmstadt 2011.

03 Vgl. Pierre Grappin, *Que faire de l'Allemagne?*, Paris 1945.

04 Vgl. Ulrich Pfeil, *Kriegsende in Frankreich*, in: *APuZ* 16–17/2015, S. 21–27.

05 Vgl. Georges-Henri Soutou, *La guerre de cinquante ans. Le conflit Est-Ouest, 1943–1990*, Paris 2001, S. 51–58.

06 Vgl. Corine Defrance, *La politique culturelle de la France sur la rive gauche du Rhin, 1945–1955*, Straßburg 1994, S. 34; dies., *Les politiques des occupants dans l'Allemagne d'après-guerre (1945/55)*, in: Etienne Dubslaff/Hélène Leclerc (Hrsg.), *L'Allemagne de la capitulation à la souveraineté retrouvée, 1945–1955*, Paris 2023, S. 48–62.

07 „Nicht nochmal ein deutsches Reich unter zentraler Führung!“, schrieb Charles de Gaulle, *Mémoires*, Paris 2000, S. 632.

08 Ders., *Lettres, notes et carnets*, Bd. 6, Paris 1984, S. 96f.

09 Dietmar Hüser, *Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“. Dynamik aus der Defensive – Planen, Entscheiden, Umsetzen in gesellschaftlichen und wirtschaftlichen, innen- und außenpolitischen Krisenzeiten 1944–1950*, Berlin 1996.

10 Vgl. ders., *Zwischen Sachzwängen und Lernprozessen: Frankreichs „doppelte Deutschlandpolitik“ nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: *Vive Berlin! Ein Ort deutsch-französischer Geschichte 1945–2003*, hrsg. vom Alliiertenmuseum Berlin, Berlin 2003, S. 33–46, hier S. 44.

te, in der er die Völker aufrief, sich zwischen Freiheit und Sklaverei zu entscheiden, und die Eindämmung (*containment*) des Kommunismus zum Ziel der amerikanischen Politik erklärte, konnte Frankreich die Rolle des *troublemaker* im westlichen Lager immer schwerer aufrechterhalten. Im Rahmen der „doppelten Deutschlandpolitik“ demonstrierte Paris aber weiterhin Hartnäckigkeit bei der Frage nach den föderalen Strukturen für das sich herausbildende Westdeutschland.

Das Einschwenken auf eine kooperative Politik gegenüber Deutschland wurde Paris durch den sich zuspitzenden Ost-West-Konflikt erleichtert. Die Furcht vor einem gewaltsamen sowjetischen Übergreifen auf Westeuropa nährte parallel zum „Feindbild Deutschland“ ein „Feindbild Sowjetunion“, das die Antagonismen zwischen Frankreich und Westdeutschland zu verwischen begann. Diese Perzeptionsverschiebungen gingen auch auf eine innere Entwicklung in Frankreich zurück, wo eine von Moskau gesteuerte und von der Kommunistischen Partei PCF losgetretene Streikwelle im November 1947 bisweilen den Charakter eines allgemeinen Aufruhrs annahm und den Kalten Krieg „zu einer innenpolitischen Realität“¹¹ werden ließ.

In eine neue deutschlandpolitische Phase trat Frankreich mit dem Amtsantritt von Robert Schuman als Außenminister im Juli 1947 ein, der auf eine mit starken supranationalen Elementen versehene wirtschaftliche und politische Westintegration der sich herausbildenden Bundesrepublik setzte, die zugleich als Gegenmodell zu einem möglichen ostdeutschen Zentralstaat unter Führung Moskaus konzipiert war. Die Sicherheit vor Deutschland sollte nun durch seine Integration in einen europäischen Rahmen erreicht werden.

BESATZUNGSPOLITIK ALS SICHERHEITSPOLITIK

Sicherheit vor Deutschland wollte Frankreich auch durch seine Besatzungspolitik erreichen. Eine tiefgreifende Demokratisierung erschien Paris dabei als beste Garantie, um nicht ein weiteres Mal vom östlichen Nachbarn angegriffen zu werden. Dabei galt es zum einen, die Entscheidungsebenen des öffentlichen Lebens in der Besatzungszone zu entnazifizieren, um die Struktur des

Landes und die Mentalitäten zu verändern; zum anderen sollten die Deutschen mit der Demokratie vertraut und deren Vorzüge bewusst gemacht werden. Der Entnazifizierung kam hier eine doppelte Funktion zu: „*Strictu sensu* beschreibt Entnazifizierung den repressiven Prozess der Säuberung oder *Épuration*, gleichzeitig weist sie auf den konstruktiven Prozess der Umerziehung hin.“¹²

Die französische Besatzungspolitik zwischen 1945 und 1949 lässt sich somit nicht allein auf eine Dezentralisierungs- und Zersplitterungspolitik reduzieren. Nachdem die französische Weigerung gegen deutsche Zentralinstanzen lange Jahre als Teil einer Obstruktionspolitik im Kreise der Alliierten galt, legen Studien seit Ende der 1980er Jahre ein differenzierteres Bild nahe. Der Historiker Rainer Hudemann etwa betont, dass sich die französische Regierung nicht allgemein gegen Zentralverwaltungen gewehrt habe, sondern verhindern wollte, „die künftige politische Gestaltung Deutschlands durch Zentralverwaltungen unter deutscher Leitung ohne eingehende Prüfung bereits zu präjudizieren“.¹³

DOPPELTE STAATSGRÜNDUNG

Die zunehmenden Spannungen zwischen den Supermächten verstärkten in Washington und Moskau die Forderung nach einer Konsolidierung der sich herausbildenden antagonistischen Blöcke. Auf die Integration der osteuropäischen Länder in den sowjetischen Machtbereich reagierte der Westen mit dem Brüsseler Pakt, der am 27. März 1948 von Großbritannien, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und Luxemburg unterzeichnet wurde und der die Verteidigung Westeuropas für 50 Jahre sichern sollte. Zwar war im Gründungstext weiterhin von der „deutschen Gefahr“ die Rede, doch konnte nicht übersehen werden, dass „die Zusammenfassung der militärischen Ressourcen und Planungen Westeuropas doch implizit schon klar gegen die sowjetische Bedrohung gerichtet“ waren.¹⁴

¹² Corine Defrance, Entnazifizierung an westdeutschen Universitäten in der Besatzungszeit, in: Kurt Hochstuhl (Hrsg.), *Deutsche und Franzosen im zusammenwachsenden Europa 1945–2000*, Stuttgart 2003, S. 43–59, hier S. 43.

¹³ Rainer Hudemann, Zentralismus und Dezentralisierung in der französischen Deutschland- und Besatzungspolitik, in: Winfried Becker (Hrsg.), *Die Kapitulation von 1945 und der Neubeginn in Deutschland*, Köln 1987, S. 181–209, hier S. 184.

¹⁴ Jost Dülffer, *Jalta*, 4. Februar 1945. Der Zweite Weltkrieg und die Entstehung der bipolaren Welt, München 1998, S. 232.

¹¹ Wilfried Loth, *Die Teilung der Welt. Geschichte des Kalten Krieges 1941–1955*, München 2000, S. 189f.

Die von den USA ihrerseits bekundete Bereitschaft, nicht wieder in ihren traditionellen Isolationismus zurückzufallen, erleichterte es insbesondere Frankreich, in die Londoner Sechsmächtekonferenz (Februar bis Juni 1948) einzuwilligen, die mit den Londoner Empfehlungen zuende ging. Den westdeutschen Ministerpräsidenten wurden am 1. Juli 1948 in Frankfurt von Vertretern der westlichen alliierten Besatzungsmächte jene Dokumente übergeben, die die Bedingungen zur Gründung eines westdeutschen Staates enthielten („Frankfurter Dokumente“).¹⁵ Die von de Gaulle lauthals geforderte Ablehnung und die knappe Zustimmung zur Trizone durch die französische Nationalversammlung (mit 296 zu 287 Stimmen) spiegelten das Unbehagen bei vielen Abgeordneten wider. Es muss daher als Konzession verstanden werden, dass Paris der wirtschaftliche Anschluss des Saarlandes an Frankreich zugestanden wurde. Nichtsdestotrotz versuchte die französische Regierung, die Gründung eines westdeutschen Staates soweit es ging zu bremsen, um in dieser Formierungsphase ein Höchstmaß an förderativen Elementen in die staatlichen Strukturen des östlichen Nachbarn integrieren zu können.

Einflussreiche politische Kreise in Paris fürchteten, dass es in Reaktion auf die Bildung der Trizone zur Gründung eines auf Berlin zentrierten Einheitsstaates in der SBZ, mit einem innerdeutschen Duell zwischen Berlin und Frankfurt, kommen könnte. In diesem Szenario entwickelte Berlin eine hohe Symbolkraft, denn für viele einflussreiche Politiker in Paris stellte die „Wiege des Preußentums“ den Ausgangspunkt für einen möglichen Wiederaufstieg des deutschen Militarismus und Großmachtdenkens in einem zentralistischen Land unter der Ägide Moskaus dar. In Anlehnung an die Schaffung der deutschen Einheit zwischen 1864 und 1871 vermuteten sie eine Entwicklung in Ost-West-Richtung und ein Fortdauern preußischer Mentalitäten.¹⁶ Nicht wenige französische Politiker waren von der Überlegenheit des SED-Modells überzeugt und befürchteten eine neue Mobilisierung für die nationale Sache, um Deutschland doch noch in den sowjeti-

schen Machtbereich zu ziehen. Und in der Tat aktivierte Moskau in den folgenden Monaten seine Propaganda für ein neutrales Gesamtdeutschland.

Nachdem das Grundgesetz vom Parlamentarischen Rat verabschiedet worden war, wurde die Bundesrepublik Deutschland am 23. Mai 1949 offiziell gegründet. Um nicht von der deutschen Öffentlichkeit und dem Osten zum alleinigen Verantwortlichen für die deutsche Teilung gemacht zu werden, betonten die Westmächte auf ihrer Außenministerkonferenz in New York (12. bis 18. September 1950) den provisorischen Charakter der Bundesrepublik und die Beschränkung ihrer politischen wie territorialen Rechte.¹⁷ Indem die Alliierten die Oberhoheit unter Einschluss der Sowjetunion behielten, sicherten sie sich das Exklusivrecht für Verhandlungen über die deutsche Frage. Dieser Anspruch wurde gerade von Frankreich immer wieder betont, das sich auf diese Weise seinen Platz im Konzert der Großen sichern wollte.

Zugleich hatte der französische Hohe Kommissar André François-Poncet dem Oberbefehlshaber der sowjetischen Streitkräfte in Deutschland und Chef der sowjetischen Kontrollkommission in der DDR, General Wassili Tschuikow, schon am 9. Oktober 1949, zwei Tage nach Gründung der DDR, offiziell mitgeteilt, dass die französische Regierung den Bonner Alleinvertretungsanspruch anerkenne, weil der Bundestag die einzig frei gewählte Vertretung des deutschen Volkes sei. Als wichtige Voraussetzung für eine Vereinigung schlug er die Durchführung von freien gesamtdeutschen Wahlen vor.¹⁸ Das SED-Regime war für die französischen Verantwortlichen in Paris nicht mehr als eine Marionettenregierung ohne eigene Handlungsbefugnisse. Dass die SED Wahlen regelmäßig hinausshob, interpretierte Paris als Zeichen für die fehlende Legitimation von Regierung beziehungsweise Volkskammer.

Um die Nichtanerkennungspolitik des Westens gegenüber der DDR zu koordinieren, wurde für November 1949 eine Besprechung im Konsultativrat des Brüsseler Beistandspakts in Paris einberufen. Bei dieser Gelegenheit führte der franzö-

15 Vgl. zum Kontext Michael F. Feldkamp, *Adenauer, die Alliierten und das Grundgesetz*, München 2023.

16 Vgl. Geneviève Maelstaf, *Les responsables français face à la création de la République Démocratique Allemande*, in: *Revue d'Allemagne et des pays de langue allemande* 1/2000, S. 133–143, hier S. 135.

17 Vgl. dies., *Que faire de l'Allemagne? Les responsables français, le statut international de l'Allemagne et le problème de l'unité allemande 1945–1955*, Paris 1999.

18 Vgl. Eckart Lohse, *Östliche Lockungen und westliche Zwänge. Paris und die deutsche Teilung 1949 bis 1955*, München 1995, S. 82f.

sische Außenminister Robert Schuman aus, dass sein Land mit Ostdeutschland keine Abkommen schließen werde und die gesamten Kontakte der französischen Zone auf interzonaler Basis abwickeln wolle. So lehnte Paris in der Folge konsequent den von der DDR angestrebten Beitritt zu den internationalen Konventionen und Verträgen ab, für die Frankreich Depositarstaat war. Auf der Folgekonferenz am 8. Dezember 1949 beschlossen Frankreich, Großbritannien und die Benelux-Staaten eine de jure- und de facto-Politik der Nichtanerkennung gegenüber der DDR – und beabsichtigten auf diese Weise, die deutsche Frage offenzuhalten. Jegliche Kontakte mit der DDR sollten inoffiziellen Charakter besitzen und wie bei wirtschaftlichen Transaktionen über private Organisationen (etwa Handelskammern) abgewickelt werden. Weiterhin galten die sowjetischen Behörden für sie als die Verantwortlichen für Vorgänge in ihrer Zone. Nicht zu umgehende Kontakte mit offiziellen ostdeutschen Stellen waren auf niedrigster Ebene anzusetzen.¹⁹

Auch wenn die verschiedenen französischen Regierungen in den folgenden Jahren stets auch ein Auge auf die Geschehnisse in der DDR warfen, konzentrierten sie ihre Deutschlandpolitik auf den westdeutschen Teilstaat, konnte einzig dieser doch zur damaligen Zeit die Garantie für ein demokratisches und parlamentarisches System bieten, weshalb Frankreich die Bundesrepublik durch eine Aufwertung des ostdeutschen Regimes nicht unnötig in Bedrängnis bringen wollte. Gleichzeitig unterstrich es aber sein Statut als Siegermacht und war auch Anfang der 1950er Jahre noch nicht bereit, mit der Bundesrepublik auf Augenhöhe zu sprechen.²⁰ Als der vom „Potsdam-Syndrom“ infizierte Adenauer forderte, dass die Bundesregierung im Falle einer Einigung der westlichen Siegermächte mit der UdSSR über Deutschland konsultiert werden müsse, lehnte André François-Poncet ein solch weitreichendes Entgegenkommen ab.²¹

19 Vgl. Ulrich Pfeil, *Die „anderen“ deutsch-französischen Beziehungen. Die DDR und Frankreich 1949–1990*, Köln 2004, S. 61.

20 Vgl. Georges-Henri Soutou, *Frankreich und der Altraum eines wiedervereinigten und neutralisierten Deutschlands 1952–1990*, in: Dominik Geppert (Hrsg.), *Neutralität. Chance oder Chimäre? Konzepte des Dritten Weges für Deutschland und die Welt 1945–1990*, München 2005, S. 265–273.

21 Télégramme du haut-commissaire de la République française au ministère des Affaires étrangères, 3 novembre 1951, AMAE, EU 44–60, ALL, 681, Bl. 71 f.

DIE BEIDEN DEUTSCHEN STAATEN IN DER FRANZÖSISCHEN PRESSE NACH 1949

Nach seiner Regierungsübernahme am 20. September 1949 strebte Bundeskanzler Konrad Adenauer die vollständige Wiederherstellung staatlicher Souveränität an und konnte dabei auf erste Anzeichen für einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg bauen. Vor diesem Hintergrund blieb Deutschland ein gesellschaftliches Mobilisierungsthema in Frankreich, sodass es Dietmar Hüser angesichts der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Krise Frankreichs und den daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf das eigene Selbstbewusstsein nicht übertrieben erscheint, vom „Trauma einer zügigen wirtschaftlichen und moralischen Restauration Deutschlands in der französischen Öffentlichkeit“ zu sprechen, „erst recht angesichts des Gefühls, ein wiedererstarkter östlicher Nachbar werde erneut seiner Aggressionspolitik nachgehen“²² und sich ein weiteres Mal an Frankreich rächen.

Diese Feststellung galt vor allem für die PCF und ihre Presseorgane, die sich um die Aufrechterhaltung eines deutschen Feindbildes bemühten und sich zu diesem Zweck auf die Bundesrepublik einschossen. Für die Parteizeitung „L’Humanité“ war das am 8. Mai 1949 verabschiedete Grundgesetz ein Ausdruck für den revanchistischen und reaktionären Charakter des zukünftigen westdeutschen Staates. Dass die drei westlichen Siegermächte sich auf die Gründung der Bundesrepublik geeinigt hatten, wurde fortan als Bruch des Potsdamer Abkommens verurteilt. Entsprechend der Vorgaben aus Moskau – und um weiterhin Einfluss auf Gesamtdeutschland ausüben zu können – forderten die französischen Kommunisten in steter Regelmäßigkeit, über die Zukunft Deutschlands auch weiterhin im Rahmen von Viermächteverhandlungen zu entscheiden.²³ Dabei versuchte die PCF, ähnlich der SED, die Bundesrepublik in die Kontinuität von Kaiserreich und „Drittem Reich“ zu stellen, sodass „L’Humanité“ konsequent vom „Westreich“

22 Dietmar Hüser, *Frankreich, Deutschland und die französische Öffentlichkeit 1944–1950. Innenpolitische Aspekte deutsch-landpolitischer Maximalpositionen*, in: Stefan Martens (Hrsg.), *Vom „Erbfeind“ zum „Erneuerer“. Aspekte und Motive der französischen Deutschlandpolitik nach dem Zweiten Weltkrieg*, Sigmaringen 1993, S. 19–64, hier S. 38.

23 Vgl. Pierre Hervé, *Face au péril d’une Allemagne réactionnaire et réarmée*, in: L’Humanité, 13.5.1949.

(*Reich occidental*) sprach. Gleichzeitig versuchten die „Bruderparteien“, das Nationalgefühl der Deutschen zu sensibilisieren, und diskreditierten die Bundesrepublik als „amerikanische Kolonie“.

Die Gründung der DDR wurde von „L’Humanité“ wiederum als Stärkung der „Friedensfront“ dargestellt, die gegen die „Kriegstreiber“ und Faschisten kämpfe.²⁴ Der Parteiführer der PCF, Maurice Thorez, sprach sich nicht gegen eine Verständigung mit dem deutschen Volk aus, doch wollte er dessen Verantwortung für die Verbrechen während des Krieges nicht vergessen und forderte es auf, Garantien dafür zu geben, dass Deutschland nicht wieder zu einer Bedrohung für seine Nachbarn werde.²⁵ Das Politbüro der PCF tat sich gleichwohl nicht leicht mit der DDR und befasste sich mit ihr erst in seiner Sitzung am 1. Dezember 1949. Das Misstrauen gegenüber den deutschen Genossen saß tief, denn viele französische Kommunisten waren der Meinung, dass die deutsche Arbeiterbewegung vor 1945 keinen ausreichenden Widerstand geleistet habe und nunmehr exkulperierende Narrative entwickle, um der Frage nach der eigenen Verantwortung für den Aufstieg Hitlers zu entgehen.²⁶ Dieses Misstrauen bekamen auch deutsche Arbeiter zu spüren, die nach dem Krieg in Frankreich geblieben waren.²⁷

So kam es in der Nachkriegszeit einer „verordneten Völkerfreundschaft“ gleich, dass die PCF in ihren Presseorganen nicht nur über die Ereignisse in der DDR zu berichten hatte, sondern auch ihre Verbundenheit mit dem ostdeutschen Staat zum Ausdruck bringen musste. Die gemeinsame Gegnerschaft zur westeuropäischen Integration und zur Bundesrepublik in dieser Zeit des sich verschärfenden Kalten Krieges ermöglichte es aber den deutschen und französischen Kommunisten, sich im Rahmen der von Moskau proklamierten „antiimperialistischen“ Politik als solidarische Partner im Kampf für Frieden und „proletarischen

Internationalismus“ darzustellen. Ausdruck dieser Politik war unter anderem der Beschluss der PCF vom 27. Juni 1950, ausgedehntere Kontakte zwischen den Gewerkschaften, den Jugendorganisationen sowie den Parteizeitungen zu organisieren. Schuman-Plan, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) und Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) boten PCF, SED und KPD die Möglichkeit, die propagandistischen Energien gegen die gemeinsamen Klassenfeinde in Paris, Washington und Bonn zu lenken.

Die offiziellen Verlautbarungen konnten jedoch nur schwerlich verdecken, dass Ost-Berlin in den deutschlandpolitischen Überlegungen der französischen Genossen allerhöchstens eine sekundäre Rolle spielte. Die Pariser Parteizentrale konzentrierte ihre Anstrengungen in dieser Frage auf die westdeutsche KPD, gegen die die Bundesregierung im November 1951 einen Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit gestellt hatte. Die PCF unterstützte die westdeutschen Genossen und bezeichnete die KPD als einzige Partei in der Bundesrepublik, die für eine Politik des Friedens und gegen die Rückkehr des Nationalismus wirke. So integrierte sie das KPD-Verbot in ihre Kampagnen gegen die Westintegration der Bonner „Revanchisten und Militaristen“.²⁸

In der bürgerlichen Presse wurden die politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Geschehnisse in der Bundesrepublik vor dem Hintergrund von Frankreichs Abstieg von einer Groß- zu einer Mittelmacht wahrgenommen. Die Erinnerung an deutschen Militarismus und Nationalismus sowie die Besatzungsjahre war permanenter Anlass, sich über die politische und mentale Entwicklung in Westdeutschland Gedanken zu machen, um das mögliche Verhalten der Staatsspitze in Bonn für den Fall der staatlichen Souveränität vorauszusagen. Das nicht zu übersehende Misstrauen gegenüber Deutschland wurde dabei von dem Verdacht gespeist, dass der östliche Nachbar ein doppeltes Spiel zwischen den Blöcken spielen könnte. Dieser aktualisierte „Rapallo-Komplex“ war eine Folge von Forderungen nach einem blockfreien beziehungsweise neutralen Deutschland mit Brückenfunktion zwischen West und Ost, wie sie Jakob Kaiser (CDU) oder der spätere Bundespräsident Gustav Heinemann Anfang der 1950er Jahre vertraten. Frankreichs Blick auf Deutschland war

24 Pierre Durand, De quelle Allemagne s’agit-il, in: *L’Humanité*, 7. 10. 1949.

25 Vgl. ders., Ceux qui approuvent les revanchards, in: *L’Humanité*, 11. 10. 1949.

26 Vgl. Alain Lattard, Gewerkschaften und Arbeitgeber in Rheinland-Pfalz unter französischer Besatzung 1945–1949, Mainz 1988, S. 88.

27 Vgl. Ulrich Pfeil, Die deutsche Zweistaatlichkeit in westlicher Perzeption – Das Beispiel Frankreich, in: Clemens Burrichter/Detlef Nakath/Gerd-Rüdiger Stephan (Hrsg.), *Deutsche Zeitgeschichte von 1945 bis 2000. Gesellschaft – Politik – Geschichte. Ein Handbuch*, Berlin 2006, S. 216–251, hier S. 224 ff.

28 Réunion du secrétariat du 28. 12. 1953, Archives du Parti communiste français: Décisions du secrétariat, 1953.

damit ganz maßgeblich von dem ausgeprägten eigenen Sicherheitsbedürfnis geprägt.²⁹

Mochten Deutschlandkenner wie Alain Clément von „Le Monde“ auch eine neue deutsche Mentalität ausgemacht haben, die nun nicht mehr in dem bedingungslosen Willen zur Einheit des Vaterlandes, sondern in der Bereitschaft zur Verankerung des eigenen Landes im Westen zum Ausdruck komme,³⁰ so sahen sich die französischen Beobachter doch eher veranlasst, aus den aktuellen Gegebenheiten in den beiden deutschen Staaten Rückschlüsse darauf zu ziehen, ob die wiederholt attestierte positive Entwicklung der Westdeutschen nicht auch wieder umkehrbar sei. Dieses Misstrauen hatte nachvollziehbare historische Ursachen, wurde jedoch auch durch das Gefühl beflügelt, mit der Teilung Deutschlands auf einem Pulverfass im Zentrum Europas zu sitzen. Die westdeutsch-französische Verständigung und die Unterzeichnung des Élysée-Vertrages 1963 schufen jedoch in der Folge ein dichtes politisches und soziokulturelles Netzwerk, das Misstrauen abzubauen half und breite Zusammenarbeit möglich machte.

Wenn es der DDR auch nicht gelang, die Bundesrepublik in den deutsch-französischen Beziehungen – frei nach Walter Ulbricht – zu überholen, ohne sie einzuholen, war spätestens in den 1960er Jahren in Frankreich nicht mehr zu übersehen, dass „la RDA“ als politische, wirtschaftliche und kulturelle Realität wahrgenommen wurde. Das „Vaterland“ von Bertolt Brecht, Christa Wolf oder Heiner Müller hatte sich eine literarische Identität erarbeitet, von ihren „Diplomaten im Trainingsanzug“ fühlten sich auch die französischen Sportler herausgefordert, und bei den Städtepartnerschaften ab 1959 kamen sich Ostdeutsche und Franzosen oft-

mals näher, als es der Stasi lieb war.³¹ Diese Entwicklung verfolgte Bonn bis Anfang der 1970er Jahre mit einem spürbaren Unbehagen, legte nach der diplomatischen Anerkennung der DDR durch den Westen dann aber größere Gelassenheit an den Tag.³²

FAZIT

„Die Wiedervereinigung ist in meinen Augen ein berechtigtes Anliegen der Deutschen. Es kann aber nur auf friedliche und demokratische Weise verwirklicht werden (...). Die Deutschen müssen sich natürlich frei entscheiden können, aber das Einverständnis der Sowjetunion und der Westmächte erfordert einen echten Dialog.“³³

Mit diesen Worten beschrieb François Mitterrand im Sommer 1989 sein Verhältnis zur deutschen Einheit und den damitzuhängenden Rechten der vier Siegermächte des Zweiten Weltkriegs, die ihm stets sehr wichtig waren. Er nahm hier eine sehr gaullistische Position ein, hatte die Nation doch schon für den General stets mehr Wirkungsmacht als Ideologien gehabt, weshalb er dem Kommunismus keine Ewigkeit prognostizierte und am fernen Horizont auch eine deutsche Wiedervereinigung nicht ausschließen wollte. Alle französischen Präsidenten bezeugten den Westdeutschen in dieser Frage stets ihre Unterstützung und erkannten das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes an, doch stellte sich für die Vorgänger von Mitterrand die deutsche Frage nie konkret. Dies änderte sich erst im Herbst 1989, als die friedlichen Demonstranten in der DDR zunächst „Wir sind das Volk“ und wenige Wochen später „Wir sind ein Volk“ skandierten. Trotz der immer wieder beteuerten deutsch-französischen Versöhnung und Freundschaft löste die Vorstellung von einem großen deutschen Nachbarn nicht nur bei Mitterrand spürbare Beklemmungen aus. Völlig geklärt ist dabei die Frage immer noch nicht, ob der französische Präsident die deutsche Vereinigung verhindern oder nur bremsen wollte. Die Mehrheit der Franzosen jedenfalls respektierte das Recht der Deutschen auf Selbstbestimmung. Heute existiert ein dichtes Netz von Kontakten und Beziehungen zwischen beiden Gesellschaften, das in seiner Intensität und Dichte zwischen souveränen Staaten seinesgleichen sucht.³⁴

ULRICH PFEIL

ist Professor für Deutschlandstudien an der Universität de Lorraine (Metz), Frankreich.

29 Vgl. Mareike König, Deutschlandperzeption und Europa-debatte in *Le Monde* und *Le Figaro*, 1950–1954, Opladen 2000, S. 94.

30 Alain Clément, Le „double jeu“ allemand entre l’Ouest et l’Est n’existe que dans l’imagination des Alliés, in: *Le Monde*, 10.5.1950.

31 Vgl. Constanze Knitter, Städtepartnerschaften zwischen Frankreich und der DDR (1959–1990). Akteure, Ziele und Entwicklungen, Lausanne 2023; Jürgen Dierkes, „Ménage à trois“ im Ost-West-Konflikt. Städtepartnerschaften zwischen westdeutschen, französischen und ostdeutschen Kommunen von den 1950er Jahren bis zum Fall der Mauer, Stuttgart 2024.

32 Vgl. Anne Kwaschik/Ulrich Pfeil (Hrsg.), *Die DDR in den deutsch-französischen Beziehungen*, Brüssel 2013.

33 Die Wiedervereinigung ist ein berechtigtes Anliegen, in: *Süddeutsche Zeitung*, 27.7.1989.

34 Vgl. Nicole Colin et al. (Hrsg.), *Dictionnaire des relations culturelles franco-allemandes depuis 1945*, Lille 2023.

GRÜNDUNGSGESCHICHTEN

Eine Ausstellungsbegehung

Elke Kimmel

Eine Ausstellung zum 75. Jahrestag der Gründung von Bundesrepublik Deutschland und Deutscher Demokratischer Republik, wie sie die Bundeszentrale für politische Bildung (bpb) 2024 unter dem Titel „Gründungsgeschichten“ in mehreren deutschen Städten zeigen wird, gerät schnell in Gefahr, zu staatstragend zu geraten. Die Verlockung, die Nachkriegsgeschichte als Vorgeschichte des späteren Erfolgs – zumindest des westdeutschen Modells – zu erzählen, ist groß. Eine solche Ausstellung würde wohl vor allem die in der Öffentlichkeit und in den Medien bekannten und besonders wirkungsmächtigen Muster und Bilder bestätigen.⁰¹

Auch aus anderen Gründen trägt diese Herangehensweise nicht. So würde die DDR als Staat, der 1990 aufgehört hat zu existieren, nur eine kontrastierende Nebenrolle spielen. Und nicht „nur“ die DDR bliebe bei dieser Erzählung schnell auf der Strecke. Betroffen wären – gerade bei der für Ausstellungen üblichen und notwendig verknappten Erzählweise – auch die Geschichten von gescheiterten Ideen und Projekten, von Außenseitern und Ausgegrenzten, die nicht in dieser Erfolgsgeschichte aufgehen. In einer solchen Darstellung gäbe es wenig Platz für Ereignisse, die nicht in den Rahmen der demokratischen Erfolgsgeschichte der Bundesrepublik passen oder die dem antifaschistischen Gründungsmythos der DDR widersprechen. Gerade diese Geschichten tragen aber viel zum Verständnis der Gründungssituation bei – und auch dazu, zu verstehen, wie Deutschland heute ist. Ausgespart bliebe zudem die Frage nach der Vorgeschichte von Problemlagen und Krisen, mit denen sich das heutige vereinte Deutschland auseinanderzusetzen hat.

REALITÄT, GESTERN UND HEUTE

Mindestens ebenso wichtig scheint, dass eine solche verkürzte und harmonisierende Herangehensweise auch den Realitäten des Jahres 1949 kaum

gerecht würde. Die widersprüchlichen Anforderungen, die die Bewältigung des Nachkriegsalltags an die Menschen stellte, werden aus heutiger Sicht schnell zum nebensächlichen Hindernis auf dem Weg in ein gleichsam schon in Sichtweite befindliches, einigermaßen abgesichertes Dasein. Ein Beispiel: KZ-Überlebende konnten bei Kriegsende nicht wissen, dass sie ab 1948 in die USA oder nach Israel auswandern durften. Ohne das Wissen über eine bevorstehende Ausreise mussten sie es ertragen, über Jahre in einem Barackenlager zu leben – umgeben von einer Bevölkerung, die in den Jahren zuvor ihre Vernichtung vielleicht nicht aktiv unterstützt, aber doch zumindest stillschweigend hingenommen hatte. Rückblickend verkürzen sich die Jahre zu schnell zu Augenblicken – in der Gegenwart der Nachkriegsjahre waren sie dies nicht.

Selbstverständlich helfen historische Quellen, solche Verkürzungen und Simplifizierungen zu vermeiden, insbesondere Fotos und Zeugnisse von Mitlebenden,⁰² private Tagebücher und Aufzeichnungen oder Zeitungsberichte. Dennoch bleibt die Herausforderung, dass sich diese Quellen gegen die Wirkungsmacht der verbreiteten Erzählung behaupten können müssen.

Für eine Ausstellung ist die Nutzung von historischen Fotos naheliegend. Im Rahmen der „Gründungsgeschichten“ kommen 75 historische Fotos von Orten und Ereignissen zum Einsatz, die der Fotograf und Grafiker Alexander Kupsch mit einem aktuellen Foto verwoben hat, das möglichst aus identischem Blickwinkel aufgenommen wurde. Diese Montagen visualisieren, für die Betrachterinnen und Betrachter unmittelbar nachvollziehbar, den Schritt aus dem Heute in die Zeit um 1949. Die Gründungsgeschichten werden so unmittelbar mit der Gegenwart in Beziehung gesetzt. So kollidiert ein im Sommer 2023 aufgenommener Radfahrer in der Rostocker Innenstadt beinahe mit den Teilnehmern der Ostzonenrundfahrt von 1949. Die Bildmontagen machen neugierig auf die Geschichten, für die sie stehen.

Die erzählten Geschichten zeugen in mehrfacher Hinsicht von der Multiperspektivität des Ausstellungsprojekts. Diese zeigt sich sowohl in der Auswahl der Themen – neben Politik und Justiz sind hier Sport und Freizeit, Kultur und Kunst, Wirtschaft, Versorgung und Wohnen zu nennen – als auch in der regionalen Streuung der ausgewählten Geschichten. Ohne hier einen genauen Proporz anzustreben, werden Ost-, West-, Nord- und Süddeutschland gleichermaßen berücksichtigt. Große und kleinere Städte tauchen ebenso als Schauplätze auf wie kleinere Orte und ländliche Gemeinden. Die thematische wie regionale Streuung verstärkt idealerweise den beabsichtigten niedrighschwelligigen Zugang zum Ausstellungsthema. Zwar stammen die Gründungsgeschichten tatsächlich ganz überwiegend aus dem Jahr 1949, für die Auswahl war jedoch entscheidend, dass sie über das eigentliche Ereignis hinausweisen. In vielen Fällen gibt es je eine ost- und eine westdeutsche Geschichte zu einem ähnlichen Thema, dies ist jedoch nicht immer so. Die Gründungsgeschichten sind nicht hierarchisch gegliedert, es gibt keine zwingende Ausstellungserzählung. Lediglich die Eingangstafeln sind festgelegt: Sie beschreiben die Herangehensweise des Ausstellungsteams und den zeithistorischen Kontext der Gründungsgeschichten.

Deutlich werden soll insbesondere die Vielfalt der Lebensverhältnisse in der Nachkriegszeit. Im Zentrum stehen deshalb weniger die großen politischen Ereignisse als vielmehr der Alltag der Deutschen in den Besatzungszonen, aus denen zwei deutsche Staaten werden sollten. Dass die große Politik dennoch an verschiedenen Stellen diesen Alltag prägte und dessen Rahmenbedingungen schuf, versteht sich indes von selbst. Die Ausstellung aber unternimmt den Versuch, den Menschen und ihrer Lebenswelt in jener Zeit näher zu kommen, ihre Probleme und Prägungen besser zu verstehen.

01 Siehe etwa die Serie „Unsere wunderbaren Jahre“ (ARD 2020/2023), den Zweiteiler „Die Himmelsleiter – Sehnsucht nach morgen“ (ARD 2015) oder auch den Spielfilm „Das Wunder von Bern“ (D 2003). Vgl. auch Björn Bergold, *Wie Stories zu History werden*. Zur Authentizität von Zeitgeschichte im Spielfilm, Bielefeld 2019.

02 Vgl. z. B. Hannah Arendt, *Besuch in Deutschland*, in: *Zur Zeit. Politische Essays*, hrsg. von Marie Luise Knott, Berlin (West) 1986, S. 43–70; Max Frisch, *Tagebuch 1946–1949*, Berlin (Ost) 1987.



Rostock: Start zur zweiten Etappe der Ostzonen-Rundfahrt Rostock-Wittenberge, September 1949. Die Grundstücke rechts im Bild wurden nach 1949 bebaut. Historisches Foto: Bundesarchiv Bild 183-H0423-0501-001, Pietsch; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

Im Folgenden sollen einzelne Gründungsgeschichten illustrieren, welche inhaltlichen Schwerpunkte die Ausstellung setzt. Ich fasse hier verschiedene Geschichten zusammen, die in der Ausstellung schon deshalb verstreuter auftreten, weil diese nicht thematisch strukturiert ist, sondern topografisch. Die Ausstellung selbst wird durch Zusatzmaterialien ergänzt, die über QR-Codes auf den Ausstellungstafeln abrufbar sind. Zudem wird die bpb auf ihrer Website zehn ausgewählte Orte (aus den 75 in der Ausstellung gezeigten) als 360-Grad-Panoramen zugänglich machen. In diesen Panoramen sind Materialien wie historische Fotos, Dokumente, Audio- und Videodateien zur weiteren Vertiefung verlinkt.

STAATSGRÜNDUNGEN

Nach langen Verhandlungen verabschiedet der aus Delegierten der westlichen Besatzungszonen bestehende Parlamentarische Rat in Bonn mit dem Grundgesetz im Mai 1949 eine Verfassung, die schon im Vorwort ihren provisorischen Charakter hervorhebt. Ebenso provisorisch soll Bonn Bundeshauptstadt sein. Wenige Tage später findet im sowjetischen Sektor von Berlin, im Admiralspalast an der Friedrichstraße, der Dritte „Volkskongress“ statt, mit dem die SED ihren gesamtdeutschen Anspruch bekräftigen will. Auf den Wahlzetteln für dieses Gremium steht: „Ich bin für die Einheit Deutschlands und einen gerechten Friedensvertrag. Ich stimme darum für die nachstehende Kandidatenliste zum Dritten Deutschen



Mödlareuth: Der Tannbach bildet die Zonengrenze zwischen Thüringen und Bayern, die mitten durch das Dorf verläuft, Juli 1949. Heute erinnert an dieser Stelle nichts mehr an die Teilung. Historisches Foto: Bundesarchiv Bild 183-N0415-363, Otto Donath; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.



Babelsberg, sowjetischer Kontrollpunkt: Der Interzonenbus aus Berlin Richtung Hannover wird kontrolliert, 12. Mai 1949. Heute ist der Standort des Kontrollpunktes kaum noch zu verorten. Historisches Foto: Picture Alliance, ZB/zbarchiv; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

Volkskongress.⁰³ Trotz des öffentlich ausgeübten Drucks stimmen viele Menschen in der SBZ bei dieser „Wahl“ mit „Nein“ – allzu deutlich scheint ihnen, dass es weder um Frieden noch um Freiheit geht, sondern darum, die Macht der Sozialistischen Einheitspartei zu festigen. Der Volkskongress betrachtet sich nichtsdestotrotz als legitime Vertretung und bestimmt die Mitglieder des Volksrats, der am 7. Oktober 1949 erstmals als Volkskammer tagen wird.

In Deutschland entstehen zwei Staaten mit unterschiedlichen Rechts-, Wirtschafts- und Sozialsystemen, die die Lebensbedingungen und den Alltag ihrer Bürgerinnen und Bürger für die kommenden Jahrzehnte maßgeblich prägen werden. Besonders massiv macht sich die Teilung Deutschlands im Alltag der Menschen bemerkbar, die unmittelbar an der Grenze zwischen den Staaten wohnen: in Berlin. Selbst wenn die Grenze zwischen Ost- und West-Berlin noch weitgehend problemlos überschritten werden kann, gelten in der Stadt ab Juni 1948 zwei verschiedene Währungen. Gerade für Menschen, die im Ostteil arbeiten und im Westteil leben, bedeutet dies täglichen Aufwand. Andernorts, im Dorf Mödlareuth etwa, wird die Grenze noch spürbarer – das Dorf liegt teils in Thüringen, teils in Bayern. Schon im Juni 1950 kommt es hier bei der Flucht eines sächsischen Unternehmers zu einer wilden Verfolgungsjagd. Aber auch dort, wo

Grenzen weit weg sind, nehmen die Unterschiede zwischen der DDR und der Bundesrepublik in den verschiedenen Lebensbereichen zu – gleichgültig, ob im Sport, in der Kultur, in der juristischen Aufarbeitung der NS-Vergangenheit oder beim Kauf von Lebensmitteln.

UMGANG MIT DEN ORTEN DER VERBRECHEN

Sowohl in den westlichen als auch in der sowjetischen Besatzungszone befreiten die alliierten Truppen NS-Konzentrationslager (KZ) und sahen sich anschließend mit der Aufgabe konfrontiert, mit diesen baulichen Hinterlassenschaften des NS-Regimes umzugehen. Das Gelände des ehemaligen KZ Dachau nutzt die amerikanische Besatzungsmacht zunächst, um hier Angehörige der SS und andere hochrangige Nationalsozialisten zu internieren. Insgesamt werden hier 1672 Angeklagte vor Gericht gestellt und 426 von ihnen zum Tode verurteilt. Anschließend soll das Areal wieder in deutsche Verwaltung übergeben werden, der Bayerische Landtag erörtert eine geeignete Nachnutzung. Bereits am 16. Januar 1948 stellt der CSU-Abgeordnete Hans Hagn im Landtag einen Antrag „betreffend Freimachung von Lagern zur Benützung als Arbeitslager für asoziale Elemente“.⁰⁴ Das ehemalige KZ Dachau

03 Abrufbar unter www.hdg.de/lemo/bestand/objekt/plakatstimmzettel-mecklenburg-deutscher-volkskongress.

04 Vgl. Protokoll der 45. Sitzung des Bayerischen Landtags, 16. Januar 1948, S. 587 ff. Online verfügbar unter www.bayern.landtag.de/webangebot3/views/protokolle/protokollsuche.xhtml.



Dachau: Geflüchtete zwischen den ehemaligen KZ-Baracken, 28. Oktober 1949. Seit 1965 befindet sich hier die KZ-Gedenkstätte Dachau. Historisches Foto: akg-images / AP; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

könne man nutzen, um dort „Asoziale“ und „Arbeitsscheue“ zu „erziehen“. Die oppositionellen Sozialdemokraten unterstützen diesen Antrag.⁰⁵ Letztlich scheitert die Umsetzung des Vorhabens daran, dass die frei gewordenen Baracken im ehemaligen KZ zur Unterbringung der Flüchtlinge und Vertriebenen aus den Gebieten östlich von Oder und Neiße benötigt werden. Die Lagerstruktur bleibt bis Ende der 1950er Jahre unangetastet, dann sollen sämtliche Baracken abgerissen werden, um der neuen Wohnsiedlung Dachau-Ost Platz zu machen. Nur Proteste aus dem Ausland verhindern, dass ein erster Gedenkort am ehemaligen Krematoriumsgebäude im Zuge der Planungen beseitigt wird.

Im Juli 1949 erlangt die Münchner Möhlstraße traurige Berühmtheit. Hier haben sich viele Displaced Persons (DP) angesiedelt – Menschen, die die Vernichtungslager der Nationalsozialisten häufig mit knapper Not überlebt haben und die nun auf eine Ausreisemöglichkeit nach Palästina oder in die USA warten. Von der Besatzungs-

05 Auch die Gewerkschaften protestieren nicht etwa gegen den Vorschlag – im Gegenteil: Bei einer gut besuchten Gewerkschaftskundgebung in München steht auf vielen Schildern „Nur wer arbeitet, soll auch essen“; vgl. Benjamin Bauer, Arbeitszwang gegen „Asoziale“? Kontinuitäten des KZ Dachau in der unmittelbaren Nachkriegszeit, www.idz-jena.de/wsdet/wsd7-15. Displaced Persons wurden zudem häufig als „Gruppen von Ausländern“ oder „arbeitscheue Elemente“ bezeichnet; vgl. Juliane Wetzel, „Mir zeinen doh“. München und Umgebung als Zuflucht von Überlebenden des Holocaust 1945–1948, in: Martin Broszat et al. (Hrsg.), Von Stalingrad zur Währungsreform. Zur Sozialgeschichte des Umbruchs in Deutschland, München 1988, S. 327–364, hier S. 355.

macht werden sie bevorzugt mit Wohnraum und Lebensmitteln versorgt. Gerade der Zugang zu begehrten und knappen Waren erregt den Neid der Nachbarn – zumal einige der in der Möhlstraße abgewickelten Geschäfte nicht legal sind. Geschäftsleute aus der Umgebung behaupten, ihre Existenz sei durch den Handel in der Straße gefährdet. Am 1. Juli 1949 umstellen etwa 500 Polizisten das Gebiet und führen eine Razzia durch.⁰⁶ Dabei gehen sie rabiat gegen die DP vor – Betroffene und Beobachter fühlen sich an NS-Methoden erinnert. Es ist nicht das erste und auch nicht das einzige Mal, dass die deutsche Polizei gegenüber DP mit völlig überzogener Härte auftritt. Bereits im Frühjahr 1946 ist in Stuttgart im Kontext einer Razzia gegen Schwarzmarkthändler bei einer Schießerei ein KZ-Überlebender getötet worden. Eine Folge dieses ersten Übergriffs ist, dass es der deutschen Polizei bis 1949 grundsätzlich verboten ist, gegen DP vorzugehen.

Gemein ist diesen Vorfällen, dass die geschützten Wohnbereiche der DP als Ausgangspunkt von Kriminalität gesehen werden. Im Bayerischen Landtag fordert nicht nur der SPD-Abgeordnete Arno Behrlich eine „Bereinigung“ der Zustände in den DP-Siedlungen, weil unter ihnen die angrenzende Wohnbevölkerung zu leiden habe und sie dazu geeignet seien, dem Antisemitismus in der Bevölkerung Vorschub zu leisten.⁰⁷

UMGANG MIT NS-KONZENTRATIONSLAGERN IN DER SBZ

Die ehemaligen NS-Konzentrationslager Sachsenhausen (Oranienburg), Ravensbrück (bei Fürstenberg) und Buchenwald (bei Weimar) befinden sich auf dem Gebiet der SBZ. Die Lager und das Gedenken an deren Opfer haben hier einen anderen Stellenwert als in der späteren Bundesrepublik: Dem antifaschistischen Gründungsmythos zufolge ist es gerade der kommunistische Widerstand im Nationalsozialismus, der das Fundament für die DDR

06 Vgl. Lilly Maier, Der Schwarzmarkt in der Möhlstraße und die Münchner Polizei. Eine Untersuchung im Spiegel der Akten der Polizeidirektion München, in: Münchner Beiträge zur jüdischen Geschichte und Kultur 1/2018, S. 35–51.

07 Vgl. Bayerischer Landtag (Anm. 4). Zur Wahrnehmung von DP in der nichtjüdischen Bevölkerung vgl. auch Thorsten Eitz/Georg Stötzel, Wörterbuch der „Vergangenheitsbewältigung“. Die NS-Sprache im öffentlichen Sprachgebrauch, Bd. 2, Hildesheim u. a. 2009, S. 94–107.



Ettersberg bei Weimar: Ansicht des 1901 errichteten Bismarckturms, vor 1949. Der ehemalige Standort des Turms wird durch einen Steinsockel markiert. Historisches Foto: Wilhelm Walther, CC BY-SA 4.0; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

legte.⁰⁸ Zentral für das Gedenken wird der Ettersberg oberhalb des KZ Buchenwald, in dem im August 1944 der seit 1933 inhaftierte KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann umgebracht wurde. Außerdem haben sich hier 1945 die politischen Häftlinge zur Selbstbefreiung des Lagers organisiert.⁰⁹ Einem würdigen Gedenken an diesem Ort steht in den Augen der Verantwortlichen der Anfang des 19. Jahrhunderts errichtete Bismarckturm auf dem Ettersberg entgegen: Er wird im Sommer 1949 gleichsam über Nacht beseitigt. Wenig später wird mit dem Bau der monumentalen Gedenkstätte begonnen.

Auch in Sachsenhausen entsteht bis Mitte der 1960er Jahre eine Mahn- und Gedenkstätte. Direkt nach 1945 wird ein Teil des Lagers zur Internierung politisch missliebiger Personen genutzt: Zehntausende NS-belastete Personen werden hier inhaftiert, aber auch Zwölfjährige, die man verdächtig, als „Werwölfe“ aktiv zu sein.¹⁰ Hinzu kommen Tausende von Menschen, die aus anderen Gründen in Konflikt mit der Sowjetischen Militäradministration geraten sind. Viele dieser Menschen werden die Lagerhaft nicht überleben, denn in den Baracken herrscht qualvolle Enge,

08 Vgl. Herfried Münkler, Antifaschismus und antifaschistischer Widerstand als politischer Gründungsmythos der DDR, in: APuZ 45/1998, S. 16–29.

09 Vgl. Ulrich Peters, Wer die Hoffnung verliert, hat alles verloren. Kommunistischer Widerstand in Buchenwald, Köln 2003.

10 Vgl. Peter Reif-Spirek/Bodo Ritscher (Hrsg.), Speziallager in der SBZ. Gedenkstätten mit „doppelter Vergangenheit“, Berlin 1999; Julia Landau/Enrico Heitzer (Hrsg.), Zwischen Entnazifizierung und Besatzungspolitik. Die sowjetischen Speziallager 1945–1950 im Kontext, Göttingen 2021.



Oranienburg, Sachsenhausen: Auflösung des sowjetischen Speziallagers, 20. Januar 1950. Heute besuchen jährlich Tausende die Gedenkstätte und das Museum Sachsenhausen. Historisches Foto: Bundesarchiv Bild 183-S92376, Walter Heilig; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

die Versorgung ist mangelhaft, die hygienischen Bedingungen ebenfalls. Auch nach der Auflösung des Speziallagers Sachsenhausen 1949 werden längst nicht alle Inhaftierten freigelassen – viele Menschen werden von hier aus in Lager in der Sowjetunion verschleppt, weitere werden in den DDR-Strafvollzug übergeben.¹¹

GESCHICHTE VOR GERICHT

1949 ist das Jahr, in dem der letzte große Nürnberger Prozess seinen Abschluss findet, der „Wilhelmstraßenprozess“. Zentral ist die Person des Hauptangeklagten Ernst von Weizsäcker, der bis 1943 Staatssekretär unter Außenminister Joachim von Ribbentrop war. Mit Weizsäcker stehen weitere Angehörige der Ministerialbürokratie vor Gericht, die qua Amt an den NS-Verbrechen beteiligt waren, aber auch hochrangige Nationalsozialisten. Schon bei Prozessbeginn erklären sich alle Angeklagten für „nicht schuldig“ oder behaupten gar: „Ich bin unschuldig.“¹² Das Gericht kommt zu einem anderen Urteil. Im April 1949 werden Strafen von bis zu 25 Jahren verkündet; Ernst von Weizsäcker wird zu sieben Jahren Haft verur-

11 Vgl. Anke Geier, Vom Speziallager in den Knast. SMT-Verurteilte aus Sachsenhausen in der Strafvollzugsanstalt Untermaßfeld, in: Gerbergasse 18 1/2020, S. 13–18.

12 Vgl. die Filmaufnahmen zum Prozessbeginn am 20. Dezember 1947, online zugänglich unter <https://collections.ushmm.org/search/catalog/irn1002438>.



Nürnberg, Justizgebäude: Anklagebank im Wilhelmstraßenprozess, Februar 1948. Der Saal ist heute sowohl Erinnerungsort als auch Gerichtssaal. Historisches Foto: Bundesarchiv Bild 183-R68180, o. A.; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

teilt. Gerade dieses Urteil stößt in der westdeutschen Öffentlichkeit auf Protest. Weizsäcker wird vor allem als Angehöriger des Widerstands gesehen, der lediglich im Amt geblieben sei, um „Schlimmeres“ zu verhindern.¹³ Die „Zeit“ erklärt, das Gericht habe gar nicht fair urteilen können: „Wer die Luft einer Diktatur nicht geatmet hat, wem das Klima des totalen Staates kein Begriff ist, der wird all dies schwer begreifen können.“¹⁴

Kontrovers ist auch ein Verfahren, das vor dem Hamburger Landgericht verhandelt wird. Angeklagt ist der Spielfilmregisseur Veit Harlan, der im Auftrag des NS-Propagandaministeriums unter anderem den antisemitischen Film „Jud Süß“ gedreht hat. Harlan selbst bezeichnet sich wiederholt als Philosemiten und sieht sich zu Unrecht angeklagt. Er behauptet, Propagandaminister Joseph Goebbels habe ihn faktisch dazu gezwungen, den Film zu drehen. Als Zeugen geladene Regisseure widersprechen dieser Darstellung: Es habe durchaus die Möglichkeit gegeben, sich solchen Aufgaben zu entziehen. Dennoch endet der Prozess mit dem Freispruch Harlans, der daraufhin von begeisterten Anhängerinnen und Anhängern vor dem Gericht empfangen wird. Angeblich sei der Film, so hält es der

13 Vgl. Markus Urban, Kollektivschuld durch die Hintertür? Die Wahrnehmung der NMT in der westlichen Öffentlichkeit, 1946–1951, in: Kim C. Priemel/Alexa Stiller (Hrsg.), NMT. Die Nürnberger Militärtribunale zwischen Geschichte, Gerechtigkeit und Rechtschöpfung, Hamburg 2013, S. 684–718.

14 Um die weiße Weste. Vor dem Urteil im Weizsäcker-Prozess, in: Die Zeit, 6. 1. 1949.



Hamburg, Landgericht: Veit Harlan wird nach seinem Freispruch begeistert empfangen, 23. April 1949. Das Landgericht befindet sich bis heute im selben Gebäude. Historisches Foto: Bundesarchiv, Bild 183-R76220, o. A.; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

Vorsitzende Richter fest, weniger antisemitisch als die Werbung für diesen im Vorfeld. Die Aussagen der Belastungszeugen werden als nicht stichhaltig abgetan.¹⁵

KULTUR IM KALTEN KRIEG

Auf beiden Seiten des „Eisernen Vorhangs“ gibt es den Wunsch, sich auf die durch den Nationalsozialismus unbeschädigten deutschen Kulturtraditionen zu beziehen. Dies wird besonders 1949 deutlich, anlässlich der Feierlichkeiten zu Johann Wolfgang von Goethes 200. Geburtstag. In Frankfurt am Main wie in Weimar bemühen sich die Verantwortlichen, den in Kalifornien lebenden Literaturnobelpreisträger Thomas Mann für einen Besuch zu gewinnen und locken mit hohen Auszeichnungen. Schwierig ist daran vor allem, dass beide Seiten nicht nur Interesse an einem Besuch des Emigranten haben, sondern dass ihnen zudem daran gelegen ist, dass die jeweils andere Seite eine Absage erhält. Thomas Mann lässt sich darauf nicht ein und entscheidet sich, zunächst in die Frankfurter Paulskirche zu gehen und anschließend nach Weimar weiterzureisen. Zudem hält er in beiden Städten dieselbe Laudatio. Vor

15 Vgl. Frank Liebert, Vom Karrierestreben zum „Nötigungsnotstand“. „Jud Süß“, Veit Harlan und die deutsche Nachkriegsgesellschaft (1945–1950), in: Thomas Henne/Arne Riedlinger (Hrsg.), Das Lüth-Urteil aus (rechts-)historischer Sicht. Die Konflikte um Veit Harlan und die Grundrechtsjudikatur des Bundesverfassungsgerichts, Berlin 2005, S. 111–146.



Weimar: Der Schriftsteller Thomas Mann verlässt das Goethehaus, 1. August 1949. Im Haus befindet sich heute u. a. das originalgetreu eingerichtete Arbeitszimmer Goethes. Historisches Foto: Bundesarchiv Bild 183-S86765, Walter Heilig; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

allem in der Bundesrepublik wird er für seine uneindeutige Haltung scharf kritisiert – in der SBZ gibt es solche Kritik nicht.¹⁶ Beiden Seiten geht es nicht nur darum, wen Thomas Mann durch seinen Besuch auszeichnet – es geht vor allem darum, wem Goethe und die deutsche Klassik „gehören“.

VERGNÜGEN UND FREIZEIT

Es ist nicht der erste Rosenmontagszug nach 1939, aber es ist der erste offiziell genehmigte, der sich 1949 durch die Kölner Innenstadt bewegt. Köln als Karnevalshochburg steht hier beispielhaft für viele andere Orte in Deutschland, an denen erstmals wieder „richtig“ gefeiert wird. Unter dem Motto des Festzuges „Mer sinn widder do und dunn, wat mer künne“ wird etwa die Besetzung Deutschlands kritisiert – ohne indes die Gründe für diese zu nennen. Die gerade auch in Köln noch sichtbaren Trümmer werden bestenfalls mit „dem Krieg“ erklärt. So führt der Karnevalsprinz aus: „Angesichts der Wunden, die der schreckliche Krieg unserer geliebten Mutter Colonia zugefügt hat, haben wir ein Recht darauf, die Menschen für einige Tage ihre Sorgen vergessen zu machen und ihnen Freude und Frohsinn zu spenden.“ Kritik am „nährischen Treiben“ von

16 Vgl. Leserbrief in der Rubrik „Das freie Wort“, in: Badische Neueste Nachrichten, 24.5.1949, S. 2; KP-Propaganda um Thomas Mann, in: Badische Neueste Nachrichten, 28.7.1949, S. 1. Vgl. auch Frisch (Anm. 2), S. 356.



Köln, Neumarkt: Rosenmontagszug 1949, 28. Februar 1949. Heute ist hier einer der verkehrsreichsten Plätze der Stadt. Historisches Foto: Archiv Walter Dick; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

deutscher Seite fehlt fast völlig, nur vereinzelt wird auf die immer noch verbreitet herrschende Not hingewiesen.¹⁷ Bemerkenswert scheint zudem, dass die Fastnachtsspiele 1949 keineswegs eine westdeutsche Angelegenheit sind. Die ostdeutsche Wochenschau „Der Augenzeuge“ berichtet im Frühjahr 1949 umfassend von den ausgelassenen Festen in Potsdam und andernorts.¹⁸ Im Unterschied zu den „Bällen“ im Westen werden die Kostümfeste in der sowjetischen Besatzungszone von der Freien Deutschen Jugend (FDJ) organisiert. Die Kostümierungen aber sind fast identisch: Man „geht“ als „Indianer“ oder als „Türke“.

SPORTGESCHICHTEN

Anfang September 1949 startet die Ostzonenrundfahrt am Brandenburger Tor. 60 Radrennfahrer durchqueren zunächst Berlin-Wedding, das zum französischen Sektor gehört. Von dort aus geht es bis nach Rostock, anschließend in mehreren Etappen über Thüringen zurück bis nach Berlin-Treptow. Der organisatorische Aufwand ist enorm, und das „Neue Deutschland“ ist stolz darauf, dass er ohne Weiteres bewältigt wurde. Bezeichnend sind die Preise, die der Sieger in der Gesamtwertung entgegennehmen kann: einen Maßanzug, eine Kiste Sekt, eine Ledertasche, einen Fotoapparat, eine Goethe-Ausgabe in drei Bänden, ein Radio, einen

17 So etwa in der sozialdemokratischen Zeitung „Das Volk“, 24.2.1949: „Man sollte einmal darüber nachdenken“.

18 Inhaltsangabe unter www.defa-stiftung.de/filme/filme-suchen/der-augezeuge-194910.



Halle (Saale): SC Chemie Halle-Leuna tritt gegen den ASK Vorwärts Berlin an, 1950er Jahre. Seit 2011 befindet sich an der Stelle des alten Stadions ein Neubau. Historisches Foto: Stadtarchiv Halle, Krüger; Foto 2023 und Bildmontage: Alexander Kupsch.

Trainingsanzug, ein Paar Rennschuhe und ein Trikot.¹⁹ Es gehört zum Selbstbild des DDR-Leistungssports dieser Jahre, dass den Gewinnern eher bescheidene Prämien winken. Der Sport soll seine Bedeutung daraus ziehen, dass er die Gesundheit der Werktätigen fördert und ihnen zusätzlich Freizeitvergnügen bietet.²⁰ Das gilt besonders für die populären Sportarten Fußball und Boxen.

Parallel dazu werden neue Strukturen aufgebaut. An die Stelle der frei organisierten Vereine treten Betriebssportgemeinschaften (BSG), die von den volkseigenen Betrieben finanziert werden, die auch für die erforderliche Infrastruktur aufkommen und die Spieler gegebenenfalls freistellen. Ab Sommer 1949 wird jährlich um den Pokal des Freien Deutschen Gewerkschaftsbundes (FDGB-Pokal) gespielt. Dennoch bleiben der Vergleich und der Wettkampf mit den Vereinen und Sportlern aus den Westzonen und der Bundesrepublik Ereignisse, denen besondere Bedeutung zukommt. Das wird etwa 1949 deutlich: Für den August haben der in der SBZ verantwortliche Deutsche Sportausschuss (DSA) und der bundesrepublikanische Deutsche Fußballbund (DFB) eine Begegnung zwischen dem westdeutschen Meister und dem Ostzonenmeister geplant. Im Juli 1949 hatte sich der VfR Mannheim als Überraschungssieger im Stuttgarter Neckarstadion vor 80 000 Zuschau-

rinnen und Zuschauern gegen Borussia Dortmund durchgesetzt. Sehr zum Ärger der ostdeutschen Seite wird die geplante Begegnung von westdeutscher Seite wegen terminlicher Probleme abgesagt. Weder Mannheim noch ersatzweise der Vizemeister Dortmund können zum angesetzten Termin nach Chemnitz anreisen. Eine grobe „Verletzung des sportlichen Anstands“ sei dies, schimpft die „BZ am Abend“.²¹ Ersatzweise findet in Halle (Saale) ein Spiel zwischen dem Gesamt-Berliner Meister BSV 92 aus Berlin-Wilmersdorf und der Zentralsportgemeinschaft Union Halle statt. Das Berliner Team setzt sich durch – erstaunlich ist aber vor allem, dass diese eigentlich bedeutungslose Ost-West-Begegnung in der ostdeutschen Presse mehr Aufmerksamkeit erhält als das erstmals ausgetragene Endspiel um den FDGB-Pokal.

75 GRÜNDUNGSGESCHICHTEN – 75 DEUTSCHE BLICKWINKEL

Von den Anfängen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR gibt es seit Langem verbreitete Bilder. Trümmerfrauen gehören ebenso dazu wie traumatisierte Kriegsheimkehrer, junge Frauen, die mit Besatzungssoldaten flirten, Kinder, die in Ruinen spielen und Bürokraten, die ihr Tun im „Dritten Reich“ verschweigen und ihren beruflichen Aufstieg fortsetzen. All diese Protagonistinnen und Protagonisten hat es zweifellos gegeben – und viele von ihnen finden sich auch in der Ausstellung der bpb wieder. Gezeigt werden soll aber auch, dass es darüber hinaus noch viele andere Geschichten gegeben hat – und dass diese Geschichten für die jetzige Gestalt Deutschlands vielleicht weniger wichtig, aber ganz sicher nicht unbedeutend waren. Die Ausstellung soll Lust darauf machen, sich intensiver mit diesen Gründungsgeschichten auseinanderzusetzen. Sie versteht sich insofern nicht als abgeschlossenes Projekt, als klar ist, dass es noch viele andere Geschichten gäbe, die man ebenfalls erzählen könnte – und die man auch erzählen sollte. Ab Mai 2024 haben Interessierte die Möglichkeit, sich zunächst in Berlin, Leipzig, Bonn und Görlitz selbst davon zu überzeugen.

ELKE KIMMEL

ist promovierte Historikerin, Autorin und Kuratorin. Zusammen mit dem Grafiker und Fotografen Alexander Kupsch und Anja Linnekugel (bpb) hat sie die Ausstellung „Gründungsgeschichten“ entwickelt und wissenschaftlich begleitet.

19 Vgl. Die letzte Etappe in der Sportschule Grünau, in: Berliner Zeitung, 20.9.1949, S. 4.

20 Vgl. Der Weg der Wismut-Elf bis zum Fußballenspiel 1953, in: Neues Deutschland, 1.7.1953, S. 6.

21 Kampf der Meister in Halle, in: BZ am Abend, 31.8.1949, S. 4.

Herausgegeben von der
Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn



Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 19. April 2024

REDAKTION

Lorenz Abu Ayyash
Anne-Sophie Friedel
Jacob Hirsch (Volontär)
Julia Günther
Sascha Kneip (verantwortlich für diese Ausgabe)
Johannes Piepenbrink
Martin Schiller
apuz@bpb.de
www.bpb.de/apuz
www.bpb.de/apuz-podcast
twitter.com/APuZ_bpb

APuZ

Nächste Ausgabe
21/2024, 18. Mai 2024

PRIVILEGIEN

Newsletter abonnieren: www.bpb.de/apuz-aktuell
Einzelausgaben bestellen: www.bpb.de/shop/apuz

GRAFISCHES KONZEPT

Meiré und Meiré, Köln

SATZ

le-tex publishing services GmbH, Leipzig

DRUCK

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG,
Mörfelden-Walldorf

ABONNEMENT

Aus Politik und Zeitgeschichte wird mit der Wochenzeitung
Das **Parlament** ausgeliefert.
Jahresabonnement 25,80 Euro; ermäßigt 13,80 Euro.
Im Ausland zzgl. Versandkosten.
Fazit Communication GmbH
c/o Cover Service GmbH & Co. KG
fazit-com@cover-services.de

Die Veröffentlichungen in „Aus Politik und Zeitgeschichte“ sind keine Meinungsäußerungen der Bundeszentrale für politische Bildung (bpb). Für die inhaltlichen Aussagen tragen die Autorinnen und Autoren die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch das weitere Print-, Online- und Veranstaltungsangebot der bpb, das weiterführende, ergänzende und kontroverse Standpunkte zum Thema bereithält.

ISSN 0479-611 X



Die Texte dieser Ausgabe stehen unter einer Creative Commons Lizenz vom Typ
Namensnennung-Nicht Kommerziell-Keine Bearbeitung 4.0 International.



APuZ

AUS POLITIK UND ZEITGESCHICHTE

www.bpb.de/apuz